100 Jahre

Unternehmerverband der Metallindustrie Ruhr-Niederrhein e. V.

100 Jahre

Unternehmerverband der Metallindustrie
Ruhr-Niederrhein e. V.

Fortschritt durch Veränderung

Impressum

Bildquellen in alphabetischer Reihenfolge
A. Friedr. Flender AG
Amt für Baurecht und Bauberatung, Untere Denkmalbehörde Stadt Duisburg
Archiv Unternehmerverband der Metallindustrie Ruhr-Niederrhein e. V.
Archiv UnternehmerHaus AG
Archiv UnternehmerverbandsGruppe/UnternehmerHaus AG
Hermann Fliess & Co. GmbH
Landesarchiv NRW Hauptstaatsarchiv Düsseldorf
PIERON GmbH
Jürgen Schwarz Photographie
Schweißtechnische Lehr- und Versuchsanstalt SLV Duisburg
Siemens AG Power Generation
Rainer Störmann
Stadtarchiv Duisburg
ThyssenKrupp Konzernarchiv
WERNERT-PUMPEN GmbH
Horst Zielske

Karikatur Hausarbeitsgesetz: Klaus Pielert

Bei einigen historischen Fotos konnten die Urheber nicht ermittelt werden.
Der Herausgeber ist in diesen Fällen für entsprechende Hinweise dankbar.

Herausgeber
Unternehmerverband der Metallindustrie Ruhr-Niederrhein e. V.
Hauptgeschäftsführer Wolfgang Schmitz
http://www.uvgruppe.de

Redaktionsleitung: Rainer Rehbein

Redaktion: Daniela Bender, Dagmar Dahmen, Hermann Kewitz

Layout und Covergestaltung: BELAU, Duisburg

Gestaltung: Gert Wohlfarth GmbH
Verlag Fachtechnik + Mercator-Verlag, Duisburg

Druck: Druckhaus Cramer, Greven

1. Auflage 2006

Inhalt

Grußworte
Ministerpräsident des Landes NRW, Dr. Jürgen Rüttgers 4
Präsident der BDA, Dr. Dieter Hundt
Präsident GESAMTMETALL, Martin Kannegiesser
Präsident der UVG, Heinz Lison, und
Hauptgeschäftsführer der UVG, Wolfgang Schmitz

Die UnternehmerverbandsGruppe
Interessen bündeln – Ziele erreichen 8
„Der Traum vom Fliegen" zeichnet Unternehmer aus
Wie aus dem Lehrbuch: Arbeitskreise Schule / Wirtschaft

1906 – 1914
Die Gründerjahre
„Wider die Zugvögel" 14
MHD – Auf den Spuren des Freiherrn von Berzelius
Demag – ein Markenname im Wandel der Zeit
Das Revier wächst zusammen
Ehrentafel der Pioniere des Duisburger Arbeitgeber-Verbandes

1914 – 1918
Der Erste Weltkrieg
Mangel macht Arbeit 22
Mit eigenen Patenten rund um den Globus
Frauen stehen in der Fabrik ihren Mann

1918 – 1933
Die Weimarer Republik
In der Rolle des Tarifpartners 28
Schweißen will gelernt sein
6.000 PS für Großtanker und Wasserwerke
Gemeinsam arbeiten, gemeinsam wohnen

1933 – 1945
Die NS-Zeit
„In Liquidation" 38
Kupferhüttensiedlung: Ein Haus als Treuhandeigentum
Per Gesetz einen Tag im Monat putzen und waschen

1946 – 1966
Wiedergründung und
Wirtschaftswunder
„Der Wille, jedes Ziel zu erreichen" 44
Ein Herz für Flutopfer
Espera entwickelt erste „Denkende Waage"
„Schmitz Jupps" Enkel prägte die Verbandsgeschichte

1967 – 1997
Wirtschaftswandel
und Zeitwende
Kurs halten in unruhigem Fahrwasser 54
Fabrikant Flender sorgte für Schlagzeilen
Hugo Pieron liebte Federn und Fußball

1997 – 2006
Aufbruch ins neue Jahrtausend
Fortschritt durch Veränderung 62
Verbandsleben pur: das lebendige Netzwerk

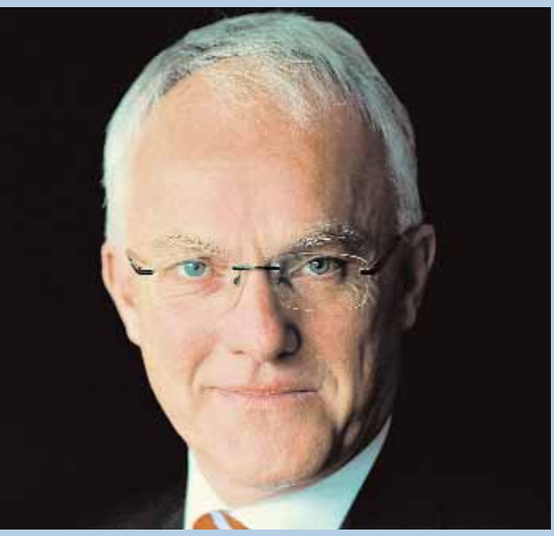
Interview Heinz Lison
„Wir schärfen unser Profil" 68

Das Haus der Unternehmer
Big Business im neuen Domizil 74
Alles unter einem Dach – das Haus der Unternehmer

Namen und Daten 80
Vorsitzende und Geschäftsführer, Zeittafel, Organigramm

Dr. Jürgen Rüttgers:

Grußwort des Ministerpräsidenten des Landes NRW



Der Zusammenschluss von Metallunternehmen aus Duisburg, Oberhausen, Mülheim, Meiderich, Ruhrort und Dinslaken vor hundert Jahren hat sich mittlerweile zum zweitgrößten Mitgliederverband der Metall- und Elektroindustrie in Nordrhein-Westfalen entwickelt. Der Unternehmerverband der Metallindustrie Ruhr-Niederrhein e. V. (UVM) sorgt dafür, dass die Anliegen und Interessen der regionalen Wirtschaft im Landesverband Metall NRW Gehör finden und gebührend berücksichtigt werden.

Schwerpunkt der Verbandsarbeit ist die Tarif- und Sozialpolitik. Der UVM setzt sich insbesondere dafür ein, das wirtschaftlich Vertretbare im Blick zu halten, flexible, die Leistungsfähigkeit der Betriebe berücksichtigende Tarifregelungen zu finden, den sozialen und betrieblichen Frieden zu wahren und der Verantwortung für die Mitarbeiter, zum Beispiel im Bereich Qualifizierung und Altersvorsorge, gerecht zu werden.

Darüber hinaus engagieren sich der UVM und seine persönlichen Mitglieder auch in gesellschaftlichen Funktionen und Ehrenämtern, etwa an den Arbeits- und Sozialgerichten. Hervorheben möchte ich hier den Einsatz des Verbandes im Rahmen wirtschaftsbezogener Schulprojekte, ein Anliegen, das auch die neue Landesregierung im Rahmen der Stiftung „Partner für Schule NRW“ unterstützt.

Ziel der Landesregierung ist die Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, vor allem für den Mittelstand und für Existenzgründer. Dazu gehören der Ausbau einer wirtschaftsnahen, technologieorientierten Infrastruktur, eine marktorientierte Berufs- und Hochschulausbildung sowie die Vereinfachung von Gesetzen und Verordnungen und die Optimierung von Verwaltungsverfahren.

Ich gratuliere dem Unternehmerverband der Metallindustrie Ruhr-Niederrhein e.V. herzlich zu seinem stolzen Jubiläum und wünsche ihm, dass er weiter gewichtig mit dazu beiträgt, dass wirtschaftliche Vernunft und gesellschaftliche Verantwortung in Nordrhein-Westfalen Hand in Hand gehen.

Dr. Dieter Hundt:

Grußwort des Präsidenten der BDA

Der Wirtschaftsstandort Deutschland erlebt 2006 erstmals seit langer Zeit wieder ein spürbares Hochlaufen des Konjunkturmotors: Die Wachstumsprognosen werden nach oben korrigiert, der Abwärtstrend auf dem Arbeitsmarkt ist vorerst gestoppt und auch in den Unternehmen wächst langsam der Optimismus. Diese positive Entwicklung ist äußerst erfreulich. Wir müssen den Rückenwind der guten Stimmung jetzt dazu nutzen, die notwendigen Reformen anzupacken und umzusetzen. Der Modernisierungsbedarf in Deutschland ist nach wie vor gewaltig. Ohne konkrete Reformen auf dem Arbeitsmarkt, im Arbeitsrecht und in den Sozialsystemen wird der aktuelle Aufschwung lediglich ein kurzes, wirkungsloses Zwischenhoch bleiben. Im Koalitionsvertrag haben Union und SPD den richtigen Reformkurs vorgezeichnet und die wichtigsten Ziele – etwa die Senkung der Sozialbeiträge unter 40 Prozent – benannt. Wenn dieser Reformkurs konsequent gehalten wird, kann Deutschland die lang ersehnte Trendwende schaffen.

In diesem Umfeld müssen die Arbeitgeberverbände sowohl Dienstleister für Unternehmen als auch Streiter für politische Reformen sein. Wir entwickeln in allen Bereichen der Wirtschafts- und Sozialpolitik tragfähige, zukunftsorientierte Konzepte und bieten problemorientierte Lösungsansätze an. Zahlreiche Forderungen der Arbeitgeberverbände an die Politik sind inzwischen Realität, beispielsweise die im vergangenen Jahr erfolgte Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe oder die „Rente mit 67“, auf die sich Union und SPD im Koalitionsvertrag geeinigt haben. Entscheidend für unser erfolgreiches Wirken war, dass wir langen Atem bewiesen haben und auf allen Ebenen gemeinsam für unsere Vorschläge eingetreten sind. Gleichzeitig sind die Arbeitgeberverbände Dienstleister für die Unternehmen, etwa wenn es darum geht, neue Gesetze anzuwenden oder das bestehende Regelungsdickicht zu verstehen. Unsere Experten helfen bei allen Fragen zum Sozial-, Arbeits- oder Tarifrecht weiter – und wir werden dieses Angebot weiter ausbauen. Der Unternehmerverband der Metallindustrie Ruhr-Niederrhein und die UnternehmerverbandsGruppe leben diesen Dienstleistungsgedanken.

Die Arbeitgeberverbände wollen in Deutschland wieder wirtschaftsfreundliche Rahmenbedingungen schaffen. An diesem Ziel wird sich auch die Politik messen lassen müssen. Die Gelegenheit ist günstig: Wenn sich die große Koalition jetzt ein Herz fasst und eine echte Erneuerung wagt, werden wir in unserem Land wieder mehr Wirtschaftswachstum und Beschäftigung erzielen.

Martin Kannegiesser:

Grußwort des Präsidenten von GESAMTMETALL

Über die wahrhaft historische Zeitspanne eines vollen Jahrhunderts hinweg vertritt der Verband der Metallindustrie Ruhr-Niederrhein in einer der industriellen Kernregionen unseres Landes die sozialpolitischen Interessen seiner Mitgliedsfirmen. Unternehmen und Verband haben auf Tuchfühlung die Wandlungsprozesse unserer Industrie erlebt und gestaltet, die sich von der Eisen- und Metallindustrie hin zur modernen Metall- und Elektro-Industrie entwickelt hat.

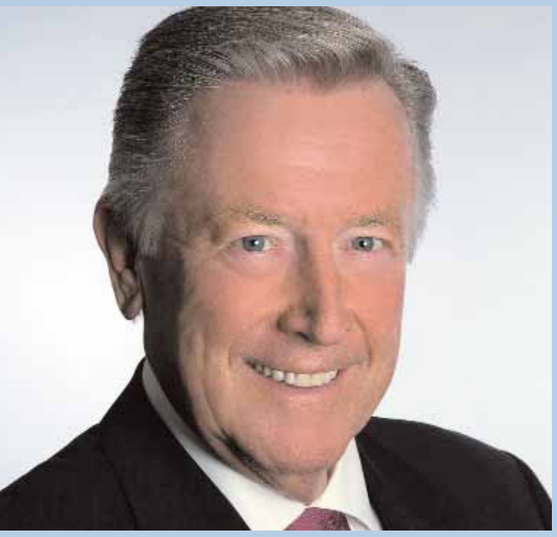
Das Markenzeichen moderner M+E-Produktion ist die Verbindung von Mechanik und Informationstechnik. Heute sind Maschinen, Fahrzeuge oder elektrotechnische Geräte industrielle High-Tech-Güter, ergänzt durch eine Palette zusätzlicher Dienstleistungen. Unsere Betriebe produzieren individuelle Lösungen für Kunden in aller Welt. Bei allem Wandel in den letzten 100 Jahren ist aber die Rolle der M+E-Industrie die gleiche geblieben: Sie ist eine Schlüsselindustrie für die Entwicklung einer Region oder eines Landes und wird es auch in absehbarer Zukunft sein.

In dem Prozess des Strukturwandels haben Arbeitgeberverbände nicht nur Bestehendes zu bewahren und zu verwalten, sondern sie müssen als Frischluftventilatoren wirken, vor allem auf ihrem zentralen Aufgabenfeld, der Tarifpolitik. Hier geht es um die Weiterentwicklung der Mitarbeiter und ihren Einsatz im Betrieb, mithin um unsere wichtigste Ressource. Durch innovative Gestaltung der Arbeitsbeziehungen leisten die Verbände ihren Beitrag zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit ihrer Mitgliedesfirmen.

Diese Aufgabe ist schwieriger geworden, verlangt nach mehr Flexibilität und Differenzierung als Reaktion auf veränderte Rahmenbedingungen und auseinander laufende Firmenkonjunkturen. Hier stößt der Flächentarifvertrag, wenn er Lösungen für alle abbilden soll, an seine Grenzen. In den beiden jüngsten Tarifrunden haben wir Schritte hin zu einer betriebsnäheren Tarifpolitik unternommen. Unsere Vereinbarungen eröffnen neue betriebliche Gestaltungsspielräume und ermöglichen eine neue Balance zwischen kollektiver und individueller Regelung. Auf diesem jetzt eingeschlagenen Weg müssen wir in den nächsten Jahren vorankommen, damit der Flächentarifvertrag auch in Zukunft seine wichtige Schutz- und Orientierungsfunktion für viele Unternehmen behalten kann.

Heinz Lison und Wolfgang Schmitz:

Grußwort des Präsidenten und des Hauptgeschäftsführers der UVG

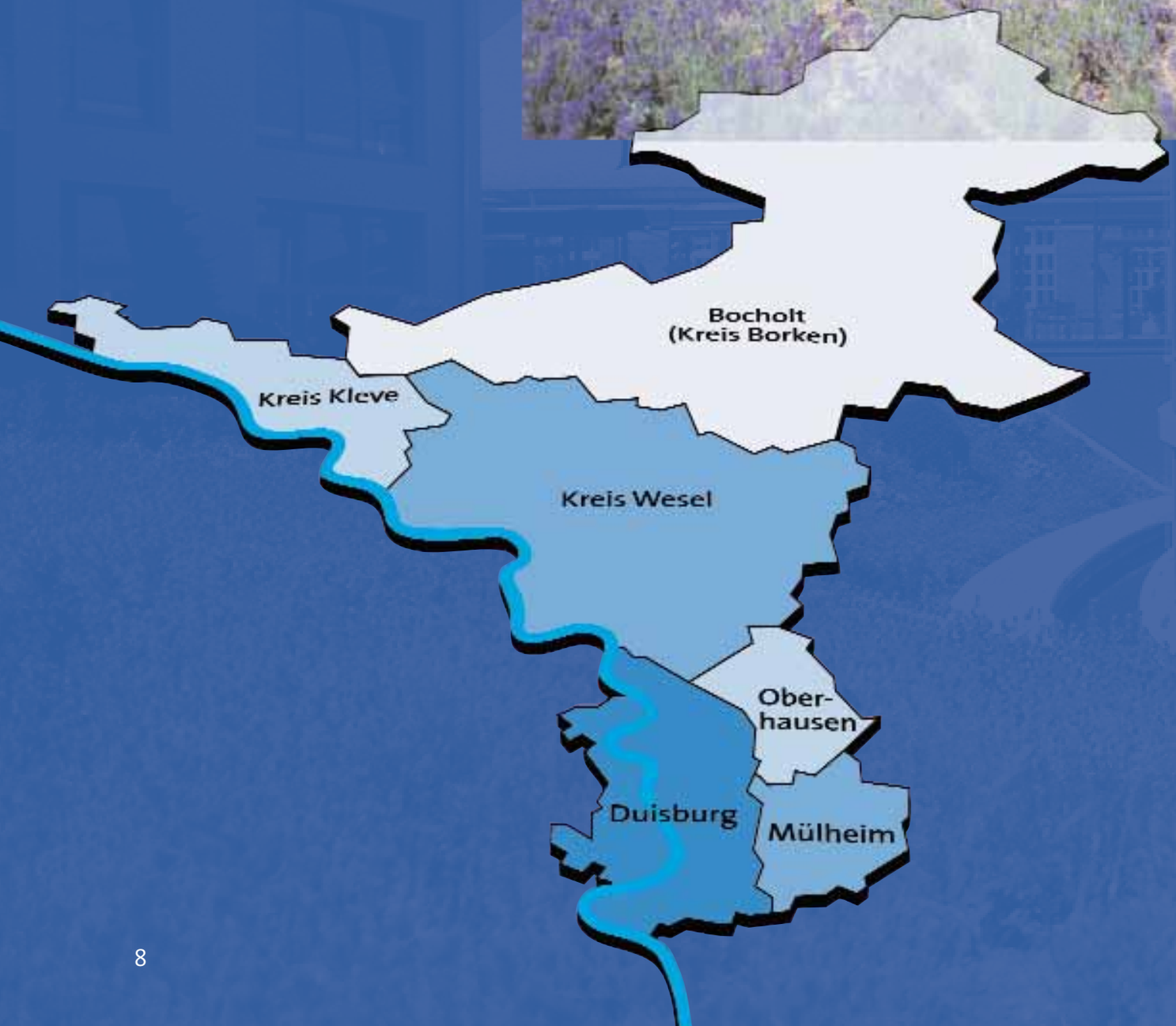


Wenn wir auf 100 Jahre Verbandsgeschichte zurückblicken, sehen wir tief wurzelnde Tradition wie lebendigen Fortschritt durch Veränderung. Es war ein ruheloses Centennium, zerrissen durch zwei Weltkriege, gezeichnet von Extremen wie Vollbeschäftigung und Massenarbeitslosigkeit, geprägt von unternehmerischen Erfolgsgeschichten wie vom Scheitern mächtiger Konzerne, in Bewegung gehalten von technologischen wie gesellschaftlichen Umwälzungen.

Die Historie des Unternehmerverbandes der Metallindustrie Ruhr-Niederrhein bildet in einem Mikrokosmos die wirtschaftliche Entwicklung ganz Deutschlands ab. Mit dem Unterschied vielleicht, dass in dieser Region Geschichte nicht selten ein wenig früher geschrieben wurde als anderswo. Jahrzehnte etwa, bevor Alfred Müller-Armack und Ludwig Erhard den Begriff der Sozialen Marktwirtschaft prägten, hatte sich an Ruhr und Rhein die Sozialpartnerschaft zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern bereits bewährt. Was sich vor allem gewandelt hat, sind die Aufgaben einer unternehmerischen Interessenvertretung.

Der UVM ist politischer geworden und mischt sich bei den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen energisch ein. Das Engagement für Bildung und Weiterbildung wurde immer stärker. Unsere Dienstleistungen erstrecken sich heute von unserer Kompetenz im Arbeitsrecht über innovative, maßgeschneiderte Tarifkonzepte bis hin zur Gestaltung der Arbeitsorganisation. Nicht zuletzt stehen unser Netzwerk und das Haus der Unternehmer für eine funktionierende Solidargemeinschaft und offene Dialoge mit der unternehmerischen Umwelt. Unsere Mitgliedsunternehmen erwarten zu Recht von uns, dass wir die Veränderungen nicht nur erkennen, sondern mitgestalten. So bedeuten die neuen Aufgabenstellungen im Tarifrecht, wo mehr Verantwortung für Entgeltverhandlungen in die Betriebe verlagert wird, auch größeren Beratungsbedarf der Betriebsparteien. Auf die Herausforderungen der Zukunft und die Chancen, den Verband weiterhin expansiv zu führen, sind wir gespannt. Für Ihr Vertrauen und Ihre Mitwirkung am gemeinsamen Erfolg können wir uns nur bedanken.

Mitgliederstark unter dem Dach der Unternehmer-verbandsGruppe – der Unternehmerverband Metallindustrie Ruhr-Niederrhein



Interessen bündeln Ziele erreichen

UVG als starke Gemeinschaft

Sechs Verbände in einem starken Verbund – die UnternehmerverbandsGruppe erreicht auf eine in Deutschland wohl einmalige Weise ihre vielfältigen Ziele, bündelt die Interessen von 700 Mitgliedsunternehmen. Der Präsident der UnternehmerverbandsGruppe e.V., Heinz Lison, stellt zu Recht fest: „Wir sind für die Zukunft gut aufgestellt."

Das Netzwerk der Gruppe, zu der als Tochterunternehmen auch die UnternehmerHaus AG gehört, beweist sich als vielschichtiges und nachhaltiges Angebot für die Mitgliedsfirmen. Hauptgeschäftsführer Wolfgang Schmitz spricht von vier Knotenpunkten im Netz: Dazu gehören die Aufgaben in der Tarifpolitik, die Beratung in arbeits- und sozialrechtlichen Fragen, die Förderung der Kommunikation und des Meinungsaustauschs zwischen den Unternehmen und in die Gesellschaft hinein sowie eine gezielte Nachwuchsförderung.

Dreidimensionales Netzwerk

Dieses Netz ist zugleich dreidimensional gespannt. Die UVG ist integriert in die föderale Struktur der deutschen Arbeitgeber- und Unternehmerverbände. Der Austausch mit den überregionalen Organisationen und das Mitgestalten der Zukunft stärken die UVG, zugleich profitieren davon die Mitgliedsunternehmen.

Mit dem Haus der Unternehmer in Duisburg verfügt die Gruppe seit dem Jahr 2000 über einen Standortvorteil am Niederrhein. Das neue Haus im Duisburger Süden gibt Raum für Seminare und Tagungen und bietet den über 50 fachlich hoch qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Gruppe den Arbeitsplatz, um erfolgreich für die Mitgliedsunternehmen wirken zu können. Die UnternehmerHaus AG als Dienstleistungstochter der UVG hat das Haus zu einem Treffpunkt der Wirtschaft ausgebaut. Das Haus der Wirtschaft in Mülheim und die UVG-Geschäftsstelle in Bocholt sichern neben Büros in Oberhausen und Dinslaken die notwendige ortsnahe Präsenz der UGV und UHS AG.

In der UVG gelingt das Zusammenspiel von Hauptamt und Ehrenamt, von Experten, zum Beispiel im Arbeits- und Tarifrecht, sowie der Kompetenz der Praktiker aus den Unternehmen.

Der UnternehmerverbandsGruppe e.V. vernetzt die unterschiedlichen Ausrichtungen und Traditionen der Einzelverbände und gewinnt daraus Synergieeffekte sowie Perspektiven für die Zukunft.

UVM als tragende Säule

Der Unternehmerverband der Metallindustrie (UVM) stellt eine wichtige Säule in der Gruppe dar. 100 Jahre Erfahrung in der Verbandsarbeit und in der tarifpolitischen Auseinandersetzung bringt der UVM ein. Das Verbandsgebiet umfasst die Städte Duisburg, Mülheim an der Ruhr, Oberhausen, den rechtsrheinischen Teil des Kreises Wesel, den Kreis Kleve mit der Stadt Emmerich sowie den Kreis Borken mit Bocholt. Der UVM ist einer der drei großen Arbeitgeberverbände

Mitgliederversammlung im Steigenberger Hotel, Duisburger Hof, 1970

der Metallindustrie unter den 31 Mitgliedern von METALL NRW.

Seit 1952 existiert parallel zum UVM und branchenübergreifend der Unternehmerverband Ruhr-Niederrhein (UVRN). Offen für alle Betriebe der Region und dabei ohne Tarifbindung hat sich der UVRN im Zusammenspiel mit dem UVM als Interessenvertretung der Arbeitgeber im Verbandsgebiet und Beratungsinstitution bewährt. Der UVRN vertritt seine Mitgliedsunternehmen auch durch alle Instanzen der Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit. Der UVRN ist Mitglied der Landesvereinigung der Arbeitgeberverbände mit insgesamt 81 Mitgliedern.

Service für Dienstleister

Der Unternehmerverband IndustrieService + Dienstleistungen e.V. (UIS) entwickelte sich 1994 als Reaktion auf die Veränderungen in der Industrie. Was mit dem Outsourcing einzelner Aufgaben begann, entwickelte sich zu einer vielfältigen Branche, deren Interessenvertretung bundesweit und mit tariflicher Bindung der UIS übernimmt. Im Vordergrund stehen dabei konsensfähige Lösungen im Gespräch mit dem Tarifpartner, den drei großen Industriegewerkschaften.

Treffpunkt auch für Feierlichkeiten und gesellschaftliche Anlässe: das Haus der Unternehmer

Der Unternehmerverband Service + Dienstleistungen e.V. (USD) erweitert diesen Fokus über die Industriebetriebe hinaus. Industrielle Dienstleister, Messebauer und Callcenter, aber auch alle anderen Dienstleister finden durch die Mitgliedschaft im USD ihre bundesweite Plattform, um die Dienstleistungen eines Arbeitgeberverbandes, allerdings bewusst ohne Tarifbindung, nutzen zu können.

Der Unternehmerverband Soziale Dienstleistungen + Bildung e.V. (USB) öffnet Krankenhäusern, Betreibern von Pflegeheimen und Bildungseinrichtungen eine Alternative zum TVöD, ehemals BAT. Der USB ist Mitglied in der BDA Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände.

Partner der Mülheimer Wirtschaft

Lokal ausgerichtet und hier seine Schwerpunkte setzend stärkt der Unternehmerverband Mülheimer Wirtschaftsvereinigung e.V. (UMW) die wirtschafts- und sozialpolitischen Interessen der Betriebe direkt vor Ort. Im Haus der Mülheimer Wirtschaft zeigt der UMW in der Stadt Präsenz. In einer Public Private Partnership mit der Stadt steuert man gemeinsam die Wirtschaftsförderung für Mülheim an der Ruhr.

Eine so vielschichtige und vielgestaltige Organisation verlangt nach einer klaren Struktur, um das Netzwerk verlässlich zu weben. Ankerpunkte bilden die ehrenamtliche Vorstandsarbeit und die hauptamtliche Geschäftsführung der Gruppe. Die ehrenamtliche Struktur sieht an ihrer Spitze das dreiköpfige Präsidium sowie den Vorstand, der durch die Vorsitzenden der Einzelverbände repräsentiert wird. Die Mitgliedsverbände organisieren ihre Arbeit durch eigene Vorstände.

Beweglich im Arbeitskreis

Der Hauptgeschäftsführer der Gruppe leitet zugleich die Geschäfte der Einzelverbände und wird dabei in der Regel jeweils durch eine Geschäftsführerin oder einen Geschäftsführer unterstützt.

Dieser Aufbau erlaubt es, Einzelinteressen der Verbände und spezielle Kompetenzen zu fördern sowie ins Netz der Gruppe einzuspeisen. Gleichzeitig erfüllt die Struktur übergreifende Anforderungen. In diesen Bereich sind die Rechtsberatung und die Prozess-

100 Tage schwarz-rot – Eine Bilanz (S. 9)

[unternehmen!]

Politik · Unternehmensführung · Personalwirtschaft · Arbeitsrecht

Minister Armin Laschet: Unternehmen müssen mehr auf die Stärken der Älteren setzen

Bei jugendlichen Zuwanderern setzt NRW auch auf ziviles Engagement

Kommentar

Sprengstoff

[unternehmen!] – seit 2001 die Zeitung der UnternehmerverbandsGruppe

begleitung einzuordnen. Die Gruppe verfügt über hervorragende Juristen, die mit klarer Ausrichtung auf Arbeits- und Sozialrecht die Mitgliedsunternehmen vertreten. Die Arbeitskreise zu Themen wie Personal, Unternehmensnachfolge, Ausbildung, Öffentlichkeitsarbeit und Werbung setzen weitere Service-Akzente.

Die Betriebe profitieren ebenfalls von der gemeinsamen Öffentlichkeitsarbeit der UVG. Dazu gehört z. Zt. die Zeitung [unternehmen!], die in einer Auflage von 16.000 Exemplaren den Meinungsbildnern in Politik, Gesellschaft und Wirtschaft, aber auch Arbeitnehmern, Schülern und Studenten die Positionen und Standpunkte des UVG vier Mal im Jahr journalistisch aufbereitet vor Augen führt. Ein eigener Newsletter mit 7.500 Adressaten unterstützt die Arbeit am öffentlichen Meinungsbild ebenfalls. Unternehmen gewinnen durch Angebote wie gleich mehrere News@Beamer, die relevante aktuelle Informationen für die Entscheider sammeln und aufbereiten.

Große Aufmerksamkeit erreichen darüber hinaus die Unternehmertage, welche die Entscheider zusammenführen und den Informationsaustausch durch persönliche Kontakte fördern. Die renommierten Vortragsgäste stoßen spannende Diskussionen an. Mit dem Unternehmerpreis zeichnet die UVG seit 2005 Persönlichkeiten aus dem Wirtschaftsleben aus und setzt mit dem Festakt auch ein gesellschaftliches Highlight.

Kontaktbrücken zur beruflichen Zukunft

In der Tarifpolitik profilieren sich die Verbände der Gruppe als Verhandlungspartner der Gewerkschaften. Entweder als Verhandlungsführer wie etwa beim bundesweit Tarif bildenden UIS oder durch die entscheidende Mitsprache etwa in der engen Verhandlungskommission bei den Tarifrunden der Metallindustrie, die vom Landesverband vertretend für die 31 bezirklichen Gruppierungen geführt werden.

„Der Traum vom Fliegen“ zeichnet Unternehmer aus

Mit einer Plastik aus Stahl, Blei und Keramik würdigt die UnternehmerverbandsGruppe seit 2005 jedes Jahr eine Persönlichkeit, die sich im Verband, im eigenen Unternehmen und in der Gesellschaft besonders hervorgehoben hat. Gabriela Grillo durfte am 4. Juli 2005 als erste Unternehmerin die Auszeichnung „Der Traum vom Fliegen“ entgegennehmen. Jedes Jahr soll der neue UVG-Unternehmerpreis nunmehr vergeben werden. Geschaffen hat die „fliegende“ Skulptur die Ruhrgebietskünstlerin Annette Seiler.

Mit dem Titel der Plastik seien nicht etwa Tag- oder Nachtträumer gemeint, sondern man wolle auf den Traum derjenigen anspielen, die sich der Herausforderung stellen, höher hinaus zu wollen – so UVG-Präsident Heinz Lison bei der Preisverleihung. Gabriela Grillo erhielt den Unternehmerpreis für ihre besonderen Verdienste als Chefin von 1.700 Mitarbeitern der Grillo Werke, der soziale und kulturelle Projekte ebenso am Herzen liegen wie Umweltschutz und Bürgersinn.

Die erste Preisträgerin des UVG-Unternehmerpreises war bis Juni 2005 auch stellvertretende Vorsitzende des UVM.

Die Unternehmerin Gabriela Grillo erhielt 2005 aus den Händen des UVG-Präsidenten Heinz Lison den UVG-Unternehmerpreis.

Wie aus dem Lehrbuch: Arbeitskreise Schule / Wirtschaft

Unterrichtsfach Praxiskunde: Lehrerinnen und Lehrer erhalten verdichtete Informationen bei MAN-Turbo in Oberhausen .

Am 28. Januar 1965 machten Lehrer aus Duisburger Schulen einen „Wandertag“ der ganz besonderen Art: Sie besuchten die FINA-Raffinerie in Duisburg-Neuenkamp. Gut acht Wochen später gönnten sie sich eine Europa-Lehrstunde, wie sie bis dahin in keinem Curriculum vorkam: In der Duisburger Societät sprachen die Pädagogen mit Experten der Steinkohle- und Mineralölwirtschaft über Energiepolitik im gemeinsamen Markt.

Mit diesen beiden Treffen begann eine Zusammenarbeit, die Schule machte. Der erste Arbeitskreis Schule/Wirtschaft, eingerichtet vom Unternehmerverband Ruhr-Niederrhein, startete in Duisburg für die Lehrer von Gymnasien. 1968 kamen die Haupt-, Real- und Sonderschulen sowie Berufsbildenden Schulen hinzu, später auch Gesamtschulen. 1972 richtete der Verband einen Arbeitskreis für den rechtsrheinischen Kreis Wesel ein, in den darauf folgenden Jahren folgten Mülheim, Bocholt, und Oberhausen.

Das Ziel und die Aufgabenstellung beschreibt Dipl.-Volkswirtin Elisabeth Schulte, die die Arbeitskreise aktuell organisiert: „Wir wollen den Lehrern einen Einblick in die wirtschaftlichen Zusammenhänge und den Berufsalltag geben und sie darüber informieren, welche Anforderungen die Wirtschaft an den Nachwuchs stellt.“ Der Anspruch: weniger Theorie, mehr Praxisbezug. Elisabeth Schulte, die seit 17 Jahren die Arbeitskreise in Zusammenarbeit mit den Schulämtern managt, berichtet aus den Anfängen: „Es gab keine Lehrbücher zum Thema Wirtschaft. Die Lehrer haben sich mit Hilfe des Unternehmerverbandes ihr Material selbst zusammengestellt.“ Die Arbeitskreise führten näher an die Betriebe heran, übersetzten für die Schulen, was im Berufsalltag verlangt werde.

Mit diesem Wissen gehen die Pädagogen zurück in die Schulen und können im Unterricht ganz konkret ihre Erfahrungen einbringen. Das gelang in über 40 Jahren mehr als 400-mal. Insgesamt 540 Lehrerinnen und Lehrer umfassen die Arbeitskreise in den einzelnen Unterbezirken derzeit. Dabei zeigt man gemeinsam Bereitschaft, sich auch mit sperrigen Themen wie Strukturwandel oder Globalisierung auseinanderzusetzen. Immer aktuell: die Fragestellungen nach den Anforderungen der Ausbildung an die Schulabgänger.

Die Arbeitskreise beschränken sich deshalb nicht auf Betriebserkundungen. Sie schaffen auch Kontakte zwischen Schule und Wirtschaft. Diese ermöglichen zum Beispiel Betriebspraktika für Schülerinnen und Schüler. Patenschaften zwischen Unternehmen und Schulen entstehen. Auch das Infomobil der Metall- und Elektro-Industrie macht gern auf Schulhöfen Station. An der Isselburger Hauptschule entstand daraus zum Beispiel gemeinsam mit den Unternehmen vor Ort ein „Berufemarkt“.

Wie nah an der Praxis die Arbeitskreise tätig werden, zeigt ein Beispiel: Gemeinsam mit ThyssenKruppStahl konnten sich die Lehrer einem Bewerbungstest für Auszubildende unterziehen. Nicht alle schafften die Prüfung. Wichtiger aber war: Alle wussten nachher, worauf es ankommt. Denn genau das ist der Sinn der Übung: Die jungen Menschen sollen den Einstieg ins Arbeitsleben möglichst gut vorbereitet angehen.

Seit 17 Jahren am „Schaltpult“ des Arbeitskreises Schule/ Wirtschaft: Diplom-Volkswirtin Elisabeth Schulte

Nicht zu vergessen: Der Unternehmerverband engagiert sich für die Ausbildung. Der Arbeitskreis Schule / Wirtschaft baut Kontaktbrücken zwischen Unternehmen und Lehrern. Ein weiterer Arbeitskreis stellt sich den Fragen zur Berufsausbildung.

Die heute in der UVG zusammengeschlossenen Verbände haben in 100 Jahren ihr Aufgabenspektrum enorm erweitert. Gleichwohl sind durchgängige Linien zu erkennen. Die Metallindustrie schuf 1906 mit ihrem Zusammenschluss im Arbeitgeberverband an der unteren Ruhr (AVUR) die Keimzelle. Nach wie vor bildet der Unternehmerverband Metall die tragende Säule in der Gruppe. Netzwerkarbeit gehörte von Anfang zu den Aufgaben des Verbandes, ebenso wie das Prinzip der Freiwilligkeit und damit das Werben um neue Mitglieder durch auf diese passend zugeschnittene Dienstleistungen. Die aus Tradition gewonnene und in den Verhandlungen geschärfte Tarifkompetenz nutzen Verbände, um bestmögliche Ergebnisse für die Mitgliedsunternehmen zu erreichen. Sie engagieren sich damit für die Zukunftsfähigkeit des Standorts Deutschland.

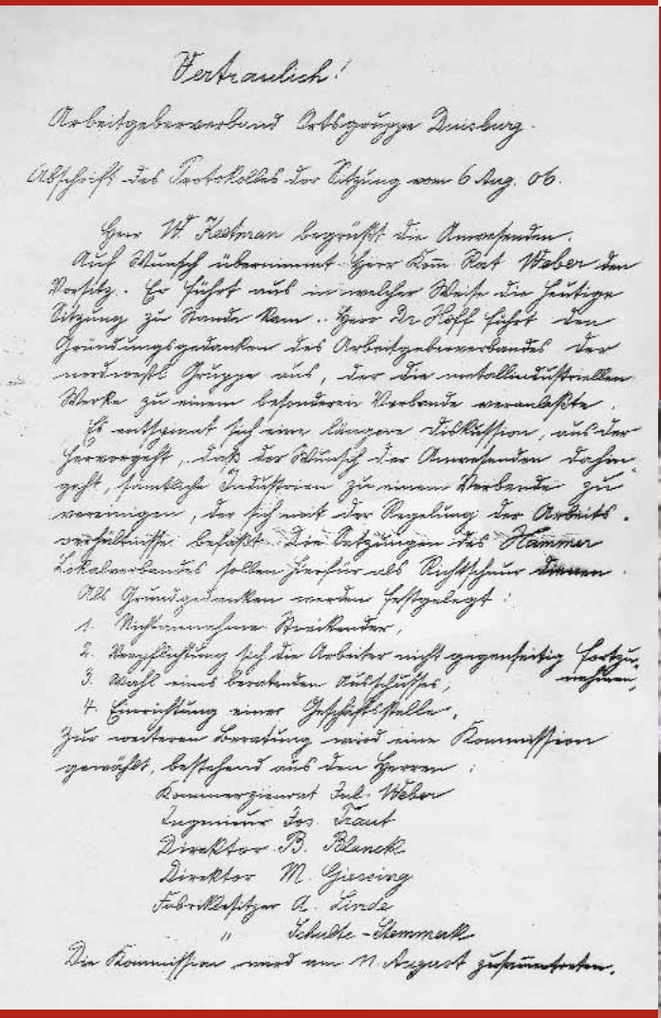
Unternehmergeist im Fokus: Heinz Lison im Haus der Wirtschaft in Mülheim

Bündelung der Kompetenzen

Die Gruppe agiert dabei angesichts sich wandelnder Rahmenbedingungen. Die Gründung des Unternehmerverbands IndustrieService + Dienstleistungen ist beispielsweise die Antwort auf Entwicklungen in der Industrie. Unternehmen, die sich mit ihren Aufgabenstellungen nicht im traditionellen Industrieverband wiederfanden, konnten so dennoch eine adäquate Interessenvertretung vor allem im Tarifbereich aufbauen.

Eine andere Form, zeitgemäße Antworten auf aktuelle Fragen zu geben, zeigt sich im Metallverband. Lösungen, die in gleichem Maße für die Metall- und die Elektroindustrie, für große Unternehmen und Mittelständler Vorteile bieten, lassen sich nur schwer realisieren. Hier bietet der Flächentarifvertrag mit Öffnungsklauseln für Betriebe und Branchen eine zukunftsfähige Alternative.

Durch die Bündelung der Kompetenzen behält die UVG einzelne Interessen im Blick. Die Stärke der Gruppe ermöglicht es, Herausforderungen für die Zukunft zu erkennen, die gemeinsamen Ziele zu formulieren und zu erreichen.



Vertraulich!

Arbeitgeberverband Ortsgruppe Duisburg.

Abschrift des Protokolles der Sitzung vom 6 Aug. 06.

Herr W. Keetman begrüßt die Anwesenden.
Auf Wunsch übernimmt Herr Kom. Rat Weber den Vorsitz. Er führt aus in welcher Weise die heutige Sitzung zu Stande kam. Herr Dr. Hoff führt den Gründungsgedanken des Arbeitgeberverbandes der nordwestl. Gruppe aus, der die metallindustriellen Werke zu einem besonderen Verbande veranlaßte.
Es entspinnt sich eine längere Diskussion, aus der hervorgeht, daß der Wunsch der Anwesenden dahingeht, sämtliche Industrien zu einem Verbande zu vereinigen, der sich mit der Regelung der Arbeitsverhältnisse befaßt. Die Satzungen des Hammer Lokalverbandes sollen hierfür als Richtschnur dienen.
Als Grundgedanken werden festgelegt:
1. Nichtannahme Streikender,
2. Verpflichtung sich die Arbeiter nicht gegenseitig fortzunehmen,
3. Wahl eines beratenden Ausschusses,
4. Einrichtung einer Geschäftsstelle.
Zur weiteren Beratung wird eine Kommission gewählt, bestehend aus den Herren:
Kommerzienrat Jul. Weber
Ingenieur Jos. Traut
Direktor B. Blanck
Direktor M. Giessing
Fabriklesitzer A. Linde
" Schulte-Stemmerk
Die Kommission wird am 11 August zusammentreten.

Im Verbund in eine glänzende Zukunft.

1906

1914

„Wider die Zugvögel“

Der AVUR als Zweckbündnis

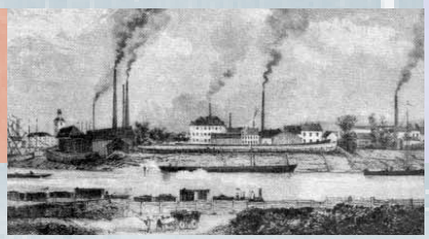
Das Ruhrgebiet boomte. Neue Unternehmen gründeten sich im noch jungen 20. Jahrhundert. Die Städte wuchsen. Als am 31. Dezember 1904 Ernst Robert Straube in Duisburg geboren wurde, kam ihm eine besondere Ehre zu. Die Stadt registrierte ihn offiziell als ihren einhunderttausendsten Bewohner. 1905 gründete sich in Wanheim die Metallhütte Duisburg, die ab 1920 als „Berzelius“ über Jahrzehnte einen Namen in der Stadt hatte. Siedlungen mit Werkswohnungen entstanden, um den zuströmenden Arbeitern eine Wohnung zu geben. Auch in den Nachbargemeinden Meiderich – das erst am 1. Oktober 1905 gemeinsam mit Ruhrort zu Duisburg kam –, Oberhausen und Mülheim an der Ruhr zeigte sich eine ähnliche positive Entwicklung.

In diese Strömung bettet sich die Gründung des Arbeitgeber-Verbandes Duisburg ein, der als Keimzelle für den Unternehmerverband der Metallindustrie Ruhr-Niederrhein zu sehen ist. Keine ungewöhnliche Gründung: Überall im Reich bildeten sich Zusammenschlüsse der Unternehmen und Arbeitgeber. Beachtenswert ist jedoch der Zweck des Duisburger Bündnisses. Während in vielen Gebieten und Branchen die Streikabwehr im Vordergrund stand, hatten die Unternehmer an der „unteren Ruhr“ mit einer ganz anderen Art der Arbeitsniederlegung zu kämpfen. Viele Mitarbeiter kamen einfach nicht mehr zur Schicht, weil sie eine Anstellung bei der Konkurrenz gefunden hatten. Die Größenordnung der Neueinstellungen in einem Jahr erreichte mitunter die Belegschaftszahl einer Firma. Diese „Zugvögel“, wie sie genannt wurden, bereiteten den Unternehmen erhebliches Kopfzerbrechen. Sie erschwerten eine verlässliche Personalentwicklung- und planung. Dessen galt es sich mit vereinten Kräften zu erwehren.

Streiks dagegen waren zu dieser Zeit keine ernste Bedrohung für den Arbeitsfrieden. Die Gründe: In der Metallindustrie war der Organisationsgrad der Arbeitnehmer (noch) sehr gering. Der Deutsche Metallarbeiterverband weist in seinen Büchern für das Jahr 1907 für das gesamte Ruhrgebiet 1.508 Mitglieder aus dem Bereich der Walzwerke sowie der Hütten- und Facharbeiter aus. Darüber hinaus war der Verdienst im Vergleich keineswegs gering. Ein Vollarbeiter über 16 Jahre erhielt 1907 etwa 125 Mark monatlich, im Jahr 1913 waren es bereits 150 Mark. Die Unternehmen sorgten mit günstigem Wohnraum sowie den bereits vor der Einführung der gesetzlichen Krankenversicherung etablierten Betriebskrankenkassen für gesicherte Lebensbedingungen.

Die Gründer treffen sich

Als sich die Gründungsunternehmen des Arbeitgeber-Verbandes Duisburg am 6. August 1906 trafen, einigten sie sich auf die Maßnahmen zur Streikabwehr und die Nichteinstellung Streikender. Das war selbstverständlich. Im Paragraph 2 der Satzung, die später ins Vereinsregister des Duisburger Amtsgerichts eingetragen wurde, fand sich als Zweck der Vereinigung die Aussage: „Die Erhaltung guter Beziehung zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern. Insbesondere sollen diese erstrebt werden durch Förderung der Arbeiter-



MHD – Auf den Spuren des Freiherrn von Berzelius

Jöns Jacob Freiherr von Berzelius – einer der Begründer der modernen Chemie

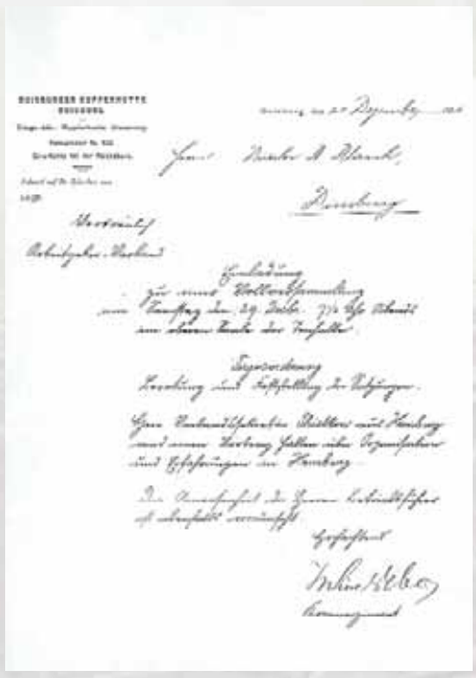
Wer war der Namensgeber der MHD „Berzelius" Duisburg GmbH, die vormals Metallhütte Duisburg (MHD) hieß und unter diesem Namen 1906 zu den Gründungsmitgliedern des Arbeitgeber-Verbandes Duisburg zählte? Jöns Jacob Freiherr von Berzelius ist einer der Begründer der modernen Chemie. Der schwedische Forscher (1779–1848) entdeckte mehrere Elemente wie Selen und Thorium und begründete die Elementaranalyse. Dank Berzelius wurden die heute noch gültigen chemischen Zeichen wie Zn für Zink oder Pb für Blei eingeführt.

So heißt es in einer Broschüre der MHD „Berzelius" Duisburg GmbH aus dem Jahre 1993, man trage seit 1926 den Namen des bedeutenden Chemikers, um seiner wissenschaftlichen Leistung ehrend zu gedenken. Und es folgt der stolze Hinweis der Metallhütte Duisburg „Berzelius" in der Firmenbroschüre: „In einer Zinkerzgrube, einer Vorgängerin des Unternehmens, der Bensberg-Gladbacher Bergwerks- und Hütten-Aktiengesellschaft, stießen Mitarbeiter von Berzelius seinerzeit auf neue Elemente des Periodensystems." Der Hinweis auf den Chemiker Berzelius ist seit dem Verkauf der Metallhütte an die australische M.I.M. Holdings Limited 1994 endgültig aus dem Firmennamen verschwunden. Dieser lautete dann offiziell: MHD, M.I.M. Hüttenwerke Duisburg GmbH. Im Mai 2005 musste die im Volksgebrauch immer noch Duisburger Metallhütte genannte Firma in die Insolvenz.

Übrigens: 1913 schluckte die MHD selbst einen Pionier der Verbandsgeschichte: Die Rösthütte und Schwefelsäurenfabrik „Matthes & Weber" – Verbands-Gründungsmitglied von 1906 – wurde von der damaligen Metallhütte Duisburg aufgekauft.

wohlfahrt, Errichtung eines Arbeitsnachweises und ähnliche Einrichtungen." Eine ganz ähnliche Formulierung findet sich in der Satzung des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller: Als Zweck wird hier genannt, „das Wohl der in der deutschen Metallindustrie beschäftigten Arbeiter fortgesetzt werktätig zu fördern." Auf das Treffen im August folgte die offizielle Gründung am 29. Dezember 1906.

Einladung zur Gründungsversammlung des Arbeitgeber-Verbandes für Duisburg



Das Protokoll der Sitzung benennt als Mitglieder:

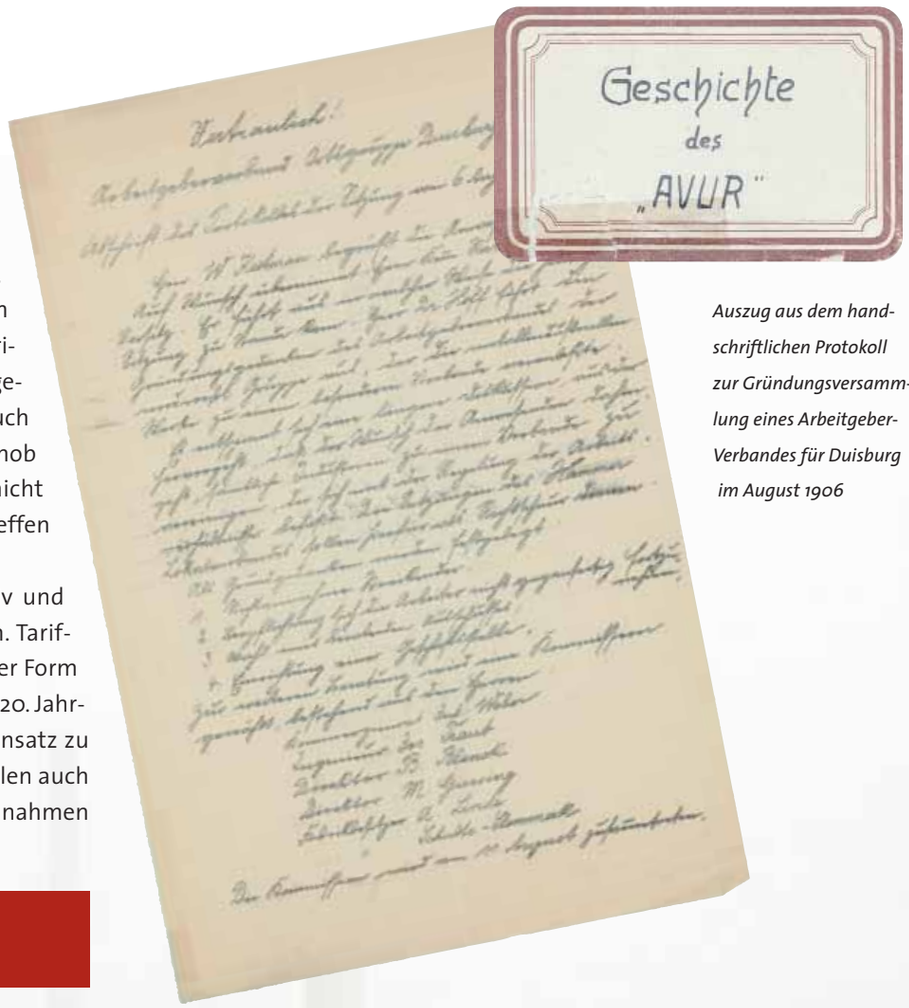
- Duisburger Kupferhütte
- Duisburger Maschinen- und Armaturenfabrik Felix Schulte-Stenmerk
- E. Matthes & Weber A.G.
- Scheidbauer & Giefsing A.G.
- Gesellschaft Harkort
- Duisburger Maschinenbau AG vorm. Bechem & Keetmann
- Gebr. Rieber A.G.
- Ehr. Weuste & Overbeck GmbH
- Peter Langen Sohn
- August Schmalenbach
- Ewald Berninghaus
- Metallhütte A.G.

Am 27. Mai 1907 zog man in der Duisburger Tonhalle den Kreis weiter mit Thyssen & Cie, Akt.-Ges. Phoenix, den Rheinischen Stahlwerken, Maschinenfabrik E. Zeyen, Gutehoffnungshütte, Scheidbauer & Giefsing A.G. und Maschinenbau A.G. Tigler. Das Verbandsgebiet reichte inzwischen über Duisburg hinaus, umfasste auch das damals noch selbstständige Rheinhausen und Hamborn sowie Dinslaken, Oberhausen und Mülheim an der Ruhr. Die großen Unternehmen der Region waren mit dabei. Der Name des Zusammenschlusses ist spätestens ab 1911 geläufig.

Als sich der Arbeitgeberverband der Hüttenwerke und Maschinenfabriken an der unteren Ruhr – kurz AVUR – gründete, schlossen sich weitere bedeutende Unternehmen an.

Identifikation entwickeln

Noch freilich musste der Verband seine Strukturen entwickeln. Eine Geschäftsstelle gab es nicht. Vielmehr übernahm Phoenix in Ruhrort die Geschäftsführung nebenamtlich und übertrug dem Technischen Direktor Karl Harr diese Aufgabe. Ab 1911 (bis 1919) übernahm Eduard Huster, Prokurist der Hütte Ruhrort-Meiderich, ehrenamtlich die Geschäftsführung. Eduard Huster war auch der erste, der sich im Jahr 1949 um eine geschichtliche Aufarbeitung der Entwicklung bemühte. Seine Ausführungen lassen auch erkennen, dass der Verband in seinen Anfängen Identifikation und Selbst-



Auszug aus dem handschriftlichen Protokoll zur Gründungsversammlung eines Arbeitgeber-Verbandes für Duisburg im August 1906

verständnis entwickeln musste. Huster beklagte, dass „es an jeder schriftlichen Unterlage fehlte." Einer der Gründe dafür, neben der Zerstörung von Archivmaterial im Zweiten Weltkrieg: Einschlägiges Aktenmaterial wurde von den Unternehmen schlicht eingestampft. Diese „Formlosigkeit" zeigte sich auch an anderen Beispielen: Verbandsbeiträge erhob der AVUR nicht. Auch Umlagen waren nicht üblich. Selbst über regelmäßige jährliche Treffen geben die Unterlagen keine Auskunft.

Unzweifelhaft aber: Der AVUR war aktiv und nahm sich seiner drängenden Aufgaben an. Tarifpolitik gehörte dazu, aber in deutlich anderer Form als heute: Tarifverträge waren zu Beginn des 20. Jahrhunderts nicht üblich und wurden im Gegensatz zu den Gewerkschaften von den Großindustriellen auch weitgehend abgelehnt. Eine andere Position nahmen die Mittelständler ein, die gute Erfahrungen mit Tarifverträgen gemacht hatten. Üblicherweise regelten sich Lohnverhandlungen direkt zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Mitunter richtete man Kommissionen in den Betrieben ein, um bei Streitfragen einen Interessensausgleich zu finden. Als Regelarbeitszeit hielten die Unternehmen am Zehn-Stunden-Tag fest. Auch die Frage, ob für Sonn- und Feiertagsschichten, Nacht- und Überschichten erhöhte Lohnzahlungen notwendig seien und wie hoch sie ausfallen sollten, gehörte zu den Diskussionsthemen des Verbandes. Über diese Fragen stimmten sich die AVUR-Mitglieder ab und nutzten den Zusammenschluss als Plattform für einheitliche Regelungen.

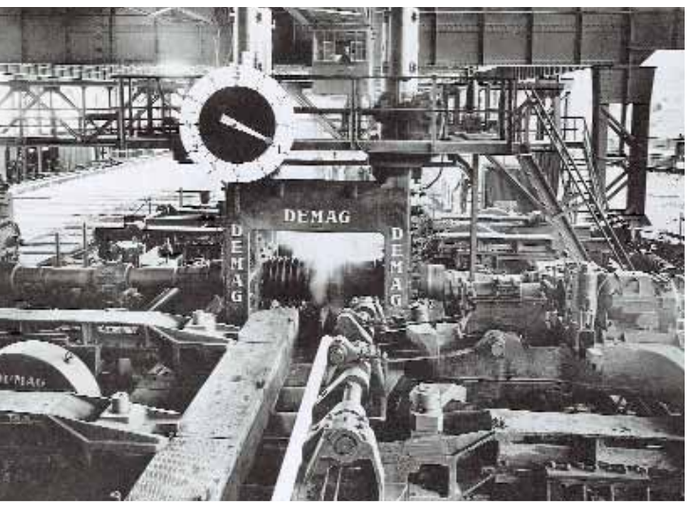
Hin- und Herlaufen verhindern

Noch drängender aber war das Problem der starken Fluktuation der Mitarbeiter. Produktionsausfälle und enorme Kosten entstanden durch die Bereitschaft zum

Weitere Unternehmens-Pioniere aus der Gründerzeit

Viele Mitglieder des Duisburger Arbeitgeber-Verbandes – die erst später um Aufnahme in den Verband baten – zählten bereits zum Gründungsdatum 1906 seit vielen Jahren, teilweise sogar Jahrzehnten, zu den wichtigsten Industriefirmen der Region. Stellvertretend seien einige genannt:
Meidericher Schiffswerft (Duisburg, gegr. 1898), Ed. Fitscher Metallwerk (Oberhausen, gegr. 1900), Wilhelm Stupperich o.H. Ofenrohrfabrik (Duisburg, gegr. 1876), A. Friedrich Flender (Bocholt, gegr. 1910), Akkumulatoren- und Grubenlampen-Fabrik Friemann u. Wolf (Duisburg, gegr. 1884), Isselburger Hütte (Isselburg, gegr. 1794), Ruhrthaler Maschinenfabrik Schwarz u. Dyckerhoff (Mülheim, gegr. 1899), Herm. Verlohr Cassenschrankfabrik und Tresorbau-Anstalt (Duisburg, gegr. 1871), Fritz Lünnemann Maschinenfabrik- und Schiffswerft (Duisburg, gegr. 1884).

Demag – ein Markenname im Wandel der Zeit



Walzwerkanlagen und Kräne für die Eisen schaffende Industrie begründeten den Weltruf der Demag.

Zusammenschlüsse und Fusionen gehören zum Wirtschaftsleben. Auch während der Gründungsjahre des AVUR. Die Geschichte der Demag gibt ein Beispiel dafür.
In der Liste der Gründerfirmen des Arbeitgeberverbandes der Hüttenwerke und Maschinenfabriken an der unteren Ruhr (AVUR) findet sich der Name Duisburger Maschinenbau AG, vormals Bechem und Keetmann. Theodor Keetmann hatte seine Firma 1862 gegründet und große Erfolge mit dem Export von Maschinen für Walzwerke erzielt. Bereits 1910 gab es diese Duisburger Maschinenbau AG aus den Ursprungsjahren der AVUR nicht mehr. Sie war aufgegangen in der Deutschen Maschinenfabrik A.G, kurz Demag.

Die Demag spielte in der Verbandsgeschichte des AVUR eine besondere Rolle, weil ihr die Leitung des Zweigverbandes ARMEA zukam. Gleich im Gründungsjahr gelang der Firma eine Pionierleistung. Demag baute den weltgrößten Schwimmkran für eine irische Werft. Der Kran wurde auch zum Bau der Riesenschiffe „Titanic“ und „Olympic“ eingesetzt. Später entwickelte sich das Telegramm-Kürzel DEMAG zu einem Markenzeichen für die Qualität des deutschen Maschinenbaus. Die erste Container-Brücke im Rotterdamer Hafen baute 1966 die Demag.

Seinen Sitz hatte das Unternehmen in Duisburg. Der Impuls aber kam von außerhalb. Der Maschinenbauer Wolfgang Reuter

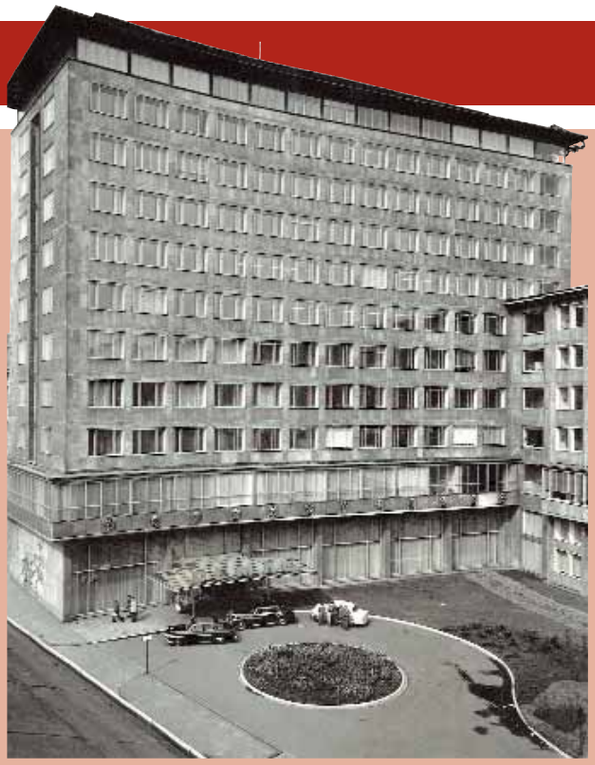
schnellen Wechsel. Der Ausbau des Verbandes über die Stadtgrenze hinaus erleichterte hier ein wirkungsvolles Handeln. Die Mitgliedsunternehmen beschlossen am 27. Mai 1907: „Monatlich werden namentliche Verzeichnisse über den Ab- und Zugang der Arbeiter versandt. Der Hauptzweck ist, das Hin- und Herlaufen der Arbeiter von einem Werk zum anderen zu erschweren.“ So heißt es im Protokoll des Treffens der Kartellwerke.

Das schriftliche „Abkommen wegen Arbeiterannahme“ aus dem Jahr 1911 präzisierte das Vorgehen: Neben der Meldepflicht wurde auch eine Sperrfrist von drei Monaten eingeführt. Wenn das abgebende Werk nicht ausdrücklich zustimmte, durfte ein Arbeitnehmer innerhalb dieser Frist nicht eingestellt werden. Ein Ausschuss sollte in Streitfällen entscheiden. Die schriftliche Meldepflicht fiel in der Praxis oft weg. Die Personalbüros verständigten sich per Telefon über eingestellte und entlassene Mitarbeiter. Pragmatismus herrschte vor. Das Abkommen selbst behandelten die Mitgliedsunternehmen vertraulich, um sich nicht einer öffentlichen Diskussion über die von Seiten der Arbeitnehmer und ihrer Vertreter wenig geschätzte Einigung auszusetzen. Mit Beginn des Ersten Weltkrieges verlor die Absprache ihre Gültigkeit.

Klar erkennbar an dieser Zurückhaltung ist ebenfalls: Der Arbeitgeberverband an der unteren Ruhr sah seine Aufgabe in der Behandlung von Sachfragen und verstand sich kaum als politisch wirkender Zusammenschluss. Noch waren nicht die Gewerkschaften als Gegenspieler anzusehen. Vielmehr reagierte der Verband auf die Interessen und das Verhalten der Arbeiter selbst.

Gewerkschaften als Gegner

Ohne Frage jedoch: Themen, die in den kommenden Jahrzehnten eine Rolle spielen würden, schienen bereits aufzukommen. Am 30. Oktober 1907 trafen sich



hatte zunächst die Kranfabrik Ludwig Stuckenholz in Wetter an der Ruhr mit der benachbarten Märkischen Maschinenbau-Anstalt fusioniert. Reuter strebte jedoch weit Größeres an. Am 27. Juni 1910 verschmolz er sein Unternehmen mit der Duisburger Maschinenfabrik und der Benrather Maschinenfabrik A.G. Es entstand die Demag. Reuter war ihr Generaldirektor, beheimatet war das Unternehmen in Duisburg-Hochfeld. Später gingen weitere Gründungsunternehmen der AVUR in der Demag auf, so der Brückenbauer Harkort (1925) und die Maschinenbau A.-G. Tigler (1933).

Im gleichen Jahr 1926 nutzte Unternehmer Reuter die Gründung des Stahlvereins, um den Maschinenbau von Thyssen in den Konzern zu integrieren. Die Demag wuchs im Marktsegment des Anlagenbaus für die Hütten- und Walzwerkindustrie zum Weltmarktführer heran.

Im Jahr 1978 wurde die Demag Konzern im Konzern. Die Mannesmann AG in Düsseldorf kaufte den Maschinenbauer aus Duisburg. In den 1990er Jahren zerfiel die Demag. Der Bereich Großbagger ging an die japanische Komatsu Gruppe. Nach der Übernahme von Mannesmann durch Vodafone im Jahr 2000 kaufte Siemens die Industriesparte der Mannesmann AG und damit auch die Demag. Schloemann-Siemag übernahm den Hütten- und Walzwerksbereich. Neuer Name: SMS Demag.

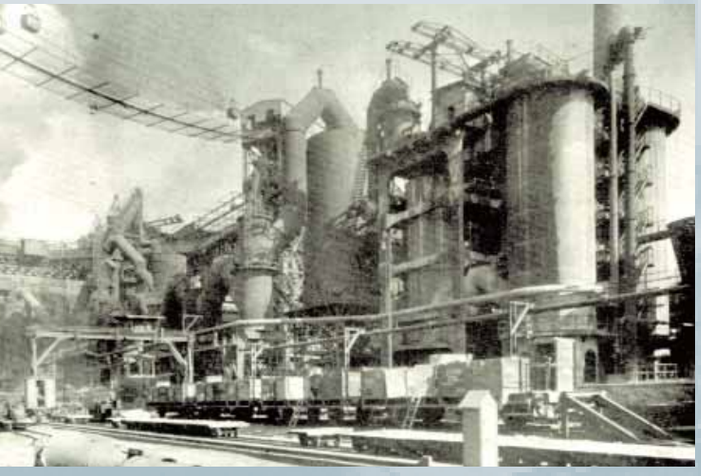
Im Duisburger Telefonbuch sucht man inzwischen vergebens nach dem Begriff Demag. Im Gebäude, das markant aus dem Industriegebiet in Hochfeld herausragt, ist inzwischen Siemens tätig. Siemens arbeitet am ehemaligen Demag-Stammsitz im Bereich der Druckluft- und Verdichtertechnik. In Duisburg wird auch weiterhin investiert. Zum Beispiel in ein Prüffeld auf dem Gelände des ehemaligen Unternehmens Matthes & Weber.

Das Bürohaus in Duisburg-Hochfeld war bis ins Jahr 2000 die Zentrale der Demag. Heute hat hier Siemens Duisburg seinen Sitz.

Foto-Pause für Arbeiter in der Duisburger Kupferhütte

die Mitgliedsunternehmen unter der Leitung des Kommerzienrates Julius Weber von der Kupferhütte in Duisburg. Anwesend war auch der Geheime Kommerzienrat Paul Heckmann aus Berlin. Der Vorsitzende des Vereins Deutscher Arbeitgeberverbände und des Gesamtverbands Deutscher Metallindustrieller betonte in seiner Rede „die riesenhafte Entwicklung der Gewerkschaften“. Er strich heraus, dass diese über „kolossale finanzielle Mittel“ verfügten, die auch längere Streiks ermöglichten. Heckmann wies dringend auf die Notwendigkeit der Zusammenschlüsse innerhalb der Unternehmerschaft hin. AVUR bildete diese Struktur aus. Mit Beginn des Ersten Weltkriegs und dann in der Weimarer Republik würde sie ihre Entschlossenheit und Stärke in den Auseinandersetzungen nicht allein in der Tarifpolitik beweisen müssen. Wie sich die Zeiten bereits in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg wandelten, zeigte eine Zahl aus dem Bereich des Gesamtverbandes: 1913 arbeiteten bereits 50 Prozent aller Beschäftigten der Branche nach Tarifvertrag.

Das Revier wächst zusammen



Schmelztiegel Ruhrgebiet: Mit der Industrialisierung wachsen die Städte im Revier.

Mit der Jahrhundertwende rückten die Städte des Ruhrgebiets zusammen. Größere Gemeinwesen entstanden. Fusionen, wie sie in der Wirtschaft üblich waren und sind, ordneten die Kommunen neu. Ganze Städte verloren ihre Selbstständigkeit. Drei große Gebietsreformen schnitten das Revier so zu, wie es sich heute darstellt. Die erste vollzog sich zur Jahrhundertwende, die nächste 1929 und die letzte folgte 1975. Duisburg gemeindete 1905 Ruhrort und Meiderich ein. Südliche Stadtteile, die zum Verwaltungsbezirk Angermund gehörten, wurden ebenfalls Duisburg zugeschlagen. 1929 folgte die Eingemeindung Hamborns, das früher als das größte Dorf Deutschlands galt und in die „Ehe“ über 132.000 Bürger einbrachte. Rheinhausen, zu dem mit Krupp eines der großen Werke des AVUR-Bezirks gehörte, blieb bis 1975 selbstständig.

Ähnlich verlief auch die Geschichte in den AVUR-Städten Mülheim an der Ruhr und Oberhausen. Mülheim gemeindete 1904 die Bürgermeisterei Broich sowie Styrum und weitere kleinere Umlandgemeinden ein. Mit dem Erreichen von 40.000 Einwohnern wurde man Stadtkreis. Bis 1929 erweiterte sich die Stadt um Oberdümpten, Menden, Heißen und Raadt. Oberhausen gewann durch die gleiche Neuordnung die bis dahin selbstständigen Stadtkreise Osterfeld und Sterkrade hinzu. Die Stadt wuchs so um über 80.000 Neu-Oberhausener auf über 190.000 Einwohner.

Anders als in der Gegenwart wuchsen die Revierstädte nicht allein durch Eingemeindung. Gerade zu Beginn der Industrialisierung ist auch ein starker Zuzug von außen festzustellen. Mülheim an der Ruhr erhöhte seine Einwohnerzahl zwischen 1905 und 1933 um etwa 40.000 Menschen auf 133.000. Alt-Oberhausen verdoppelte die Anzahl seiner Einwohner zwischen 1905 und 1914 von 50.000 auf 100.000 und stieg zur Großstadt auf.

Zeitaktuelle Probleme finden sich bei der Rückschau in bekannter Form wieder. 22,5 Prozent aller Menschen, die 1905 in dem damals noch selbstständigen Hamborn eine feste Anstellung fanden, waren Ausländer. Unter allen Fremdsprachen dominierte damals an Hamborns Schulen Polnisch.

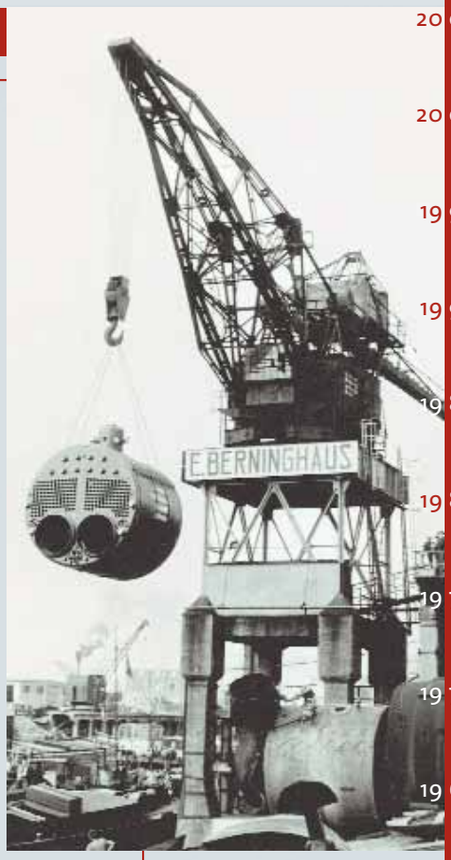
Ehrentafel der Pioniere des Duisburger Arbeitgeber-Verbandes

Die Gründungsfirmen von 1906:

- *Duisburger Kupferhütte*
- *Duisburger Maschinen- und*
- *Armaturenfabrik Felix Schulte-Stenmerk*
- *E. Matthes & Weber A.G.*
- *Scheidhauer & Giefsing A.G.*
- *Gesellschaft Harkort*
- *Duisburger Maschinenbau AG, vormals Bechem & Keetmann*
- *Gebr. Rieber A.G.*
- *Ehr. Weuste & Overbeck GmbH*
- *Peter Langen Sohn*
- *August Schmalenbach*
- *Ewald Berninghaus Metallhütte A.G.*

Mitglieder des Duisburger Arbeitgeber-Verbandes seit 1911:

- *Phoenix, Duisburg-Ruhrort*
- *Rheinische Stahlwerke, Meiderich*
- *A. G. für Hüttenbetrieb, Meiderich*
- *Gesellschaft für Teerverwertung, Meiderich*
- *Maschinenfabrik Tigler, Meiderich (ab 1926 Demag)*
- *Maschinenfabrik Zeye, Ruhrort*
- *Schiffswerft Lünnemann, Ruhrort*
- *Emscherhütte, vormals Horlohe, Laar (bis 1914)*
- *Gewerkschaft Deutscher Kaiser, Bruckhausen + Dinslaken*
- *Gutehoffnungshütte, Oberhausen + Sterkrade*
- *Masch. Fabr. Thyssen & Co., Mülheim an der Ruhr*
- *Friedrich Wilhelms-Hütte, Mülheim an der Ruhr*
- *Deutsche Maschinenfabrik, Duisburg*
- *Hütte Vulkan, Duisburg*
- *Niederrheinische Hütte, Duisburg*
- *Hahnsche Werke, Großenbaum*
- *Friedrich Krupp, Rheinhausen*



Tragende Kräfte im Arbeitgeber-Verband: E. Matthes & Weber, Ewald Berninghaus Metallhütte und die Rheinischen Stahlwerke

Duisburg machte mobil und die Frauen rückten in die Betriebe ein.

Der Oberbürgermeister.

Anmeldung des Gewerbebetriebes.

Auf Grund des § 15 der Reichsgewerbeordnung wird hiermit bescheinigt, daß heute — am 1. Juli für Duisburg Pulverweg Straße Nr. auf den Namen der Eheleute Germann Fliess unter der Firmenbezeichnung „Germann Fliess & Co." die Herstellung von Drahtgeflechten, Geweben u. Drahtwaren, sowie den Betrieb von Handelsgeschäften aller Art nach § 14 der Reichsgewerbeordnung angemeldet worden ist.

Duisburg, den 1. Juli 1915.

Städtische Steuerverwaltung.
I. A.
Wilhelmi Leu. Offz.

Anmerkung. Es liegt im Interesse der Gewerbetreibenden, jede Veränderung der Firma der Inhaber des Gewerbebetriebes, des Sitzes der Geschäftsleitung, des Geschäftslokals der Betriebsstätten u. der Betriebsart unter Vorlage dieser Bescheinigung hierher mitzuteilen und den Gewerbebetrieb, falls derselbe eingestellt wird oder in andere Hände übergeht, sofort hier abzumelden.

Verwaltet C 1 10. 1000. 1. 1. 14.

1918

1914

Mangel macht Arbeit

AVUR bekämpft die Not hinter der Front

Mit dem Wort „Burgfrieden“ wird die Zeit des Ersten Weltkriegs gern umschrieben. Kaiser Wilhelm II. hatte deutlich gemacht: „Ich kenne keine Parteien mehr, kenne nur noch Deutsche.“ Mit großer Begeisterung war das Reich in den Krieg gezogen – Euphorie für das „Völkerringen“, das auch in den Städten an der Ruhr Wellen des Patriotismus auslöste.

Dieser „Burgfrieden“ hielt an der Ruhr zwischen 1914 und 1918, wenngleich: Ganz ungetrübt war er nicht. Immerhin sagte der frühere AVUR-Geschäftsführer Eduard Huster: „So kann doch festgehalten werden, dass es während der Kriegsdauer im Duisburger Bezirk nicht zu Streikunruhen oder dergleichen kam.“ Was nicht bedeutet, dass es zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern stets einvernehmlich zuging. Im Jahr 1918 hatten sich gleich 23 Werke im AVUR-Bezirk mit Anträgen auf Arbeitszeitverkürzung auseinanderzusetzen.

Auch über die Löhne verhandelten die Partien – allerdings ohne Hektik und übermäßigen Diskussionsbedarf. In der Eisen- und Metallindustrie verdoppelten sich die Entgelte zwischen 1914 und 1918. Im Jahr 1914 ermittelte die Berufsgenossenschaft für die Branche einen Durchschnittslohn von 1.636 Mark. 1918 waren es 3.592 Mark. Auch wenn das Geld erheblich an Wert verloren hatte – so war der Dollar gegenüber der Mark auf den zweifachen Wert gestiegen – unterm Strich blieb dennoch mehr in der deutschen Lohntüte.

Staat erkennt die Gewerkschaften an

Die Zeit des Krieges markierte auch eine Neuordnung des Verhältnisses zwischen Gewerkschaften und dem Unternehmerverband. Auslöser war das am 5. Dezember 1916 erlassene Gesetz für den vaterländischen Hilfsdienst. Es darf als Vorläufer für das Betriebsräte-Gesetz von 1920 angesehen werden und damit auch für das Betriebsverfassungsgesetz von 1952.

Die wichtigsten Punkte des Gesetzes: Die Gewerkschaften erhielten vom Staat die Anerkennung als Vertreter der Arbeitnehmerschaft. Die Arbeitgeberverbände vollzogen diesen offiziellen Schritt erst nach dem Krieg. Das Ziel des Gesetzes war, den „Burgfrieden“ zu erhalten, und zwar durch die „Zusammenfassung aller Kräfte im Dienst der Kriegswirtschaft“.

Wo lagen hier die Gefahren? Es herrschten Arbeitskräftemangel und das Gesetz des Marktes. Der Bergbau, an feste Preise gebunden, verlor Mitarbeiter an die Rüstungsindustrie, die höhere Löhne zahlen konnte.

Das neue Gesetz bestimmte deshalb: Ein Arbeitnehmer durfte ohne Zustimmung des Arbeitgebers nicht mehr die Arbeitsstelle wechseln. Im Streitfall

Mit eigenen Patenten rund um den Globus

Auf Schweißdraht: die Firma Fliess in Duisburg

1937 verpasste der Duisburger Unternehmer Hermann Fliess den Start des Zeppelins „Hindenburg“. Mit dem Luftschiff wollte der Gründer der Draht- und Drahtwarenfabrik Hermann Fliess & Co. mal wieder nach Brasilien, genauer gesagt nach Rio de Janeiro fliegen. Doch seine Unpünktlichkeit rettete dem Kaufmann das Leben, die „Hindenburg“ ging beim Anflug auf Lakehurst/New York in den USA in Flammen auf, 36 Menschen kamen ums Leben. So berichtet der Enkel des Firmengründers knapp 70 Jahre später. Henning Hermann Fliess leitet nunmehr in dritter Generation den 1915 von seinem Großvater und seiner Großmutter gegründeten Gewerbebetrieb, der zunächst auf der Tonhallenstraße als offene Handelsgesellschaft ansässig war. Schon bald war das Unternehmen des Kaufmanns Hermann Fliess eine der führenden Draht- und Drahtwarenfabriken der Region. 1925 arbeitete man nach der erneuten Erweiterung der Firma in verstärktem Umfang an der Entwicklung und Produktion von NE-Schweißdrähten, Unisco-Kupfer und Robusco-Bronze.

Bereits drei Jahre später, 1928, gründete der Firmenchef gemeinsam mit seinem Sohn und späteren Nachfolger Friedrich II. Hermann und der Felten & Guilleaume Carlswerk (Köln) die Unisco-Gesellschaft H.H. Fliess & Sohn KG (Duisburg). Ihr erschloss sich dank der Fliess-Erzeugnisse – insbesondere der Metalldrähte, Elektroden und Kerndrähte – auch der Auslandsmarkt. Die junge Firma machte sich mit ihren eigenen Patenten in der Schweißtechnik einen guten Namen – auch in Übersee, vor allem in Südamerika. Nach dem Wiederaufbau der Fabrik im Jahr 1945 in der Essenberger Straße 87 entwickelte sich die seit 1950 vom Sohn des Firmengründers geleitete Duisburger Draht- und Drahtwarenfabrik stetig weiter.

Auch an der Gründung und späteren Wiedereinrichtung der Schweißtechnischen Lehr- und Versuchsanstalt waren Hermann Fliess (1928) und Sohn Friedrich II. Hermann nach dem Zweiten Weltkrieg maßgeblich beteiligt. Zum Metallverband zählt die Duisburger Traditionsfirma übrigens seit 2004 nicht mehr, es erfolgte der Wechsel zum Unternehmerverband Ruhr-Niederrhein. Keinen Wechsel gab es allerdings bei der Tradition, das Geschäft als Familienunternehmen zu betreiben. Auch Alexander Fliess ist in die Fußstapfen seines reisefreudigen Urgroßvaters getreten.

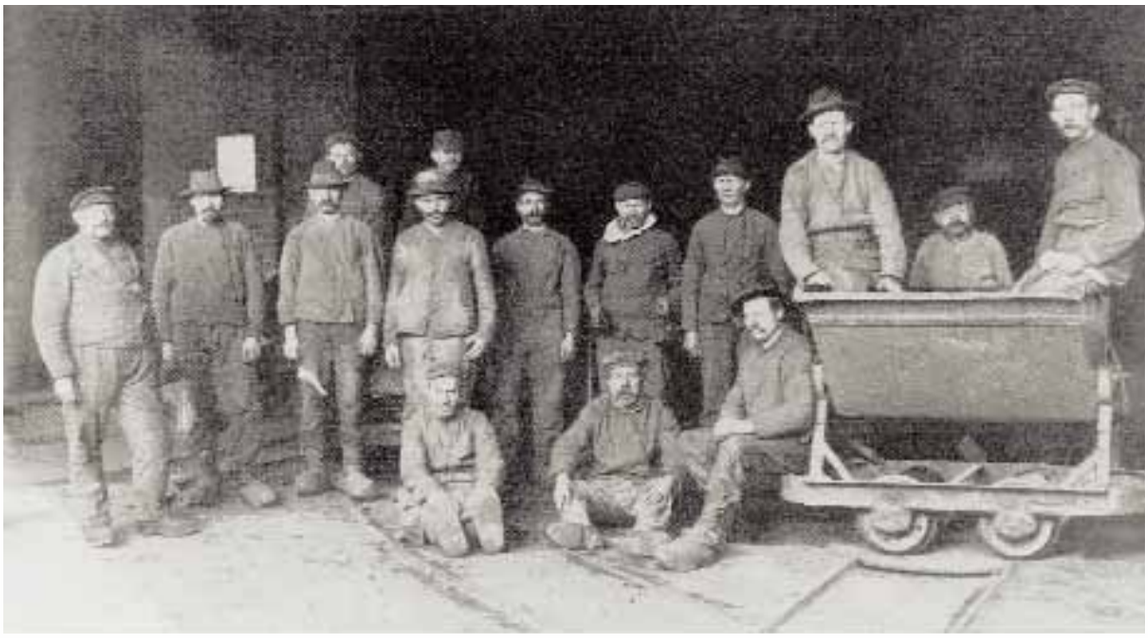
sollte ein Schlichtungsausschuss mit drei Arbeitgeber- und drei Gewerkschaftsvertretern unter neutralem Vorsitz entscheiden. Eine zweite Neuregelung nahm sich des Werksfriedens an: Ein Betrieb mit mehr als 50 Arbeitern hatte einen Arbeiterausschuss zu wählen. Bei mehr als 50 Angestellten kam ein Angestelltenausschuss hinzu.

Der Paragraph 12 des Gesetzes für den vaterländischen Hilfsdienst erinnert in seinem Wortlaut sehr an den zweiten Paragraphen der AVUR-Satzung: „Der Ausschuss hat das gute Einvernehmen innerhalb der Arbeiterschaft des Betriebes und zwischen der Arbeiterschaft und dem Arbeitgeber zu fördern.“

Probleme in der Praxis

Welche Fragen damit insbesondere gemeint waren, sagte der Paragraph ebenfalls aus: „Er hat Anträge, Wünsche und Beschwerden der Arbeiterschaft, die sich auf die Betriebseinrichtungen, die Lohn- und sonstigen Arbeitsverhältnisse des Betriebes und seiner Wohlfahrtseinrichtungen beziehen, zur Kenntnis des Unternehmers zu bringen und sich darüber zu äußern.“

Die gesetzlichen Formeln ließen sich nicht immer reibungsfrei vom Papier in die Praxis umsetzen. In der Tat ergab sich, dass Arbeitnehmer schon dann die Freigabe des Arbeitsplatzwechsels bekamen, wenn sie



nachwiesen, dass sie in ihrem neuen Unternehmen mehr verdienen konnten. Mit den Arbeiterausschüssen machten die Unternehmen unterschiedliche Erfahrungen. Einerseits war es hilfreich, die durch den Krieg immer schwieriger werdenden Probleme mit einem gesetzlich verankerten Partner lösen zu können. Andererseits waren die Arbeitnehmervertreter nicht immer an einvernehmlichen Entscheidungen interessiert. Es kam auch vor, dass die Ausschüsse ohne Arbeitgebervertreter tagten und Beschlüsse selbstständig fassten.

Radikale Strömungen

Günter von Roden, der frühere Duisburger Stadtarchivar, schreibt in seiner Geschichte der Stadt Duisburg: „Duisburg ist damals im Rheinland zeitweilig neben Düsseldorf als eine Hauptstelle radikaler Strömungen angesehen worden." Er schreibt aber ebenfalls: „Die Bevölkerung, die viereinhalb Jahre die größten Opfer gebracht hatte, dachte noch weitgehend wie die Regierung. So war die Einstellung im Großen und Ganzen auch in der Stadt Duisburg, wo von Streiks und Arbeitsniederlegungen nichts bekannt geworden ist."

Unabhängig von dieser mehr oder minder ruhigen Lage im Verhältnis zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern gab es für den AVUR eine Reihe von Aufgaben. Die Industrie war auf den Krieg nicht vorbereitet. Es kam zu einer vorläufigen Wirtschaftskrise. Fanden sich im Juni 1914 auf 100 Stellen 144 Arbeitssuchende, so lag die Kennziffer im August 1914 bei einem Verhältnis von 236:100. Der Export wurde durch die politische Lage gebremst.

Militär hat Vorfahrt

Das Militär benutzte bevorrechtigt die Eisenbahn-Verbindungen, so dass es zur Rohstoffverknappung kam. Die „Gewerkschaft Deutscher Kaiser" fuhr beispielsweise die Produktion an einem Hochofen herunter. Die Gesamtleistung der Hütte Bruckhausen ging im August 1914 um 40 Prozent zurück. Hinzu kam ein Umschwung auf dem Arbeitsmarkt durch die Einberufung der Männer zum Wehrdienst. Allein die Hütte Phoenix musste nach der allgemeinen Mobilmachung auf 1.400 Beschäftigte verzichten.

Das Abwerbeabkommen war längst außer Kraft gesetzt. Die Verbindung der Arbeitgeber aber hielt und erfuhr mit dem Kriegsbeginn eine rasche Intensivierung. Die Probleme trafen die Werke in gleichem Maße, so dass sich auch eine gemeinsame Herange-

Wo vorher nur Männer arbeiteten, packten während des Ersten Weltkriegs auch Frauen in der Industrieproduktion zu.

Französische Kriegsgefangene arbeiteten auch in der August-Thyssen-Hütte.

hensweise anbot. Die Zahl der Mitgliederversammlungen nahm während des Krieges zu. Man traf sich unter der geschickten Leitung von Direktor Schreiber (Phoenix Ruhrort) regelmäßig in der Duisburger Societät. Weitere Treffen fanden in der „Erholung Ruhrort", dem Werkskasino in Oberhausen, bei Retze in Mülheim oder im Mülheimer Thyssen-Kasino statt.

Beiträge zum Kriegerdank

Die Tagesordnung war umfangreich: Es galt zum Beispiel, die Krankenversicherung für die Angehörigen zu regeln, da von den Behörden hier keine Vorgaben vorlagen.

Zu den allgemeinen Hilfsaktionen – etwa dem von Oberbürgermeister Karl Jarres gegründeten „Kriegerdank der Duisburger Bürgerschaft" – leistete die Industrie wichtige Beiträge. Es entstanden durch Einsatz der Betriebe zahlreiche Reservelazarette. Zudem war über die Vermittlung der Kriegsversehrten zu entscheiden. Auch hier gab es keine staatlichen Vorgaben. Die Unternehmen stellten auf freiwilliger Basis geeignete Arbeitsplätze zur Verfügung, richteten Umschulungsmaßnahmen ein.

Ab März 1915 wurden Lebensmittel rationiert. Die Brotkarten kamen in Umlauf. Die Werke richteten mit zunehmender Kriegsdauer eigene Lebensmittel-Verkaufsstätten ein oder bauten ihre Konsumanstalten aus. Auch hier war der AVUR beratend und koordinierend tätig.

Doch nicht allein die Lebensmittel, auch die so dringend benötigten Rohstoffe für die Industrieproduktion wurden knapp. Der Gesamtverband der Deutschen Metallindustrie beriet seine Mitgliedsunternehmen in diesen Fragen und war an der Rohstoffbeschaffung und -verteilung in Zusammenarbeit mit den kriegswichtigen Ämtern beteiligt.

Das größte Problem aber bildete der Arbeitnehmermangel – zunächst in den weiterverarbeitenden Betrieben und zunehmend auch in der Schwerindustrie. Eine Zahl zur Einschätzung der Notlage: Hamborn, das 1910 als das größte deutsche Dorf bezeichnet wurde, hatte bei Kriegsbeginn knapp 120.000 Einwohner. Zwischen 1914 und 1918 rückten 25.000 Männer aus der damals noch selbstständigen Gemeinde ein. Gleichzeitig wuchsen die Anforderungen an die Wirtschaft. Auch hierzu eine Vergleichszahl: Die zu Thyssen gehörende Mülheimer Maschinenfabrik hatte im Jahr 1913 etwa 3.000 Mitarbeiter. Im Jahr 1918 waren es, bedingt durch die Produktion von Kriegsgeräten, 22.000.

Frauen wachsen an neuen Aufgaben

Die Wirtschaft reagierte mit einem Bündel von Maßnahmen auf die Situation. Der AVUR zeigte sich sehr aktiv bei der Arbeitsvermittlung. Zudem erhielten heimkehrende Kriegsteilnehmer Stellen in den Mitgliedsunternehmen. Die Zahl der Frauen in den Betrieben wuchs stetig. Und das nicht allein in den Dienstleistungsbereichen, etwa als Straßenbahnschaffnerinnen in den Städten.

All dies genügte nicht, die Nachfrage zu stillen. Es wurden auch Kriegsgefangene in den Betrieben eingesetzt. Untergebracht waren sie in Wesel im Lager

Zinkzieher bei der schweißtreibenden Arbeit

Tätig an der „Heimatfront“: Frauen in der Industrie

„General Cederholm“, gearbeitet wurde in den Betrieben der Ruhr-Industrie. Schließlich warb man auch fremde Zivilarbeiter an, darunter viele Belgier und Franzosen, die einen Dreimonats-Vertrag erhielten und nach gleichem Lohn wie die deutschen Mitarbeiter bezahlt wurden. In seltenen Fällen wohnten die Fremdarbeiter privat. In der Regel waren sie in kasernenartigen Wohnheimen untergebracht. Ausgangsbeschränkungen außerhalb der Arbeitszeit gab es für sie nicht.

Demobilmachung als Herausforderung

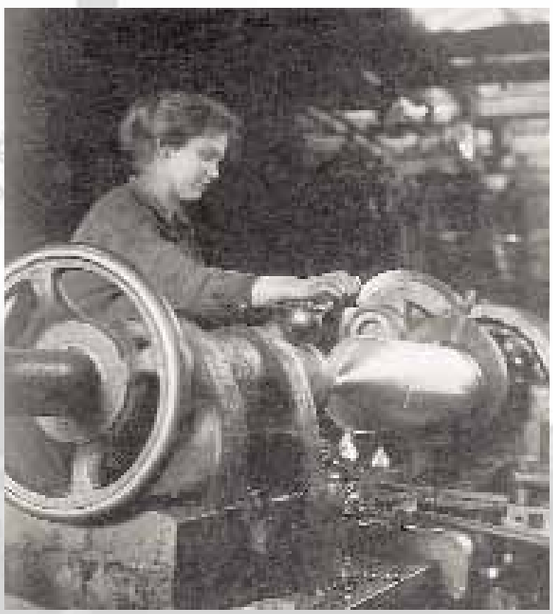
Zum Ende des Krieges stellte sich der AVUR einer neuen Herausforderung. Die Demobilmachung galt es zu regeln. Hugo Stinnes hatte darüber bereits im Jahr 1917 laut nachgedacht. Jetzt galt es auch zu handeln – und das in einer Zeit des politischen Wandels und der Repressionen durch die Regelungen des Versailler Vertrags. Die Zeit der Zentral-Arbeitsgemeinschaft begann und damit auch eine neue Aufgabenstellung für den AVUR.

Frauen stehen in der Fabrik ihren Mann

Während allein zwei Millionen deutsche Soldaten im Ersten Weltkrieg auf dem Schlachtfeld ihr Leben ließen, drohte zu Hause die Produktion in den Fabriken zu stocken. Immer mehr Arbeiter mussten in den Krieg ziehen, die Produktion von vielen Gütern stockte. Der reibungslose Nachschub an Waffen für die Materialschlachten zwischen Verdun und den Karpaten hatte Vorrang.

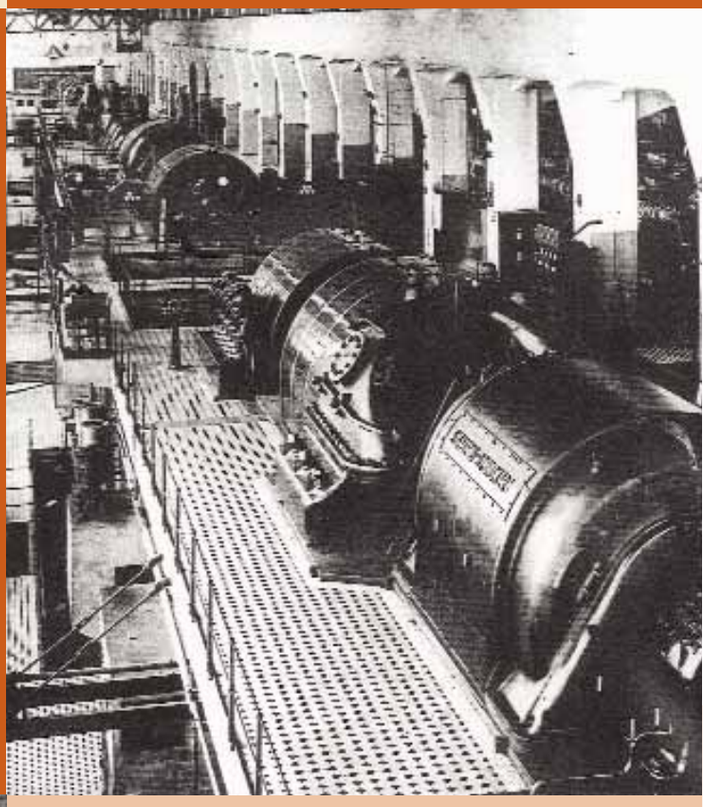
Immer mehr Unternehmer setzten daher weibliche Arbeitskräfte ein – und das nicht nur in den Verwaltungen. Eine Art Emanzipation aus der Not und nicht der Überzeugung heraus war das Ergebnis. Bevor Frauen in Deutschland erstmals das Wahlrecht erhielten, bekamen sie in der Wirtschaft die „Chance“, sich als gleichwertiger Ersatz für ihre Männer, Brüder, Söhne und Väter zu bewähren. Bei Krupp beispielsweise führte die Ausweitung der Kriegsproduktion zu einer Vervielfachung des Arbeitskräftebedarfs. Seit November 1915 erschienen in den Statistiken besondere Rubriken für Arbeiterinnen. Deren Zahl erhöhte sich in der Essener Gussstahlfabrik von 9.300 im Januar 1916 auf 24.000 im Oktober 1918. Damit war rund ein Viertel der gesamten Belegschaft (rund 98.000) weiblich. Doch nicht nur in den Fabriken packten die Frauen zu. Man setzte sie als Schaffnerinnen oder Telefonistinnen – damals noch ein typisch männlicher Beruf – ein.

Nach Kriegsende wurden bei Krupp sowie auch in den anderen Unternehmen alle weiblichen Arbeitskräfte zum großen Teil wieder entlassen. Doch ihre „Bewährungsprobe“ hatten diese – auch im sozialen Hilfsdienst, in der kommunalen Arbeit, in der Kinderfürsorge sowie im Krankendienst – bestanden. Am 12. November 1918 erhielten Frauen ab 20 Jahren in Deutschland das Wahlrecht.



Mit zarter Hand an der Drehbank

Inflation und Kapp-Putsch – unruhige Zeiten für die Wirtschaft an der Ruhr



1933

1918

In der Rolle des Tarifpartners

Die Weimarer Republik ordnet die Wirtschaft neu

Das Ende des Ersten Weltkriegs am 11. November 1918 veränderte das Deutsche Reich grundlegend. Kaiser Wilhelm II. hatte abgedankt und war in die Niederlande geflohen. Friedrich Ebert hatte am 9. November als frisch gebackener Reichskanzler die Republik ausgerufen. Eine neue Regierung – sozialdemokratisch geprägt – etablierte sich.

Zugleich herrschte nach wie vor Mangelversorgung. Die Brotkarten kamen erst 1923 nach dem Ende der Inflation in den Reißwolf. Die überlebenden Soldaten kehrten zurück und drängten in den Arbeitsmarkt. Die Reparationszahlungen schwächten die deutsche Wirtschaft, lähmten gar während der Besetzung des Ruhrgebiets durch die Franzosen und Belgier die unternehmerische Initiative. Innere Gefechtslagen – ausgelöst durch den Spartakus-Aufstand und den Kapp-Putsch – verschärften zusätzlich die Lage.

In diesen Jahren ordnete sich auch das Verhältnis von Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften komplett neu. Man wurde Tarifpartner. Noch 1906 hatten die Arbeitgeber sich darauf verständigt, die Gewerkschaften keinesfalls anzuerkennen.

AVUR erweitert Aktivitäten

Niemand konnte es übersehen: Der AVUR musste nach dem verlorenen Weltkrieg seine Aktivitäten erweitern, wollte man sich als Unternehmerschaft gemeinsam den Herausforderungen stellen. Was als Kartell zur Klärung wichtiger Sachfragen im Jahr 1906 seinen Anfang genommen hatte, fand nun in einer neuen Struktur zu einer festen Position.

Im Jahr 1919 übernahm Gustav Maag die hauptamtliche Geschäftsführung. Ab 1924 stand ihm Max Lobeck als zweiter Geschäftsführer zur Seite. Den Vorsitz der AVUR hatte Dr. Schreiber von Phoenix inne. 1926 gab er ihn an Dr. Wilhelm Esser von Rheinstahl ab. Nach dem Tod Dr. Essers im Jahr 1932 führte der „Hüttenkönig“ Dr. Franz Bartscherer von der August-Thyssen-Hütte in Bruckhausen den AVUR bis zur Liquidierung. Inzwischen hatte sich auch der Kreis der Mitgliedsunternehmen erweitert. Dazu gehörten die Gutehoffnungshütte in Oberhausen, die Gewerkschaft Deutscher Kaiser, die Hütte Vulkan und Krupp-Rheinhausen.

Schweißen will gelernt sein

Ernst Kalisch, erster Direktor der Schweißtechnischen Lehr- und Versuchsanstalt

„Mit einer Abschlußprüfung haben sich die Schüler vor einem Ausschuß, in den auch die Industrie Vertreter entsendet, über ihr Wissen und Können auszuweisen, bevor sie als Schweißer, Lehrschweißer oder Schweißfachingenieure auf ihre Arbeitsstätten zurückkehren und das Gelernte in der Praxis beweisen und weitergeben." So beschreibt ein Zeitungsartikel der Rheinischen Post vom 15. Juni 1949 die Aufgaben der Schweißtechnischen Lehr- und Versuchsanstalt in Duisburg. Bereits 1928 gegründet, war die Anstalt auch oder gerade nach dem Zweiten Weltkrieg weit über das rheinisch-westfälische Industriegebiet hinaus führend in allen Fragen der Schweißtechnik. Nach der Teilung Deutschlands gab es nach Kriegsende in der Bundesrepublik nur noch in Hannover, Hamburg, Stuttgart und eben Duisburg ähnliche Einrichtungen. 1968 feierte man stolz sein 40jähriges Bestehen und blickte auf seine Anfänge zurück. Am 1. Oktober 1928 wurden die ersten Schüler aufgenommen – Duisburg war damals nach Berlin erst die zweite schweißtechnische Großlehranstalt im Deutschen Reich. In dem aus 12 Artikeln bestehenden Gründungsvertrag heißt es: „Aufgabe und Zweck der Anstalt sind die praktische Fortbildung der für die Ausübung der Schmelzschweißung in Frage kommenden Fachleute des rheinisch-westfälischen Industriegebietes und die Erprobung und Förderung der schweißtechnischen Arbeitsvorgänge." (8. Dezember 1928). Bereits im ersten Jahr bildeten sechs Mitarbeiter des ersten Anstaltsleiters Direktor Dipl.-Ing. Ernst Kalisch 700 Kursteilnehmer aus. 80 Jahre später ist die SLV Duisburg in Deutschland das größte und in Europa eines der bedeutendsten schweißtechnischen Institute. 2005 wurde in über 100 Lehrgängen Spezialwissen an rund 1.400 Teilnehmer aus dem In- und Ausland vermittelt.

Die passenden Geschäftsräume fand man im Duisburger Mercatorhaus, einschließlich eines Sitzungszimmers. Ein jetzt häufig genutzter Raum: Ein- bis zweimal in der Woche kam man zusammen, um sich abzustimmen.

Damit auch die kleineren und mittleren Unternehmen ihre geeignete Vertretung erhielten, gründete sich der Arbeitgeberverband der Maschinenfabriken und Eisenbauanstalten, kurz ARMEA, dessen Geschäfte ebenfalls Maag und Lohbeck führten, so dass die Verbindung zum AVUR eng blieb. Den Vorsitz des ARMEA hatte die DEMAG.

Enge Verbindung mit Nordwest

Auch die Verzahnung zum Bezirksverband der Arbeitgeber „Arbeitnordwest", der bereits 1904 in Düsseldorf entstanden war, gelang geschickt. Der Duisburger Vor-

Mit passivem Widerstand wehrte sich das Ruhrgebiet bis September 1923 gegen die Besetzung durch Franzosen und Belgier.

sitzende Dr. Schreiber erhielt die Berufung in den Vorstand des Düsseldorfer Verbandes. Überhaupt war der Einfluss des AVUR auf der Bezirksebene stets groß. Allzu verständlich: Repräsentierte die „untere Ruhr" doch die großen Unternehmen mit zahlreichen Beschäftigten und enormer Wirtschaftskraft. Hierzu gehörten auch die 1926 gegründeten Vereinigten Stahlwerke mit den Betrieben der Thyssen-Gruppe, der Phoenix-Gruppe und der Rheinischen Stahlwerke.

Dieser Aufbau forderte eine geeignete Finanzierung. In der Vergangenheit hatten gelegentliche Umlagen genügt, die Ausgaben des AVUR zu decken. Der Bezirksarbeitgeberverband hatte von den Unternehmen, orientiert an der Lohnsumme, eine Abgabe eingefordert. Aus diesen Einnahmen erhielten nun auch die örtlichen Verbände einen Anteil, um ihre Kosten zu finanzieren. Die Verbände hatten sich damit für die anstehenden Arbeiten aufgestellt. Und es gab in der Tat viel zu tun.

Der Übergang von der Kriegs- in die Friedenswirtschaft sollte – unter Berücksichtigung der verschobenen Machtverhältnisse – möglichst reibungsfrei gelingen. Es gründete sich die Reichsarbeitsgemeinschaft. Hugo Stinnes als Verhandlungsführer der Arbeitgeber und Carl Legin, Generalbevollmächtigter der Gewerkschaften, verständigten sich auf eine Neun-Punkte-Vereinbarung. Es entstand besagte Zentralarbeitsgemeinschaft, deren Bedeutung der Abdruck der privaten Vereinbarung im Reichsanzeiger unterstrich.

Bruch mit alten Ansichten

Sie bewirkte eine „Revolution" ganz anderer Art: Der Unternehmerverband erkannte am 15. November 1918 die Gewerkschaften offiziell an. Eduard Huster schreibt dazu: „Damit hatten die Arbeitgeber mit althergebrachten Anschauungen vollständig gebrochen und die Gewerkschaften einen Erfolg errungen, wie er noch kurz zuvor undenkbar erschienen wäre."

Die Zentralarbeitsgemeinschaft basierte auf neun Punkten, darunter folgenden Vereinbarungen:

- Anerkennung der Gewerkschaften als berufene Vertreter der Arbeitnehmerschaft.
- Koalitionsfreiheit der Arbeitnehmer.
- Gemeinsame Regelung und Verwaltung des Arbeitsnachweises.
- Kollektivvereinbarungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern des betreffenden Gewerbes regeln die Arbeitsbedingungen.
- Der Arbeiterausschuss in den Betrieben, verpflichtend für Unternehmen mit mehr als 50 Beschäftigten, setzt in Zusammenarbeit mit dem Arbeitgeber die Beschlüsse der Arbeitsgemeinschaft in den Werken um.

Diese Gestaltung fand später Eingang in das Betriebsräte-Gesetz von 1920 und setzte sich nach dem Zweiten Weltkrieg im Betriebsverfassungsgesetz – wenn auch ungleich detaillierter – fort. Zu den Aufgaben der Arbeitgeberverbände gehörten auch die Verhandlungen zu Fragen des Arbeitsschutzes, der Arbeitszeit und der Berufsausbildung.

Stärke zeigen: Französische Truppe marschierten an ihrem Nationalfeiertag durch Duisburg.

6.000 PS für Großtanker und Wasserwerke

Die Legende berichtet: Im „Rheingold Express“ – dem seit Ende der 1920er Jahre zwischen Basel und dem niederländischen Hoek verkehrenden Luxuszug – hatte ein Ingenieur viele Jahre vor dem Zweiten Weltkrieg die Idee für eine Neuerung im Pumpenbau, die auch international für Aufsehen sorgen sollte: nämlich Kreiselpumpen aus Kunststoffen herzustellen. Der Mann mit der zündenden Idee war Karl Wernert. Geboren im Siegerland, sammelte Wernert zunächst als studierter Maschinenbauer in der Gute-Hoffnungs-Hütte und bei der Maschinenfabrik August Thyssen in Mülheim erste praktische Erfahrungen mit Dampfturbinen und Kondensationsanlagen. Im Alter von 30 Jahren machte sich Wernert mutig in Mülheim an der Ruhr selbständig. Der Fabrikant gründete 1920 seine Firma MASCHINENBAUANSTALT WERNERT. Er entwickelte eine Vielzahl von Patenten für Pumpen und Kondensationsanlagen für Dampfturbinen und Dampfmaschinen. Die junge Firma prosperierte schon bald, ihr Spezialgebiet: die Herstellung von Kreiselpumpen. Bereits 1927 hatte Fabrikant Wernert die weltweit erste Kreiselpumpe aus Kunststoff hergestellt. Nach dem Zweiten Weltkrieg besaß die Pumpenfabrik WERNERT KG auch ein Zweigwerk in Kiel, das auf Pumpen für die Seeschifffahrt spezialisiert war. So wurden WERNERT-Pumpen für die größten Tanker der Welt, aber auch Walfangschiffe geliefert. Für den Bergbau hat die Styrumer Firma ebenfalls Pumpen gebaut – ebenso wie für Wasserwerke mit Leistungen bis zu 6.000 PS. 1962 verstarb der Firmengründer Karl Wernert, die Geschäfte übernahm Tochter Helene Hoppe zusammen mit ihrem Ehemann Willy Hoppe. 1975 erfolgte die Umwandlung des Unternehmens in die heutige WERNERT-PUMPEN GMBH. Die Qualität ist geblieben – auch unter der Geschäftsführung, die seit 1987 von Helene Hoppe, Dipl-Kfm. Ursula Hackenberg und Dr.-Ing. Paul Hackenberg fortgeführt wird. Die WERNERT-PUMPEN GMBH ist das älteste unabhängige, industrielle Familienunternehmen in Mülheim an der Ruhr. Auch die vierte Generation ist mit Dipl.-Kffr. Corinna Hackenberg bereits seit einiger Zeit engagiert. Dr. Hackenberg ist ehemaliges Vorstandsmitglied des UVM und derzeit Rechnungsprüfer beim UVM.

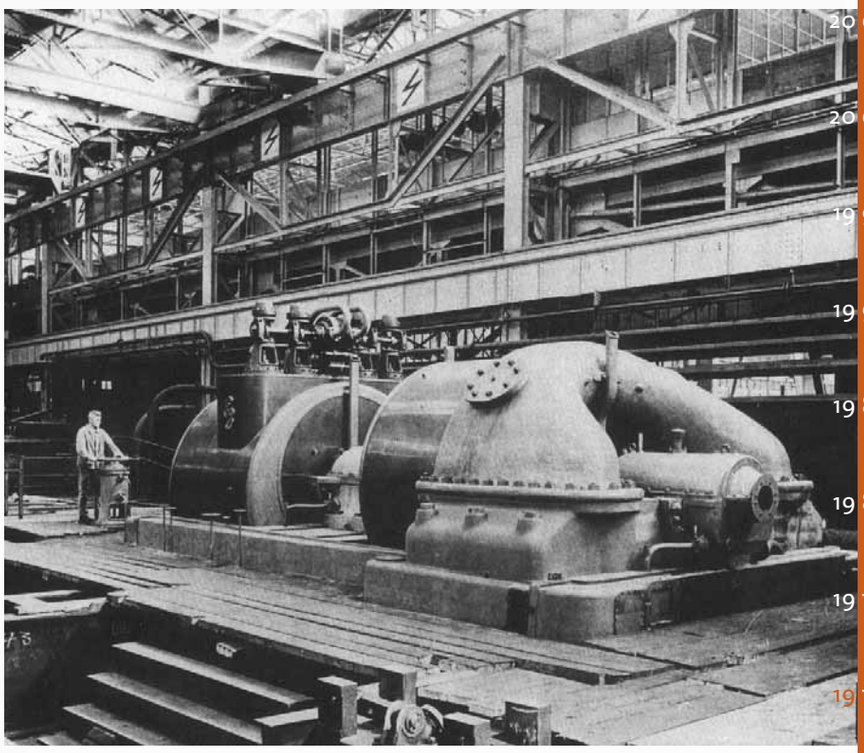
Bildstarke Werbung: Mit einem Comic beweist WERNERT-Pumpen aus Oberhausen Power.

Der AVUR kam in dieser Struktur aus dem Jahr 1918 eine enorme Rolle zu. Nach der Verabschiedung der „Spielregeln“ verlor die Zentral-Arbeitsgemeinschaft ihre operative Funktion. Die Umsetzung der Beschlüsse erfolgte auf Bezirks- und Ortsebene. Der AVUR übernahm für den Bezirk Duisburg die Aufgabe, die Fragen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verhandeln.

Acht-Stunden-Tag wird zur Regel

Die Zentralarbeitsgemeinschaft schrieb überdies den generellen Acht-Stunden-Tag (bei sechs Arbeitstagen pro Woche) fest. Noch vor der Jahreswende 1918/1919 waren die Voraussetzungen für die Einführung geschaffen.

Darüber hinaus galt es, Schlichtungsverhandlungen bei Arbeitsstreitigkeiten zu führen. Die Information der Mitglieder über die Funktion der neuen Arbeiterausschüsse sowie den Umgang mit ihnen gehörte ebenfalls zu den Aufgaben. Inzwischen hatten die Lohnverhandlungen mit voller Wucht eingesetzt. Dazu galt es, das notwendige Basiswissen zu beschaffen. Bereits in der Vergangenheit hatte der Düsseldorfer Verband versucht, eine allgemeine Lohnstatistik



Made in Mülheim: Siemens-Maschinen für die Industrie

zu erstellen. Groß war die Bereitschaft der Unternehmen nicht, sich hier in die Geschäftsdaten schauen zu lassen.

Nun aber, da gemeinschaftlich mit den Gewerkschaften über Löhne verhandelt wurde, war eine solche Übersicht unabdingbar. Vor allem während der Inflationszeit, als wöchentlich über Löhne gesprochen werden musste, waren solche Daten absolut notwendig.

Tarifgespräche waren damals bereits ein zähflebiges Geschäft. Wer zu einer Einigung kommen wollte, musste Zeit mitbringen. Das hatte seine Ursachen unter anderem darin, dass die Arbeitnehmerseite gleich durch mehrere Gewerkschaften vertreten wurde. Am Tisch saßen in Duisburg die Unterhändler des Deutschen Metallarbeiterverbandes, des Christlichen Metallarbeiterverbandes und des Hirsch-Dunker'schen Gewerkvereins. Ging es um die Löhne spezieller Berufsgruppen – etwa Heizer und Former –, dann setzten sich die Vertreter der Spezialgewerkschaften dazu. In den Annalen wird von einer Tarifverhandlung in der Duisburger Börse berichtet, die am frühen Nachmittag des 3. Juli 1919 begann und erst gegen 2 Uhr in der Nacht endete.

Es wundert wenig, dass der AVUR die Verlagerung der Tarifverhandlungen von der örtlichen auf die bezirkliche Ebene im Jahr 1922 begrüßte. Dies gilt umso mehr, als die „untere Ruhr" ihren Einfluss behielt und bei den Lohngesprächen des Düsseldorfer Verbandes mit einflussreicher Stimme am Tisch saß. Das System der Tarifverhandlungen zwischen Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften war etabliert und setzte sich fort. Es hatte bereits seit 1919 Verfassungsrang.

Staat schlichtet Tarifstreit

Inzwischen griff der Staat immer mehr mit gesetzlichen Regelungen in die Autonomie ein. Dazu gehörte das Betriebsrätegesetz aus dem Jahr 1920. Ab 1922 saßen erstmals Betriebsräte im Aufsichtsrat von Unternehmen. Ab 1923 lag die Entscheidung bei Schlichtungsverfahren immer beim Arbeitsminister.

Schlichtung war nicht selten notwendig. Im AVUR-Bezirk kam es immer wieder zur Streiks, etwa 1922, als die für die Hüttenbetriebe tätigen Bauhandwerker in den Ausstand traten. Sie wollten nach dem höheren Tarif für ihre Branche bezahlt werden. Im gleichen Jahr streikten auch die Former und Gießereiarbeiter. Erfolgreich für die Arbeitnehmer verliefen beide Auseinandersetzungen nicht.

Die innere Neuordnung des Verhältnisses von Unternehmern und Mitarbeitern war die eine Aufgabe in der jungen Republik. Eine andere waren die politischen Wirren. Zum Jahreswechsel 1918/1919 erschütterte der Spartakisten-Aufstand mit einem Generalstreik der Bergarbeiter an der Ruhr die Wirtschaft. Wie ernst die Lage war, zeigte sich daran, dass August Thyssen im Zuge dieser Wirren verhaftet und nach Berlin gebracht wurde. Die Vorwürfe, die auf Denunziation beruhten, erwiesen sich jedoch als haltlos. Der Industrielle kam schon bald wieder frei.

Unruhen an der Ruhr

In dieser unsicheren Lage gründeten die Betriebe eigene Sicherheitswehren, um ihre Fabriken zu schützen. Dennoch kam es zu einem Angriff auf die Rheinstahlwerke in Duisburg. Kaum war die Krise überstanden, folgte im März 1920 der sogenannte Kapp-Putsch der Rechten, und erneut kam es zu einem Generalstreik sowie zu blutigen Unruhen, die von der Reichswehr niedergeschlagen wurden.

Dann setzte der Ruhrkampf ein. Franzosen und Belgier besetzten ab 1921 zur Durchsetzung ihrer Reparationsforderungen zunächst Düsseldorf und Duis-

burg und weiteten die Zwangsmaßnahmen dann 1923 aus. Die Bevölkerung reagierte mit passivem Widerstand. Die Besatzungsmächte erhöhten den Druck und ließen sogar zum Schutz der Züge, die Kohle, aber auch Stahl- und Stahlerzeugnisse aus dem Ruhrgebiet transportierten, Geiseln mitfahren. Auslöser dafür war ein Attentat am 30. Juni 1923 an der Hochfelder Rheinbrücke, das acht Todesopfer unter den belgischen Soldaten forderte.

Die Besatzer verhängten Ausgangssperren und verhafteten 20 Bürger, die als Geiseln dienen sollten. Dazu gehörte auch AVUR-Geschäftsführer Maag. Die Direktoren Schreiber und Esser begleiteten unfreiwillig die Züge mit den abtransportierten Reparationsgütern. Die Industrieproduktion brach in Folge von Besetzung und Widerstand zusammen. Weil sich der passive Aufstand gegen die bewaffneten Besatzer nicht durchhalten ließ, gab man ihn im September 1923 auf. Die sogenannten Micum-Verträge schützten jedoch die Wirtschaft vor weiteren Reparationsleistungen.

„Wiederaufbau“ nach dem Ruhrkampf

Der Schaden durch Streiks, Reparationsleistungen und Produktionsbehinderungen in diesen politisch brisanten Jahren war riesig. An der unteren Ruhr erreichte die Arbeitslosenquote bis zu 33 Prozent. Mindestens ebenso nachteilig: Die Unruhen hatten zu einem enormen Preisauftrieb geführt, der 1923 in eine Inflation mündete.

Gemeinsam arbeiten, gemeinsam wohnen

Die Rheinpreußen-Siedlung in Duisburg-Homberg zeigt sich auch nach über hundert Jahren sehr wohnlich.

Die fortschreitende Industrialisierung des Ruhrgebiets sorgte auch im sozialen Wohnungsbau für starke Veränderungen. Der steigende Bedarf an Arbeitskräften und die Bemühungen der Unternehmen, diese ans Unternehmen zu binden, stärkten den Trend, Arbeitersiedlungen zu bauen. Vor allem nach dem Ersten Weltkrieg errichteten oder mieteten Firmen Häuser und Wohnungen für ihre Mitarbeiter.

Auch der Staat hatte großes Interesse daran, diese Baupolitik zu unterstützen. So sorgte das Wohnungsgesetz vom 28. März 1918 dafür, die Wohnungsversorgung für die einfachen Bevölkerungsklassen zu fördern. Im Paragraph 3.3 der Reichsverordnung zur Behebung der Wohnungsnot – verpflichtend für die Landesregierungen – hieß es: „Im Interesse des Wohnungsbedürfnisses ist ferner darauf Bedacht zu nehmen, daß in ausgiebiger Zahl und Größe Plätze (auch Gartenanlagen, Spiel- und Erholungsplätze) vorhanden sind (...) und daß durch die Festsetzung Baugelände entsprechend dem Wohnungsbedürfnis der Bebauung erschlossen wird.“ Dabei dach-

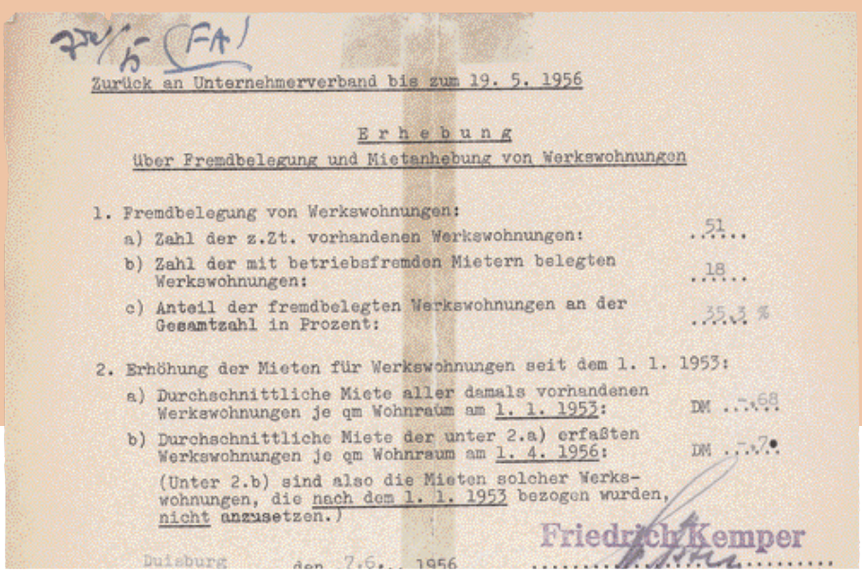
Die Regierung steuerte gegen: Die Brotkarten verschwanden am 17. November 1923. Am 23. November 1923 trat die Währungsreform in Kraft. Die Rentenmark ersetzte die schlichte Mark. Der Wiederaufbau der zerrütteten Wirtschaft konnte beginnen. Die Arbeitgeber an der unteren Ruhr machten deutlich, dass dies mit einem Acht-Stunden-Tag nicht zu machen sei. Sie forderten die Rückkehr zur Zehn-Stunden-Schicht, wie sie vor dem Krieg galt. Arbeitgeber und Arbeitnehmer einigten sich am 13. und 14. Dezember auf die Wiedereinführung der längeren Arbeitszeit, befristet bis Juli 1924.

Der Metallarbeiterverband hatte die Vereinbarung zwar mit unterschrieben, wollte sich aber an der Umsetzung nicht beteiligen. In der Krupp-Hütte Rheinhausen, die zum AVUR-Bezirk gehörte, kam es zum Streik. Schließlich gelang es, die Arbeitszeitregelung durchzusetzen. Ruhe kehrte dennoch nicht ein. Noch vor Weihnachten 1923 erließ der Reichsarbeitsminister eine Verordnung, die zwar die Zehn-Stunden-Schicht festschrieb, aber zugleich eine gewichtige Ausnahme machte. Für Arbeiter, die „unter Gefahren für Leben oder Gesundheit“ tätig waren, konnte ein Acht-Stunden-Tag angeordnet werden. Im AVUR-Bezirk galt das vor allem für Kokerei- und Hochofen-Arbeiter.

Die Gewerkschaften verlangten, dass ab 1928 für die Stahl-und Walzwerke die Acht-Stunden-Schicht galt. Ein Schiedsspruch vom 20. Juli 1927 forderte weitere Arbeitszeitverkürzungen bei vollem Lohnausgleich und bestand zudem auf Lohnerhöhungen. Die Arbeitgeber wollten dies nicht akzeptieren.

te die Regierung auch an die Kriegsheimkehrer, die neben einem Arbeitsplatz die entsprechende Unterkunft suchten.

Allein in Duisburg entstanden über die Jahrzehnte so viele Siedlungen, dass eine Erhebung des Amtes für Statistik noch am 1. Januar 1977 zu diesem Ergebnis kam: 12,3 Prozent der Wohnbevölkerung der Stadt lebte in einstigen oder noch aktuellen Arbeitersiedlungen. 102 Siedlungsbereiche mit 28.499 Wohnungen und 72.744 Einwohnern wurden gezählt. Im Vergleich zu Essen (5,0 %), Dortmund (7,4 %) und Herne (knapp 12 %) lag der Anteil der Siedlungseinwohner in Duisburg eindeutig am höchsten. Die ältesten Wohnungen – noch vor 1900 gebaut – fanden sich im Stadtteil Hamborn, die meisten Werkswohnungen in allen 102 Siedlungen stammten jedoch aus dem Zeitraum zwischen 1919 und 1948. In den 1950er Jahren änderten sich die Lebensformen auch im Arbeitermilieu. Der ledige Mann trat auf den Plan – mit dem Wunsch nach eigenen vier Wänden! Die ersten sogenannten Ledigenheime entstanden. Stahlbau Rheinhausen errichtete beispielsweise im Winter 1953 / 54 ein Junggesellenheim in einem dreigeschossigen Doppelhaus. Für 30 bis 33 Mark im Monat konnte Mann hier leben – inklusive Tischtennis- und Unterhaltungsraum sowie Waschküche und Fahrrad- bzw. Motorradkeller. Auch die DEMAG sorgte sich um ihre männlichen Mitarbeiter und baute ihnen ein Ledigenheim an der Brückstraße in Duisburg. 87 Junggesellen zogen dort im Herbst 1968 ein. „Das Beste ist der Preis. Für ein Einzelzimmer mit ‚sämtlichen Nebenleistungen‘ – in der Hausordnung heißt das: Putzfrau, Heizung, Küchenbenutzung – zahlt man 70 DM“, schrieb der Duisburger Stadtanzeiger begeistert.



Zurück an Unternehmerverband bis zum 19. 5. 1956

Erhebung
über Fremdbelegung und Mietanhebung von Werkswohnungen

1. Fremdbelegung von Werkswohnungen:
   a) Zahl der z.Zt. vorhandenen Werkswohnungen: 51
   b) Zahl der mit betriebsfremden Mietern belegten Werkswohnungen: 18
   c) Anteil der fremdbelegten Werkswohnungen an der Gesamtzahl in Prozent: 35,3 %

2. Erhöhung der Mieten für Werkswohnungen seit dem 1. 1. 1953:
   a) Durchschnittliche Miete aller damals vorhandenen Werkswohnungen je qm Wohnraum am 1. 1. 1953: DM ...,68
   b) Durchschnittliche Miete der unter 2.a) erfaßten Werkswohnungen je qm Wohnraum am 1. 4. 1956: DM ...,7•
   (Unter 2.b) sind also die Mieten solcher Werkswohnungen, die nach dem 1. 1. 1953 bezogen wurden, nicht anzusetzen.)

Duisburg den 7.6. 1956

Friedrich Kemper

Massenproduktion im Westdeutschen Draht- und Kabelwerk in Duisburg

Erstmals Aussperrungen

Zum ersten Mal drohte eine Aussperrung. Jedenfalls erstatteten Unternehmen aus dem Bezirk zum 2. Dezember 1927 eine sogenannte Stilllegungsanzeige. Ein erneuter Schiedsspruch bestätigte jedoch nicht nur die Arbeitszeitverkürzungen, sondern gestand auch weitere Lohnerhöhungen – wenn auch nicht im vollen geforderten Umfang – zu. Dennoch kam es nicht zur Stilllegung der Werke. Die Konjunktur hatte sich gebessert, den Arbeitgebern schien die Bürde aus diesem Grunde tragbar.

Der Arbeitsfrieden währte nicht lange: Bereits zum 31. Oktober 1928 kündigten die Gewerkschaften das Lohnabkommen, waren aber weiter an den Rahmentarifvertrag gebunden, der bis Mai 1929 Gültigkeit hatte. Sie forderten einen Lohnaufschlag von 15 Pfennig pro Stunde für alle Arbeiter. Man bedenke dabei, dass der Stundenlohn eines Facharbeiters zum Jahresende 1927 78 Pfennig betrug. Ein Hilfsarbeiter erhielt 60 Pfennig.

Die neue Forderung traf die Unternehmen in einer Phase, in der bereits der wirtschaftliche Abschwung einsetzte. Wie angespannt die Lage war, zeigt sich daran, dass sich die Werke bereit erklärten, den Gewerkschaften ihre wirtschaftliche Lage inklusive Kosten und Erlöse offen zu legen. Eine Kompromisslinie zeichnete sich dennoch nicht ab. Im Herbst 1928 kam es dann zu ersten größeren Aussperrung durch die Arbeitgeber. Am 15. Oktober gaben die Betriebe aus dem AVUR-Bezirk bekannt, dass sie ihren Mitarbeitern zum 31. Oktober 1928 kündigten.

Zehntausende Arbeiter standen auf der Straße. Die Tarifparteien konnten den Gerichtsentscheid nicht abwarten. Nach vier Wochen Aussperrung einigten sich die Parteien darauf, sich einem neuen Schiedsspruch durch Reichsinnenminister Carl Severing zu unterwerfen. Severing entschied im Dezember 1928 im Wesentlichen zugunsten der Unternehmen. Besonders wichtig: die Verlängerung des Rahmentarifvertrags und des Lohnabkommens bis in die zweite Hälfte des Jahres 1930.

Die Feuer an den Öfen gehen aus

Doch schon bedrängten ganz andere Probleme die Betriebe: Im Oktober 1929 brach die Weltwirtschaft nach dem Schwarzen Freitag an der New Yorker Börse zusammen. Entlassungen und Betriebsschließungen hatten bereits kurz vorher durch die sich abkühlende Konjunktur eingesetzt. Im Geschäftsbericht von Arbeitnordwest aus dem Jahr 1931 heißt es rückblickend: „Die Lage der Eisenindustrie hat sich etwa bis zur Jahreshälfte 1930 außerordentlich zugespitzt."

Ein Beispiel dafür gaben die Auseinandersetzungen um die Phoenix-Hütte und die Rheinstahlwerke im AVUR-Bezirk. Nur durch eine 20-prozentige Lohnkürzung könne der Betrieb aufrecht erhalten werden,

Milliardär und doch bitter arm. Auf dem Höhepunkt der Inflation druckten die Unternehmen ihr eigenes Geld.

erklärten die Arbeitgeber. Die meisten Mitarbeiter stimmten dieser Lohneinbuße zu.

Doch die Gewerkschaften verweigerten sich. Die Phoenix-Hütte schloss im Mai 1930, im Februar gingen auch die Feuer in den Rheinstahlwerken aus. Eduard Huster beschreibt die Auswirkung: „Tausende von Arbeitern, die zum großen Teil jahrzehntelang auf dem Werk beschäftigt waren, kamen zur Entlassung." Jeder Dritte in Duisburg war arbeitslos. Wie sich die Wirtschaftskrise auf die Beschäftigung auswirkte, verdeutlicht eine Zahl für Gesamtdeutschland. 1928 waren 1,4 Millionen Arbeitslose registriert. Im Jahr 1931 waren es 4,5 Millionen. Im Bereich von „Arbeitnordwest" sank die Zahl der Beschäftigten um 30 Prozent. Der Durchschnittslohn pro Monat sank von 205,42 Reichsmark auf 165,90 Reichsmark. Erst im Jahr 1934 nahm die Hütte Phoenix wieder ihren vollen Betrieb auf. Den AVUR gab es bereits nicht mehr.

Luftbildaufnahme der Grillo-Werke in Hamborn. Im Jahr 1929 wurde die selbstständige Stadt nach Duisburg eingemeindet.

1945

1933

Schatten überm Revier:
Der Nationalsozialismus führte
in die Katastophe.

„In Liquidation“

Gleichschaltung in der Arbeitsfront

Zwei Wörter, mit der Schreibmaschine dem Briefkopf des AVUR hinzugefügt, deuteten das Ende des Arbeitgeberverbandes der Hüttenwerke und Maschinenfabriken an der unteren Ruhr nach fast dreißig Jahren Tätigkeit an: „In Liquidation“. Ab 1933 befand sich der AVUR im Status der geordneten Auflösung, die erst 1936 abgeschlossen war. Die Deutsche Arbeitsfront hatte wesentliche Aufgaben des Verbandes übernommen. Ihr Ziel: „Die Zusammenfassung aller im Arbeitsleben stehenden Menschen ohne Unterschied ihrer wirtschaftlichen und sozialen Stellung“.

Am 30. Januar 1933 hatten die Nationalsozialisten die Macht im Reich übernommen. Bei den Wahlen im März im Ruhrgebiet gewannen sie ebenfalls entscheidend. In Duisburg musste Oberbürgermeister Karl Jarres sein Amt abgeben und Dr. Kelter Platz im Rathaus machen. Die wirtschaftliche Lage war schlecht. Im Reich gab es sechs Millionen Arbeitslose. In Duisburg waren 42 Prozent der Bevölkerung auf Fürsorge oder Stempelgeld angewiesen.

Ihre Idee von der „neuen, besseren Zeit“ hatten die Nationalsozialisten mit einer sehr rückwärtsgewandten Ordnung der Wirtschaft verbunden. Nach dem mittelalterlichen Ständesystem sollte sie geordnet werden. Die Gewerkschaften hatten darin keinen Platz mehr. Und auch die Zeit für die Arbeitgeberverbände war abgelaufen. Denn ihre Aufgabe als Gegenpol in einer freien Wirtschaftsordnung hatten sie verloren.

Neuorganisation der Wirtschaft

Am 1. Mai 1933 feierte man auch an der unteren Ruhr mit großem Aufwand zum ersten Mal den „Tag der nationalen Arbeit“. Der Betrieb ruhte in den Werken. Am 2. Mai folgte in schlecht gespielter Spontaneität die Besetzung der Gewerkschaftshäuser. Viele Gewerkschaftsführer wurden verfolgt oder ermordet.

Die „Neuorganisation der Wirtschaft“ durch die Nazis erfolgte in der Deutschen Arbeitsfront, die am 10. Mai gegründet und von Dr. Robert Ley geführt wurde. Arbeitnehmer- und Arbeitgeberinteressen wurden hier zusammengefasst und vor allem dem Staat

und einer gelenkten Markt- und nicht zuletzt Kriegswirtschaft untergeordnet. Gemäß dem Gesetz vom 19. Mai 1933 übernahm ein „Treuhänder der Arbeit“, also ein staatlicher Beamter, die Aufsicht über Tarife und ihre Veränderung.

Auch die Betriebsverfassung ordnete sich ins sogenannte Führerprinzip ein. Das Gesetz zur Ordnung

Kupferhüttensiedlung: Ein Haus als Treuhandeigentum

Wanheimerort: Direkt am Wald baute die Kupferhütte für ihre Mitarbeiter und deren Familien.

Die 1934 gegründete Gemeinnützige Siedlungsgesellschaft des Verbandsgründungsmitglieds Duisburger Kupferhütte AG errichtete in Treuhändereigenschaft Kleinsiedler- und Einzelhaus-Anlagen mit Gartenland. So entstand bis 1940 die Tannenhofsiedlung in Wanheimerort. „Im schönsten Teil Duisburgs ist der Tannenhof erworben und dort eine Siedlung erbaut worden, die nach Aussagen des Reichsorganisationsleiters, Staatsrats Dr. Ley, mit zu den schönsten Siedlungen Deutschlands zählt. Dort verbringt die Gefolgschaft der Hütte ihre Freizeit nach getaner Arbeit in der Umgebung von Wald und See und nennt ein hübsches Häuschen ihr Eigentum." So heißt es 1937 propagandageträNkt in der März/April-Ausgabe der „Duisburger Woche" über die Bauaktivitäten der Kupferhütte. Die Reichsregierung und die Gauheimstättenämter erhofften sich von der Errichtung der Siedlungen die „Beseitigung gefährlicher Brutstätten von Unzufriedenheit und offenem Aufruhr" durch Vergabe von Wohnungen an Arbeitslose und Kurzarbeiter.

Die Kupferhütte errichtete ihre Siedlungen auf drei Grundstücken im Duisburger Süden: um den ehemaligen Bauernhof „Tannenhof", im Schlenk nördlich des Wambachsees (Siedlung am See) sowie in den 1950er Jahren nördlich der Wedauer Straße (Gartenstadt). Heutzutage sind die ehemaligen Siedlungen der einstigen Kupferhütte meist in privater Hand.

der nationalen Arbeit, veröffentlicht am 23. Januar 1934 im Reichsgesetzblatt, legte fest: „Im Betrieb arbeiten die Unternehmer als Führer des Betriebes, die Angestellten und Arbeiter als Gefolgschaft gemeinsam zur Förderung der Betriebszwecke und zum gemeinen Nutzen von Volk und Staat." Statt eines Betriebsrates wurde in Unternehmen mit mehr als 20 Beschäftigten ein Vertrauensrat unter Leitung des Betriebsführers gebildet.

AVUR löst sich auf

Der AVUR hatte seine Funktion als Vertretung der Arbeitgeber der Hüttenwerke und Maschinenfabriken an der unteren Ruhr verloren. Ab Herbst 1933 befand man sich in Liquidation. Die vollständige Auflösung aber zog sich hin. Der Grund: Es galt, die Vermögenswerte abzuwickeln. Dabei beschäftigte die Unternehmen und Behörden vor allem der Verkauf des

Die Ratingsee-Siedlung in Meiderich am 27. April 1943

Schwer beschädigt durch Bomben und Granatsplitter wurde das Verbandshaus auf der Mülheimer Straße.

Verbandshauses auf der Mülheimer Straße. Geschäftsführer Gustav Maag war noch bis Ende 1936 mit Fragen zur Abwicklung des AVUR beschäftigt. Das Haus stand inzwischen leer.

Eine Verordnung vom 24. Oktober 1934 bestimmte: Das Vermögen des AVUR sei auf die Deutsche Arbeitsfront zu übertragen. Was aber war mit den Verbindlichkeiten? Auf dem Haus in Duisburg, in dem auch Geschäftsführer Maag wohnte, lag eine Hypothek in Höhe von 50.000 Goldmark zugunsten von Frau Edith Esser, der Witwe des 1932 verstorbenen AVUR-Vorsitzenden.

Kampf ums Verbandshaus

Die Idee, das Haus zu versteigern, ließ sich ebenso wenig realisieren wie der Plan, es über einen Makler zu verkaufen. Sogar der Abbruch wurde in Erwägung gezogen.

Schließlich verständigte man sich auf einen Kompromiss. Die Deutsche Arbeitsfront kaufte das Haus für 30.000 Reichsmark. Die fehlenden 20.000 Reichsmark zur Ablösung der Hypothek mussten die ehemaligen Mitgliedsunternehmen aufbringen. Am 11. November 1936 war das Geschäft abgewickelt.

Dieses Vorgehen erwies sich nach dem Krieg als vorteilhaft. Der neu gegründete Verband erhielt von den britischen Besatzungsbehörden Haus und Grundstück als Rechtsnachfolger des AVUR zurück.

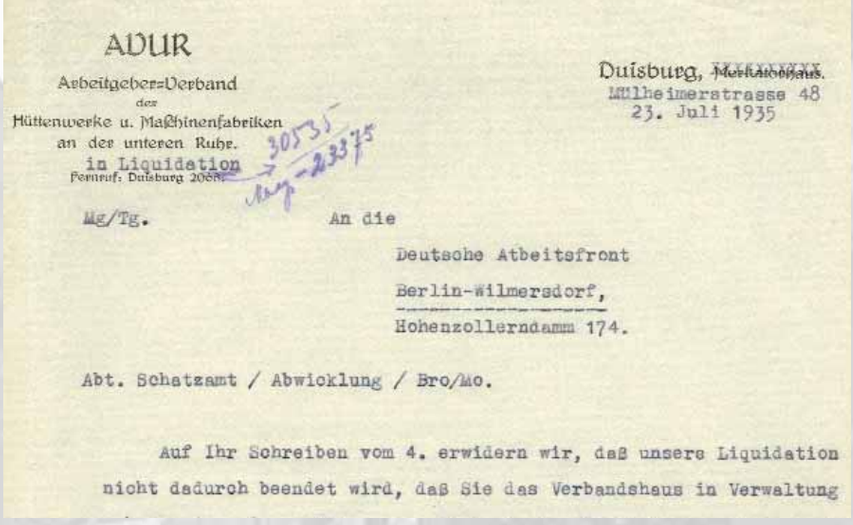
Schleppende Umsetzung

Während die Nationalsozialisten sehr schnell die Auflösung von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden beschlossen, entwickelte sich der Neuaufbau einer regionalen und branchenspezifischen Struktur durch die Deutsche Arbeitsfront eher schleppend.

Es galt dabei, nach der Zerschlagung der sozialpolitischen Organisationsstruktur auch die wirtschaftspolitischen Verbände der Industrie gleichzuschalten. Es entstand zunächst der Reichsstand der Industrie – der Idee des Ständestaates folgend. Später erfolgte die Umbenennung in Reichsgruppe Industrie. Am 4. April 1935 folgte die Gründung der Bezirksgruppe Nordwest der Eisen schaffenden Industrie mit Sitz in Düsseldorf.

Freiwillige Versteigerung

Am 6. Februar 1935, nachm. 4 Uhr, werde ich in meinem Amtszimmer, Duisburg, Landgerichtsstraße 7, das Besitztum Duisburg, Mülheimer Straße 48, des Arbeitgeberverbandes der Hüttenwerke und Maschinenfabriken, freiwillig meistbietend versteigern. Zuschlag bleibt vorbehalten. Das Grundstück ist 13,60 Ar groß. Vorderhaus 13 Zimmer, Hinterhaus 6 Zimmer, Zentralheizung, Garage, Garten mit Baumbestand. Die zu übernehmende erste Hypothek beträgt 50 000 Goldmark.



AVUR
Arbeitgeber-Verband
der
Hüttenwerke u. Maschinenfabriken
an der unteren Ruhr.
in Liquidation
Fernruf: Duisburg 20681

Duisburg, ~~Mercatorhaus.~~
Mülheimerstrasse 48
23. Juli 1935

Mg/Tg. An die

Deutsche Atbeitsfront
Berlin-Wilmersdorf,
Hohenzollerndamm 174.

Abt. Schatzamt / Abwicklung / Bro/Mo.

Auf Ihr Schreiben vom 4. erwidern wir, daß unsere Liquidation nicht dadurch beendet wird, daß Sie das Verbandshaus in Verwaltung

Der Versuch, das Verbandshaus zu versteigern, scheiterte. Die deutsche Arbeitsfront kaufte es schließlich. Zuvor hatte es intensiven Schriftwechsel mit Berlin gegeben.

Das Bild vom „Führer“ hing noch an der Wand – die zerstörerischen Folgen seiner Diktatur waren unübersehbar.

Am 8. Mai 1935 wurde die Untergruppe Duisburg eingerichtet. Ihr Sitz war zunächst das Haus auf der Mülheimer Straße 48. Wenige Monate später zog man ins Mercatorhaus um. Die Leitung übernahm Geheimrat Kuntz von der Essener Friedrich-Krupp AG. Als Geschäftsführer war Max Lobeck tätig, der bereits seit 1924 die Geschäfte für den AVUR in Zusammenarbeit mit Gustav Maag führte. Mitglieder dieser Gruppe waren neben der August-Thyssen-Hütte, Krupp in Essen und Rheinhausen auch die Duisburger Kupferhütte und die Gutehoffnungshütte in Oberhausen.

Das Prinzip der freiwilligen Mitgliedschaft wurde aufgehoben und wich der Zwangsmitgliedschaft. Der Beitrag wurde nach Produktionsleistung abgerechnet – zum Beispiel 2 Pfennig pro Tonne Halbzeug. Dass die gleichgeschaltete Bezirksgruppe wesentliche Aufgaben des ursprünglichen AVUR übernommen hatte, liest man in der Tagesordnung der „bezirklichen Untergruppe Duisburg“ vom 22.10.1936 im Mercatorhaus. Der Tagesordnungspunkt 1 lautete: Wegengagieren von Fachkräften. Dass auch die Versorgung der Mitarbeiter mit Lebensmitteln zu den Aufgaben gehörte, zeigt sich an einem Treffen im Jahr 1935 zur Hilfsaktion des Staates, die die Lieferung von Schweinefleisch frei Schlachthof in Zusammenarbeit mit der Bezirksgruppe regelte.

Bomben und ihre Folgen

Durch den Bombenkrieg waren auch die Unternehmen an der Ruhr schwer beschädigt. Die Städte an der Ruhr mit ihren strategisch wichtigen Industrien sahen sich einer Vielzahl von Bombenangriffen ausgesetzt. Im Oktober 1944 hatten die Alliierten in Duisburg den bis dahin größten Angriff auf eine deutsche Stadt in Duisburg gestartet. Die Wirkung der Kriegszerstörungen war verheerend. Von 131.000 Wohnungen in Duisburg (Stand 1939) blieben nur 3.000 unbeschädigt. 434.000 Bewohner hatte die Stadt im Mai 1939. Sechs Jahre später zählte Duisburg lediglich 144.884 Einwohner. Stark betroffen war damit auch die Wirtschaftskraft. In der August-Thyssen-Hütte kam die Produktion im Januar 1945 völlig zum Erliegen, nachdem bereits im Herbst 1944 schwere Schäden den Betrieb stark eingeschränkt hatten. Die Rohstahlerzeugung war bis zum Winter 1943/1944 gegenüber der Vorkriegsleistung um ein Drittel zurück gegangen.

Die Wirtschaft hatte nach Kriegsende nicht nur mit Arbeitskräftemangel, den Folgen der Zerstörung und dem Energiemangel zu kämpfen, sondern auch mit den Plänen der Alliierten, Produktionsanlagen aufgrund von Reparationsleistungen zu demontieren.

Wiedergeburt der Idee

AVUR-Geschäftsführer Gustav Maag war inzwischen aus seiner Wohnung auf der Mülheimer Straße ausgezogen und fand nach der Zwangsauflösung des Verbandes Anstellung bei der August-Thyssen-Hütte. Er starb im Jahr 1944. An Max Lobeck, der seit 1924 ebenfalls als Geschäftsführer für den AVUR tätig war, zeigte sich, dass die sozialpolitischen Ideen, die sich aus dem Zusammenspiel von Gewerkschaften und Arbeitgebern speisten, nur verschüttet wurden. Max Lobeck wechselte nach 1933 als Geschäftsführer in die neu geschaffenen Organisationen. Gleich nach dem Krieg aber setzte er sich für die Herstellung eines Systems ein, das Unternehmern und Arbeitnehmern sozialpolitische Selbstverwaltung übergab. Lobeck war entscheidend am Wiederaufbau der Arbeitgeberverbände beteiligt, zunächst in der britischen Besatzungszone und später in der jungen Bundesrepublik.

Per Gesetz einen Tag im Monat putzen und waschen

Die Gewährung des Hausarbeitstages ging auf Reichsarbeitsminister Franz Seldte zurück. Die Anordnung über Arbeitszeitverkürzung für Frauen vom 22. Oktober 1943 wurde durch den Krieg notwendig. Da viele Frauen verstärkt als Arbeitskräfte herangezogen wurden, trug der Staat der Doppelbelastung durch Beruf und Hausarbeit Rechnung. Die Lösung war die Gewährung eines unbezahlten Hausarbeitstages pro Monat.

Mit Schirm, Charme und Schrubber fochten Unternehmer und Mitarbeiterinnen um das Hausarbeitsgesetz.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde das Hausarbeitstagsgesetz in Nordrhein-Westfalen erweitert. Im Paragraph 1 des Gesetzes des Landes NRW über Freizeitgewährung für Frauen vom 27. Juli 1948 bekamen weibliche Arbeitnehmerinnen mit eigenem Hausstand einen Hausarbeitstag gewährt – der von den Unternehmen bezahlt werden musste!

Am 17. Januar 1958 entschied das Bundesarbeitsgericht, dass der von Unternehmern wenig geliebte Hausarbeitstag auch bei der 5-Tage-Woche gewährt werden musste – Voraussetzung waren 40 Arbeitsstunden pro Woche. Eine verbandsinterne Umfrage zum Stichtag 31. Mai 1958 bezüglich der Anzahl von Frauen, die den Hausarbeitstag nutzen, brachte zu Tage, dass nicht alle Arbeitnehmerinnen auf das Gesetz pochten. So verzeichnete die Duisburger Firma Fliess im Juni 1958 neun Mitarbeiterinnen, die den Hausarbeitstag in Anspruch genommen hatten – neun von insgesamt 25 Frauen, die in der Drahtfabrik arbeiteten. Auch die Bocholter Maschinenfabrik Olbrich präsentierte geringes Interesse: Drei von zehn Frauen – alle mit Kind – hätten den freien Tag in Anspruch genommen. Im Geschäftsbericht des Verbandes aus dem Jahr 1958 heißt es dazu: Von den 7.402 Arbeitnehmerinnen der an der Erhebung beteiligten Betriebe haben 3.055 (41,27 %) den Arbeitstag in Anspruch genommen. Den größten Anteil bildeten die verheirateten Frauen ohne Kind (1.195 Frauen, 39,12 %). Die Mehrbelastung der Betriebe bei der Lohn- und Gehaltssumme lag bei 1,73 % für den Monat Mai 1958. Eine von der Landesvereinigung durchgeführte Erhebung kam zu einem ähnlichen Ergebnis: Rund die Hälfte der beschäftigten Arbeitnehmerinnen (42 %) nutzte die Möglichkeit zum Hausarbeitstag.

Die Mitgliederversammlung des Unternehmerverbandes Metallindustrie Ruhr-Niederrhein am 8. April 1960 begrüßte die ergänzende Entscheidung des BAG vom 25. März 1960. Damit habe es „die abwegige Auslegung des nordrhein-westfälischen Hausarbeitstagsgesetzes (...) korrigiert. In der Praxis sei die Bevorzugung alleinstehender Frauen gegenüber solchen, die z.B. ihre Eltern in deren Haushalt betreuen, und gegenüber alleinstehenden Männern seit langem als ungerecht und keineswegs als sozial fortschrittlich empfunden worden“ – heißt es im Protokoll der Sitzung.

Das Gesetz über den Hausarbeitstag wird seit 1979 wegen des Verstoßes gegen das Grundgesetz nicht mehr angewandt.

Der Hausarbeitstag ist ein Anliegen unserer vielen erwerbstätigen Frauen

Ein Versuch zur Klärung der anstehenden Fragen

Bocholt. Durch das am 17. Januar 1958 gefällte Urteil des Bundesarbeitsgerichts, wonach der Hausarbeitstag auch bei der 5-Tagewoche gewährt werden muß, (bei mindestens 40 Arbeitsstunden in der Woche) sind vermehrt Fragen aufgetaucht, die der Klärung bedürfen, zumal die bisherige unterschiedliche Rechtsprechung der Landesarbeitsgerichte eine Unsicherheit in der Auslegung bzw. Anwendung des Gesetzes zur Folge hatte. Dieses ist aber hinwiederum und zunächst darauf zurückzuführen, daß fast jedes Land seinerzeit ein eigenes Hausarbeitstagsgesetz

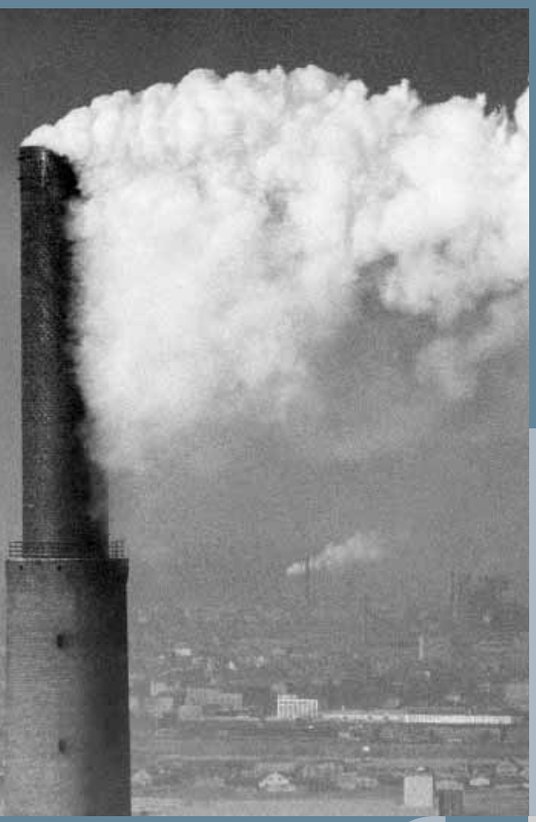
eigenen Hausstand wie folgt umrissen:

„Ein solcher liegt vor:

1. wenn die berufstätige Frau eine eigene Wohnung zum Mittelpunkt der Beziehungen ihres Lebens macht und zwar in der Weise, daß sie die Wohnung nicht nur als Schlafstätte benutzt, sondern in ihr wirtschaftet und ihren Haushalt führt;
2. wenn die berufstätige Frau als Inhaberin der eigenen Wohnung ohne ausreichende Hilfe die anfallenden,

ausgesprochene Haushaltshilfe zur Verfügung steht - den Hausarbeitstag vorenthielte; sie würde dadurch für ein Schicksal bestraft, das abzuwenden nicht in ihrer Macht stand. Täglich dagegen ist wieder die Gewährung des Hausarbeitstages, wenn im Haushalt der erwerbstätigen Frau noch die Mutter lebt. Hier ist dann entscheidend, ob diese die Hausarbeit wesentlich verrichtet. Ist sie durch Krankheit oder Alter behindert, so entscheidet in Zweifelsfällen das ärztliche Attest.

Der Fragebogen und der Hausarbeitstag



1966

HEADQUARTERS MILITARY GOVERNMENT
SK DUISBURG

Subject : Alliance of Industry for Duisburg and Environs.
To : Dr Herzog August-Thyssen-Hütte Duisburg-Hamborn

1) In reference to your application to start an employers association I have to inform you that this project is perfectly legal as long as you restrict it to a private meeting, and keep Military Government fully informed on the minutes of the alliance.

Duisburg Stadthaus
25 Sep 45
E.A.B./R.V./Ref 4/1

E.A.Brown
90 II
Industry
612 (K)Det.Mil.Gov.Duisburg

Mit Zustimmung der britischen Militärregierung gründete sich der Arbeitgeber-Verband im Wirtschaftswunderland neu.

1946

„Der Wille, jedes Ziel zu erreichen“

Neuaufbau und Neuorganisation nach dem Krieg

Am 8. Dezember 1948 schickte Dr. Willy Wasser, Geschäftsführer des Arbeitgeberverbandes der Eisen- und Metallindustrie, einen Brief an die August-Thyssen-Hütte. Seine Frage: Man habe seinerzeit bei der Auflösung des AVUR – Arbeitgeberverband der Hüttenwerke und Maschinenfabriken an der unteren Ruhr – ein Scheingeschäft gemacht und das Mobiliar des Verbandes an die Hütte verkauft, um es vor dem Zugriff der Nazis zu retten.

Arbeitgeberverband für die Eisen- und Metallindustrie Duisburg

Duisburg, den 19. Juli 1948
Friedrich Wilhelm Str. 26
Fernsprecher 7 18 57

An die Mitglieder des Vorstandes und Ausschusses!

Sehr geehrte Herren!

In Übereinkunft mit unserem Vorsitzenden, Herrn Aengenheyster, laden wir zu einer Sitzung des Vorstandes und Ausschusses ein, welche am

Dienstag, den 27. Juli 1948, um 11 Uhr,
in Duisburg, im Sondersaal des Hotels Prinz Regent,

stattfindet, und zwar mit nachstehender Tagesordnung:

Wo denn bitte die Möbel geblieben seien, denn man benötige sie nun. Das Klubsofa und diverse andere Möbelstücke wurden tatsächlich gefunden. Doch das ist vielleicht gar nicht so wichtig. Interessanter: Nach einem kurzen Zwischenspiel mit einem Büro in der Firma Berninghaus und einer Bleibe im Tausendfensterhaus konnte der Verband am 1. Juli 1951 die Rückkehr in die Röchlingsche Villa auf der Mülheimer Straße antreten. Die Villa war wieder aufgebaut. So wie der Verband selbst.

Nicht sofort nach Kriegsende gelang die Rückkehr zur Verbandsstruktur. Die Alliierten erlaubten zwar bereits 1946 die Wiedergründung von Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertretungen. Allerdings nur auf regionaler Ebene und fachlich geordnet. In Duisburg war es noch nicht so weit. Vielmehr entstand in Düsseldorf zunächst im Januar 1946 der Arbeitgeberverband für die Eisen- und Metallindustrie des rheinisch-westfälischen Industriegebiets, der sich später (ohne die Eisen schaffende Industrie) in den Metallverband für das neue Bundesland Nordrhein-Westfalen umwandelte.

Erstes Treffen im Prinzregent

Der Duisburger Arbeitgeberverband gründete sich erst mehr als zwei Jahre später neu, weitestgehend unter Übernahme der Aufgaben, wie sie vor der Gleichschal-

Die Schornsteine rauchen – mit Ernst und Einsatz plante die Wirtschaft den Aufstieg nach dem Krieg.

tung 1934 bestanden. Am 10. Mai 1948 trafen sich im renommierten Duisburger Hotel Prinzregent 41 Firmenvertreter aus der Elektro-, Eisen- und Metallindustrie. Die Tagesordnung der Gründungsversammlung listete nur drei Punkte auf: Begrüßung, Gründung des Verbandes, Beschluss der Satzung.

Unter dem Vorsitz von Hans Aengeneyndt von Schmitz Söhne Masch. Fabrik GmbH meldete sich der Arbeitgeberverband für die Eisen- und Metallindustrie Groß-Duisburg zurück. Zu Groß-Duisburg wurden auch die damals nach selbstständigen Städte Rheinhausen und Homberg sowie Dinslaken gezählt.

Der Aufschwung gelang so schnell wie das Wirtschaftswunder. Bereits zum Jahresende 1948 hatte der Verband seine Mitgliederzahl verdoppelt. Am 26. Juni 1952 erfolgte die Gründung eines neuen Verbandes, der auch den Mitgliedern, die nicht der Metallindustrie angehörten, eine Plattform bot: der Arbeitgeberverband der Niederrheinischen Industrie Duisburg-Wesel. Zu den Mitgliedern gehörte auch die Duisburger König-Brauerei, die zuvor wohl eher mangels Alternative ihren Beitritt zum Metallverband erklärt hatte.

Den Vorsitz in der neu gegründeten Interessenvertretung übernahm ebenfalls Hans Aengeneyndt. Dr. Wasser führte die Geschäfte. Für die bisherigen Mitglieder wichtig: Wer im Metallverband war, besaß zugleich die Mitgliedschaft im Industrieverband Ruhr-Niederrhein. Doppelte Beitragszahlung schloss die Satzung aus.

Ein Blick in das Archiv erlaubt gleichzeitig auch einen Einblick in die Arbeitsbedingungen des Verbandes nach dem Krieg: Zur Gründungsversammlung 1948 konnte die geplante Satzung nicht mitverschickt werden. Der Grund: Papiermangel. Der Geschäftsbericht des Verbandes wurde erst ab 1954 allen Mitgliedern schriftlich vorgelegt. Die per Satzung definierten Aufgaben blieben bis heute weitgehend gleich: Vertretung in Tariffragen, Rechtsbeistand, betriebliches Sozialwesen, Schulung und Öffentlichkeitsarbeit.

Neuzeichnung des Verbandsgebiets

Der erste schriftlich vorgelegte Geschäftsbericht verweist auch gleich auf eine bis heute gültige Neuordnung. Auf dem eng getippten Papier steht es gleich in

HERBERT OLBRICH KG.

Neue Ruf-Nr. Bocholt 3662

Maschinenfabrik

für die Textilveredelungs-, Papierverarbeitungs- und Kunstlederindustrie

Bankkonto: Bankverein Westdeutschland
Postscheckkonto: Köln Nr. 1258 66
Fernschreiber Nr. 813807

BOCHOLT i. WESTF.
Kaiser-Wilhelm-Straße 40 · Telefon 662
TELEGR.-ADR. OLBRICH-BOCHOLT

An den
Unternehmerverband der
Metallindustrie
Ruhr-Niederrhein E.V.
(22a) Duisburg
Mülheimerstr. 48

Ihre Zeichen – Ihre Nachricht vom – Unser Zeichen St/L Tag 20. Januar 1959

Betr.: Rundschreiben 2/59 Pos. 2
Einführung der 44-Stunden-Woche

Die Arbeitszeitverkürzung ab 1.1.1959 ist in mein
Betrieb in der Weise durchgeführt worden, daß mon
lich an einem Samstag die Arbeit ruht, während an
übrigen Samstagen weiterhin gearbeitet wird.

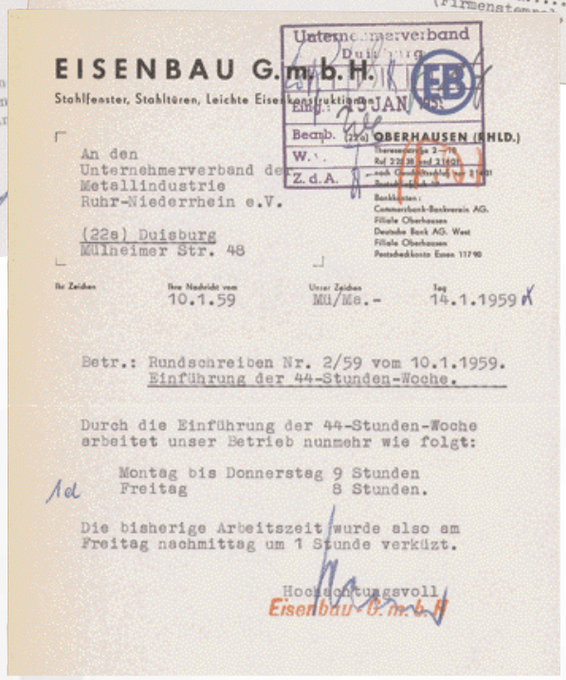
Hochachtungsvoll
Herbert Olbrich KG.

Beitrittserklärung

Als Mitglied des Arbeitgeberverbandes für die Eisen- und Metallindustrie Oberhausen (Rhld.) erkläre/n ~~ich~~/wir hierdurch ~~meine~~/unsere Bereitschaft zum Eintritt in den nach Auflösung des genannten Verbandes für den fachlichen Geltungsbereich der Eisen-, Metall- und Elektroindustrie und den räumlichen Geltungsbereich der Städte Duisburg, Mülheim (Ruhr), Oberhausen, Rheinhausen und Homberg, die Kreise Dinslaken und Rees sowie den Raum Bocholt zu gründenden Gesamtverband mit dem voraussichtlichen Namen "Unternehmerverband der Metallindustrie Ruhr-Niederrhein e.V.".

Oberhausen, den 24. Febr. 1954

(Firmenstempel, Unterschrift)



EISENBAU G.m.b.H.
Stahlfenster, Stahltüren, Leichte Eisenkonstruktionen

Unternehmerverband Duisburg
Eing.: 23 JAN 1959
Beamb.
W.
Z. d. A.

(22a) OBERHAUSEN (RHLD.)
Theresienstraße 2–10
Ruf 22238 und 21601
nach Geschäftsschluß nur 21601
Bankkonten:
Commerzbank-Bankverein AG.
Filiale Oberhausen
Deutsche Bank AG. West
Filiale Oberhausen
Postscheckkonto Essen 11790

An den
Unternehmerverband der
Metallindustrie
Ruhr-Niederrhein e.V.
(22a) Duisburg
Mülheimer Str. 48

Ihr Zeichen – Ihre Nachricht vom 10.1.59 – Unser Zeichen Mü/Ma.- – Tag 14.1.1959

Betr.: Rundschreiben Nr. 2/59 vom 10.1.1959.
Einführung der 44-Stunden-Woche.

Durch die Einführung der 44-Stunden-Woche arbeitet unser Betrieb nunmehr wie folgt:

Montag bis Donnerstag 9 Stunden
Freitag 8 Stunden.

Die bisherige Arbeitszeit wurde also am Freitag nachmittag um 1 Stunde verküzt.

Hochachtungsvoll
Eisenbau G.m.b.H.

Das Verbandsgebiet erweiterte sich bis nach Rees. Die Schriftwechsel belegen nicht allein die Neuzeichnung der Grenzen, sondern auch ein Dauerthema: die stete Verkürzung der Arbeitszeit.

den ersten Zeilen: „Geschäftsbericht für das Jahr 1953 des Arbeitgeberverbandes der Niederrheinischen Industrie (gleichzeitig des Arbeitgeberverbandes für die Eisen- und Metallindustrie Duisburg sowie der Arbeitgeberverbände für Hütten- und Maschinenindustrie Mülheim (Ruhr), für die Eisen- und Metallindustrie Oberhausen und für die Eisen- und Metallindustrie am rechten Niederrhein, Sitz Bocholt)“. Der Vermerk in Klammern trägt der umfassenden Erweiterung Rechnung. Im Laufe des Jahres hatten die Verbände in Oberhausen, Mülheim an der Ruhr und Bottrop ihre Geschäftsführung der Duisburger Geschäftsstelle übertragen. Zu Jahresbeginn 1953 vertrat der Arbeitgeberverband für die Industrie 158 Unternehmen mit 33.300 Mitarbeitern (davon 116 Firmen mit ca. 30.000 MA im Metallverband). Zum Jahresende waren es für die Gesamtgruppe 229 Firmen mit 61.500 Beschäftigten.

Die Zahlen verdeutlichten, was der Geschäftsbericht zur Begründung der einstimmig beschlossenen Verschmelzung berichtete: „Die Entwicklung entsprach dem lange gehegten Bestreben der metallindustriellen Arbeitgeberverbände an der unteren Ruhr und am Niederrhein, ihre Organisation zu straffen und zu vereinfachen und ihre gemeinsamen Interessen in einem schlagkräftigen Verbande von verstärktem Gewicht und erhöhtem Ansehen gesichert zu wissen.“

Eine weitere wichtige Strukturänderung stand bevor. Sie erfolgte zum Jahreswechsel 1954, als sich in Düsseldorf der Arbeitgeberverband Eisen- und Stahlindustrie gründete. Die Eisenindustrie fühlte sich im Metallverband nicht mehr ausreichend aufgehoben. Äußere Gründe bestimmten den Weg in die Eigenständigkeit, nachdem man seit 1904 zunächst in „Arbeitnordwest“ gemeinsam tätig gewesen war: Das Gesetz über die Montan-Mitbestimmung machte gemeinschaftliches Vorgehen nicht mehr sinnvoll und möglich.

Starken Einfluss hatten bei dieser Entwicklung bereits die Besatzungsmächte ausgeübt. Sie bestimmten die Entflechtung der Schwerindustrie und wirkten zugleich auf die Mitbestimmung durch die Arbeitneh-

Ein Herz für Flutopfer

Die Mitgliedsfirmen des Unternehmerverbands spenden für Menschen in Not.

Ganz Deutschland blickte im Februar 1962 auf die Hansestadt Hamburg. Die Deiche hatten der Sturmflut nachgegeben, ganze Stadtteile wurden überflutet. In der Nacht vom 16. auf den 17. Februar wurden Zehntausende Hamburger in ihren Betten von den kalten Wasserfluten überrascht. 317 Menschen starben, 20.000 Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt wurden über Nacht obdachlos.

Auch die Mitglieder der Unternehmerverbände der Industrie und Metallindustrie in Duisburg, Mülheim an der Ruhr und Oberhausen waren geschockt über die Ausmaße der „großen Flut“ in Hamburg und sammelten spontan für die Opfer und ihre Familien so wie für die vielen Obdachlosen. Unabhängig vom bereits gezahlten Jahresbeitrag spendeten viele Verbandsmitglieder im März 1962 zusätzlich für die Hamburger Flutopfer. 667,20 DM – davon allein 333,60 DM von der Belegschaft – überwies beispielsweise die Duisburger Stempel- und Metallwarenfabrik Friedrich W. Schnürle auf das Spendenkonto. Die DEMAG Hydraulik war mit 500 DM dabei. „Zur Linderung der ersten Not“ hatte das Duisburger Kupfer- und Drahtwerk Friedrich Kemper eine Woche nach dem Unglück 1.000 DM an das Deutsche Rote Kreuz überwiesen. Zum Vergleich: Rund 3.500 DM zahlte Kemper als Verbandsjahresbeitrag.

Die Spenden für die Flutkatastrophe in Hamburg blieben nicht die einzigen, die der Verband in seiner langen Geschichte sammelte. So beteiligten sich Verbandsmitglieder in den 1960er Jahren immer wieder an der so genannten Freiplatzaktion für Berliner Kinder des Christlichen Jugenddorfwerks Deutschland. Pastor Arnold Dannenmann gründete 1947 die am christlichen Menschenbild orientierte Initiative, die sich um benachteiligte Jugendliche, aber auch Behinderte und Migranten kümmert. 150 Standorte kann das CJD knapp 60 Jahre nach seiner Gründung mittlerweile vorweisen.

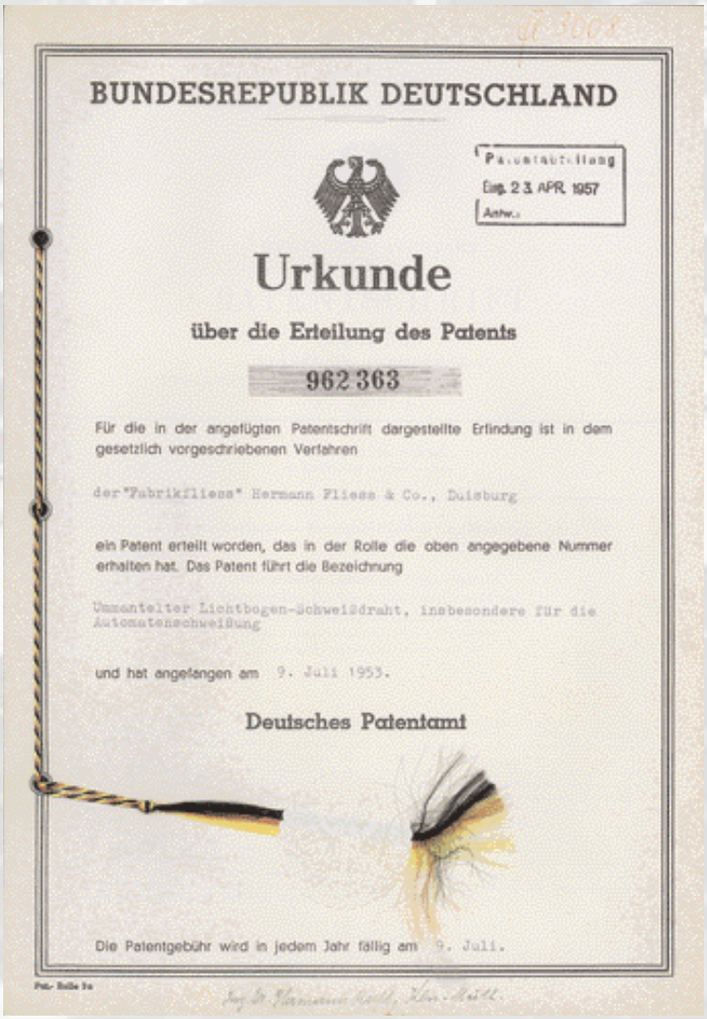
Der UVM zeigte auch in den vergangenen Jahren immer wieder Herz für Menschen in Not. Nachdem zunächst das Ja der Mitglieder eingeholt wurde, spendete der Unternehmerverband der Metallindustrie Ruhr-Niederrhein beispielsweise für die Tsunami-Opfer. Aber auch Projekte mit lokalerem Bezug werden mit kleinen Spenden bedacht.

mer für diese Industriezweige hin. Damit endete 1954 ein Sonderweg, denn bis zur Gleichschaltung hatte der AVUR ebenso wie die weiteren Metallarbeitgeberverbände im Rheinland und in Westfalen nicht zum Gesamtdeutschen Metallverband gehört, sondern war über Arbeit Nordwest organisiert.

Zusammenarbeit mit Gesamtmetall

Der neue Verband fügte sich fest in die Struktur des nach dem Krieg wieder gegründeten nationalen Arbeitgeberverbands Gesamtmetall ein. Zum Jahreswechsel 1954 war die 40 Jahre währende zweigliedrige Struktur mit den Arbeitgeberverbänden der Metallindustrie (mit Tarifhoheit, aber ohne die Eisenindustrie) und dem Arbeitgeberverband der niederrheinischen Industrie etabliert. Erst in den 1990er Jahren erweiterte sich das Bild mit der Aufnahme bzw. Neugründung weiterer Unternehmerverbände. Die Größe seines Verbandsgebiets hat der Metallverband ebenfalls 1954 erreicht.

Der Geschäftsbericht 1954 kannte bereits die Namen „Arbeitgeberverband Eisen- und Stahlindustrie“ und „Unternehmerverband der Industrie Ruhr-Niederrhein“. In diesem Jahr erweiterte der Industrieverband auch sein Einzugsgebiet nach dem Vorbild des Metallverbandes bis in den Kreis Wesel und bis nach Emmerich. Als Untergliederung ermöglichten die vier Bezirksgruppen Duisburg, Mülheim an der Ruhr, Oberhausen und Bocholt eine dezentrale Ordnung.



BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Patentabteilung
Eing. 23. APR. 1957
Anhv.

Urkunde

über die Erteilung des Patents

962 363

Für die in der angefügten Patentschrift dargestellte Erfindung ist in dem gesetzlich vorgeschriebenen Verfahren

der "Fabrikfliess" Hermann Fliess & Co., Duisburg

ein Patent erteilt worden, das in der Rolle die oben angegebene Nummer erhalten hat. Das Patent führt die Bezeichnung

Ummantelter Lichtbogen-Schweißdraht, insbesondere für die Automatenschweißung

und hat angefangen am 9. Juli 1953.

Deutsches Patentamt

Die Patentgebühr wird in jedem Jahr fällig am 9. Juli.

Verhältnisse zwischen den Tarifpartnern

Die Nachkriegszeit ordnete ebenfalls das Verhältnis zwischen den Tarifpartnern neu und bescherte dem Verband zusätzliche Aufgaben. Das Tarifvertragsgesetz von 1949 stellte die Tarifautonomie gesetzlich wieder her. Dieses Prinzip fand zudem Eingang ins Grundgesetz von 1949. Das Thema Lohnstopp, der bis 1948 galt, war vom Tisch. Zugleich übertrug der Staat die soziale Selbstverwaltung den Gewerkschaften und den Arbeitgeberverbänden. Das Betriebsverfassungsgesetz gewährte den Mitarbeitern weitgehende Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte.

Diese Entwicklung stärkte die Position der Arbeitgeberverbände in den Augen der Unternehmen, die sich zu gern anschlossen, um über den notwendigen Rechtsschutz und Vertretung bei Tarifgesprächen zu verfügen. Zugleich erhöhten sich die Anforderungen an Ehren- und Hauptamt: Vertreter der Verbände erhielten Sitz und Stimme in den Selbstverwaltungsorganen und in den Ortskrankenkassen, den Berufsgenossenschaften und Arbeitsämtern. Sie waren als Beisitzer bei Arbeitsgerichtsprozessen gefragt. Wie nachzulesen ist, war es nicht immer einfach, Unternehmer für die Verbandsaufgaben zu begeistern. Immerhin galt es zum Beispiel 1958, insgesamt 310 Arbeitgebervertreter für die Gremien zu finden.

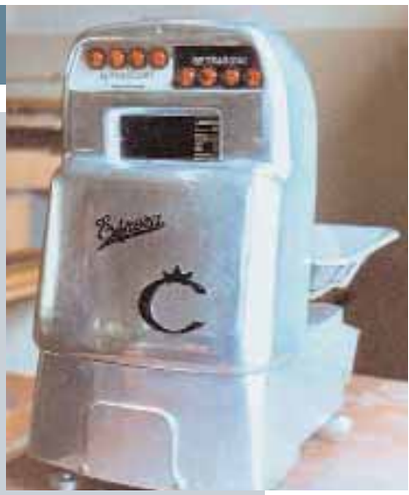
Dass um die Bereitschaft zur Mitarbeit geworben werden musste, wundert wenig, wenn man sieht, in welch rasantem Tempo die Wirtschaft in den fünfziger Jahren wuchs. Die Unternehmer hatten jede Menge mit ihren eigenen Betrieben zu tun. Zweistellige Wachstumsraten waren Gewohnheit. Allein in der Zeit von 1950 bis 1957 verdoppelte sich das Bruttosozialprodukt. Die Löhne stiegen zwischen 1950 und 1967 um 242 Prozent.

Ein Facharbeiter in der Metallindustrie verdiente 1959 im Verbandsgebiet nach Tarif 2,02 D-Mark pro Stunde. Zum Vergleich: In der Eisen schaffenden Industrie bekam der Facharbeiter 2,03 Mark, in der Bauindustrie 2,61 D-Mark. Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard prägte das programmatische Wort „Maßhalten“ und bezog dabei auch die Unternehmerschaft mit ein. Nicht ein-

Innovationsgeist und eine gute Ausbildung des Nachwuchses – zwei wichtige Faktoren für den Erfolg der deutschen Wirtschaft nach dem Krieg.

Espera entwickelte erste „Denkende Waage“

Wenn man die Homepage www.espera.com besucht, erkennt man auf den ersten Blick: Das Duisburger Unternehmen operiert weltweit. Die Fahnen der Schweiz, Spaniens, Englands und der USA verdeutlichen, dass der Spezialist für Waagen mit sechs Tochtergesellschaften international tätig ist. Der Firmensitz wird in einer Aufzählung von 33 Städten in einem Atemzug mit A wie Aarhus über Bratislava, Buenos Aires, Paris, Tel Aviv bis Z wie Zürich genannt. Bei der Firmengründung im Jahr 1924 als „Kontroll- und Waagenfabrik“ hätte sich selbst Firmenchef Heinrich Sporkhorst als Wegbereiter diesen Erfolg kaum träumen lassen. Dabei war Espera dank seines Innovationsgeists schnell auf der Überholspur. Bereits 1929 läutete das Duisburger Unternehmen in seinem fünften Betriebsjahr mit der ersten Leuchtbildwaage das Zeitalter des automatischen Wiegens ein. Dreißig Jahre später bedeutete die Entwicklung und Vermarktung der weltweit ersten elektronisch rechnenden Waage einen bedeutenden Markstein in der Firmengeschichte. Die Westdeutsche Allgemeine Zeitung titelte am 27. Mai 1959: „Waage denkt für Verkäuferin“. Im Deutschland der Wirtschaftwunderjahre konnte die Kundin nunmehr den Kaufpreis und das Gewicht mit ablesen. Der Betrag wurde auf den Pfennig genau ausgerechnet – dank „Elektronengehirn“ der intelligenten Espera-Waage. Direktor Gustav Korthäuer – er übernahm 1953 die Firma von Heinrich Sporkhorst – hatte die revolutionäre Idee. Heute leitet sein Sohn Manfred Korthäuer als Geschäftsführer das Traditionsunternehmen, das bis Anfang der 1970er Jahre dem Unternehmerverband der Metallindustrie Ruhr-Niederrhein angehörte. Espera hat sich auf dem Preisauszeichnungssektor spezialisiert. Etiketten von Espera findet man in fast jedem Supermarkt auf ausgezeichneten Fleisch-, Fisch- und Geflügelprodukten. Dabei spielt auch das Etikettendesign eine große Rolle als Marketinginstrument – eine weitere Spezialität von Espera.



Espera-Constellation – die erste elektronisch rechnende Waage der Welt, gebaut im Jahr 1959.

fach in einer Zeit, in der dem Wachstum offenbar keine Grenzen gesetzt waren.

Zeit der Vollbeschäftigung

Der Geschäftsbericht 1955 sagt klar aus: „Das sozialpolitisch entscheidende Merkmal des Berichtsjahres war die Vollbeschäftigung unserer Wirtschaft.“ Den neuen Reichtum galt es zu verteilen. Und zwar in den Tarifgesprächen zwischen Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften. Eines der zentralen Themen: Arbeitszeitverkürzungen. 48 Stunden bei einer Sechs-Tage-Woche – das war die Regel nach dem Krieg. Zum 1. Mai 1955 setzte die IG Metall die Fünf-Tage-Woche ganz oben auf ihren Aktionsplan. Das Bremer Abkommen aus dem Jahr 1956 setzte die 45-Stunden-Woche fest und gab als Ziel die schrittweise Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden pro Woche aus, die Mitte der 1960er Jahre Wirklichkeit wurde. Weitere Themen der Sozialpolitik waren die Vermögensbildung, das sogenannte 312-Mark-Gesetz und immer wieder die Mitbestimmung.

Ein anderes Problem – aus den Ursprüngen des Verbandes im Jahr 1906 bereits bekannt und quasi Tradition – trat zudem wieder auf: das Abwerben von Arbeitskräften. Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände warnte in einem Rundschreiben davor, sich angesichts des Arbeitskräftemangels kurzerhand bei der Konkurrenz zu bedienen.

Interessant am Rückblick in diese Zeit ist ebenfalls, wie sich Positionen veränderten und verschoben. Am 1. Januar 1959 trat der neue Manteltarifvertrag für die Metallindustrie in Kraft. Der Verband war stets auf dem Laufenden, was die Verhandlungen des Metallverbandes Nordrhein-Westfalen anging, und informierte auch ständig die Mitgliedsunternehmen. Grund zur Kritik an den Gewerkschaften gab dabei deren Forderung nach „Öffnung“ des Manteltarifs für Werksabschlüsse. Dieses Ansinnen wurde damals als unannehmbar abgelehnt.

Betriebsfrieden bleibt gewahrt

Und Streiks? Kam es im Verbandsgebiet zu betrieblichen Auseinandersetzungen? Die Berichte führen lediglich einen Streik auf. Im Juni 1956 legten die Arbeiter der Maschinenfabrik Ferd. Gothot in Mülheim an der Ruhr die Arbeit nieder. Das Unternehmen erhielt Unterstützung durch den Verband. Geschäftsführer Dr. Wasser beteiligte sich an den Verhandlungen, die sich

oft bis in die Nacht hinein zogen. Schließlich kam es zu einer Betriebsvereinbarung und zur Herstellung des Arbeitsfriedens. Das Ergebnis der Gespräche bremste zugleich weitere Bemühungen der Gewerkschaft IG Metall, die Konfrontation mit anderen Mülheimer Unternehmen der Branche zu suchen.

Deutlich größere Ausmaße hatte der Streik in Baden-Württemberg 1962. Auf die stichpunktartige Arbeitsniederlegung von 100.000 Beschäftigten, die in den Schlüsselunternehmen des Bezirks tätig waren, reagierten die Unternehmer mit einer sofortigen Aussperrung. Über 325.000 Mitarbeiter standen für zwei Wochen auf der Straße. Auch im Tarifbezirk NRW hatten sich die Unternehmerverbände auf eine heiße Phase gefasst gemacht. Wäre es zu einer Aussperrung gekommen, hätten über eine Million Mitarbeiter verschlossene Werkstore vorgefunden. Der Arbeitskampf im württembergischen „Vorreiter"-Bezirk dauerte nur 14 Tage – nach Einschätzung des Metallverbandes auch deshalb, weil das Mittel der Aussperrung eingesetzt wurde. Zum Vergleich: In Niedersachsen war es in den späten 1950er Jahren zu einem Streik gekommen, der 114 Tage dauerte. Die Arbeitgeber hatten dort auf eine Aussperrung verzichtet.

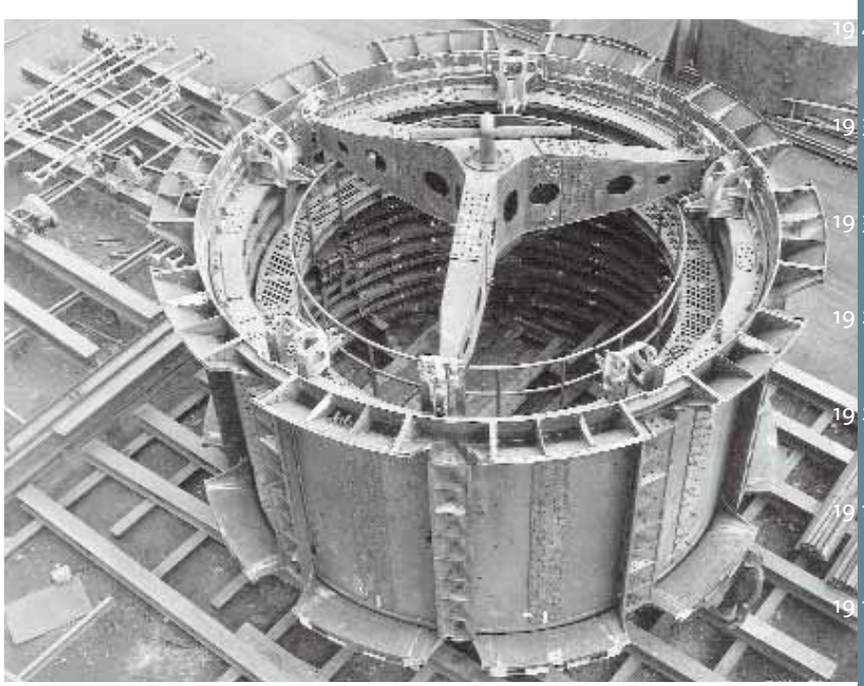
Im Verband Ruhr-Niederrhein aber fanden Arbeitgeber und Arbeitnehmer stets am Verhandlungstisch zu einer Einigung. Wie schon gezeigt, sehr zugunsten der Mitarbeiter, die hohe Abschlüsse erzielen konnten. Die Arbeitgeber „schluckten" die Kompromisse. Der Betriebsfrieden ging vor, gerade angesichts einer positiven Konjunkturentwicklung. Das erste Mal, das überhaupt von Rezession in Deutschland gesprochen werden musste, war 1967.

Zäsur im Jahr 1958

Zurück ins Jahr 1958 und von der nationalen Wirtschaftsentwicklung zum „Innenleben" der beiden Ruhr-Niederrhein-Verbände. Es war das Jahr, das eine Zäsur setzte. Nicht nur, dass man sein zehnjähriges Bestehen feiern konnte, es aber nicht tat, „weil Selbstkritik und der Wille, jedes Ziel zu erreichen, mehr ziert als das öffentliche Aufzählen von Erfolgsziffern" – wie der Verbandsvorsitzende kundtat. Noch wichtiger aber: Hans Aengeneyndt gab nach zehn Jahren den Vorsitz des Verbandes ab und erhielt den Titel „Ehrenvorsitzender". Der reibungsfreie Aufbau der Verbände nach dem Krieg und die Erweiterung des Gebiets über die Kernstadt Duisburg hinaus ist als das große Verdienst eines Mannes zu sehen, der von Zeitzeugen als Unternehmer mit großer Ausstrahlung und hohem diplomatischem Geschick beschrieben wird.

Die Mitgliederversammlung bestimmte den Bocholter Unternehmer Alfred F. Flender zum neuen Vorsitzenden des Verbandes. In seinem Einführungsbrief schlug Dr. Flender sofort energische Töne an: „Wir wollen uns darüber klar sein, dass Sozialpolitik – vor allem die Entwicklung von Lohn und Arbeitszeit – keine Schicksalsfügung, sondern eine Frage des Willens, eine Frage der Führung und eine Frage der Selbstgestaltung ist und bleiben wird. Und diese Selbstverantwortung, der Wille, uns durchzusetzen, muss eingesetzt werden in dem Kampf, den wir auf sozialpolitischem Gebiet führen – um die Gesunderhaltung unserer Wirtschaft und ihrer Stabilität."

Der Wechsel an der Spitze im Jahr 1958 setzte durchaus Zeichen. Zum einen führte ein Unternehmer aus dem Nordbezirk den Verband an. Diese Wahl verdeutlichte: Der Verband hat zwar seinen Sitz in Duisburg, agiert aber als Einheit mit durchaus beachtenswertem Gewicht der Bezirke „an der Peripherie". Darüber hinaus leitete Dr. Flender eine Akzentverschiebung ein.



In Duisburg-Rheinhausen gefertigt für den Einsatz in Australien – ein Zylinderschutzkörper von Krupp Stahlbau mit einem Durchmesser von 7,50 Meter.

„Schmitz Jupps“ Enkel prägte die Verbandsgeschichte

Josef Schmitz (1850 – 1926) baute das Traditionsunternehmen Schmitz Söhne in Homberg aus. Mit einem Schuss Selbstironie nannte man die Werkszeitung „Bei Schmitz Jupp“.

1861 eröffnete Schlossermeister Johann Heinrich Schmitz mit acht Gesellen und Lehrlingen auf 110 Quadratmetern in Duisburg-Homberg eine Metallgießerei und Schlosserei. Drei Tage vor seinem Tod im Jahr 1885 verkaufte der gebürtige Kölner die Firma an seine fünf

Söhne aus erster Ehe, um mit dem Erlös die fünf weiteren Kinder aus zweiter Ehe zu versorgen. Seine Nachfolger Josef Schmitz (1850 – 1926), Hans Aengeneyndt (1886 – 1969, eine Neffe von Josef Schmitz) und Hans-Wolf Aengeneyndt (1921 geboren, seit 1950 Firmenchef) überstanden alle Kriege und Krisen, bauten die Fabrik kontinuierlich aus.

1961 wurde eine belgische Zweigniederlassung in Zeebrügge – dem Seehafen der Stadt Brügge – gegründet. 1966 hatte Urenkel H.W. Aengeneyndt den Familienbetrieb Schmitz Söhne auf 26.000 Quadratmeter und 400 Angestellte erweitert. Der Diplom-Ingenieur war außerdem Vorsitzender des Unternehmerverbandes der Metallindustrie Ruhr-Niederrhein von 1969 bis 1991, trat damit auch hier in die Fußstapfen seines Vaters Hans, der seit 1948 zehn Jahre lang erster Vorsitzender des neu gegründeten Unternehmerverbandes der Metallindustrie war.

Schmitz Söhne wird 2006 weiterhin vom UVM-Ehrenpräsidenten Wolf Aengeneyndt geleitet. In Homberg ist seit 1960 in der Nähe des einstigen Firmengeländes auch die Niederrheinische Vertriebsgesellschaft J. Schmitz KG, kurz NIVEG, als Zweigniederlassung der J.H. Schmitz Söhne GmbH u. Co. KG zu finden. Die Adresse lautet auch für NIVEG Königstraße (Nr. 13 – 17) – dort, wo einige Hausnummern weiter (Königstraße 47) schon in den Hallen von „Schmitz Jupp“ seit 1861 bei Schmitz Söhne produziert wurde.

„Dr. Wasser-Briefe“ machen Meinung

Die Öffentlichkeitsarbeit rückte verstärkt in den Mittelpunkt der Verbandsarbeit. Mit der Einstellung von Dr. Karlheinz Schmeer im Jahr 1953 war dieser Trend eingeleitet worden. Schmeer verfasste die „freundlichen Dr. Wasser-Briefe“. Es handelte sich dabei um Rundschreiben an über 3.000 Meinungsbildner im Verbandsgebiet und darüber hinaus. Die Briefe schlossen stets mit den Worten „mit freundlichen Grüßen Dr. Willy Wasser“. Daher der Titel für die Rundschreiben. Inhaltlich stellten die Briefe die Position der Arbeitgeberverbände zu Wirtschaftsthemen dar, sie entwickelten sich zu einem wirksamen Instrument in der Diskussion. Die Grundposition in allen Fragen war das klare Bekenntnis zur freien Marktwirtschaft und zur unternehmerischen Freiheit als Voraussetzung für die Freiheit der Gesellschaft.

Ein Journalist als Geschäftsführer

1961 übernahm dann Dr. Schmeer die Geschäftsführung der Verbände von Dr. Willy Wasser. Eine Personalie mit inhaltlicher Perspektive. Kein Jurist, sondern ein

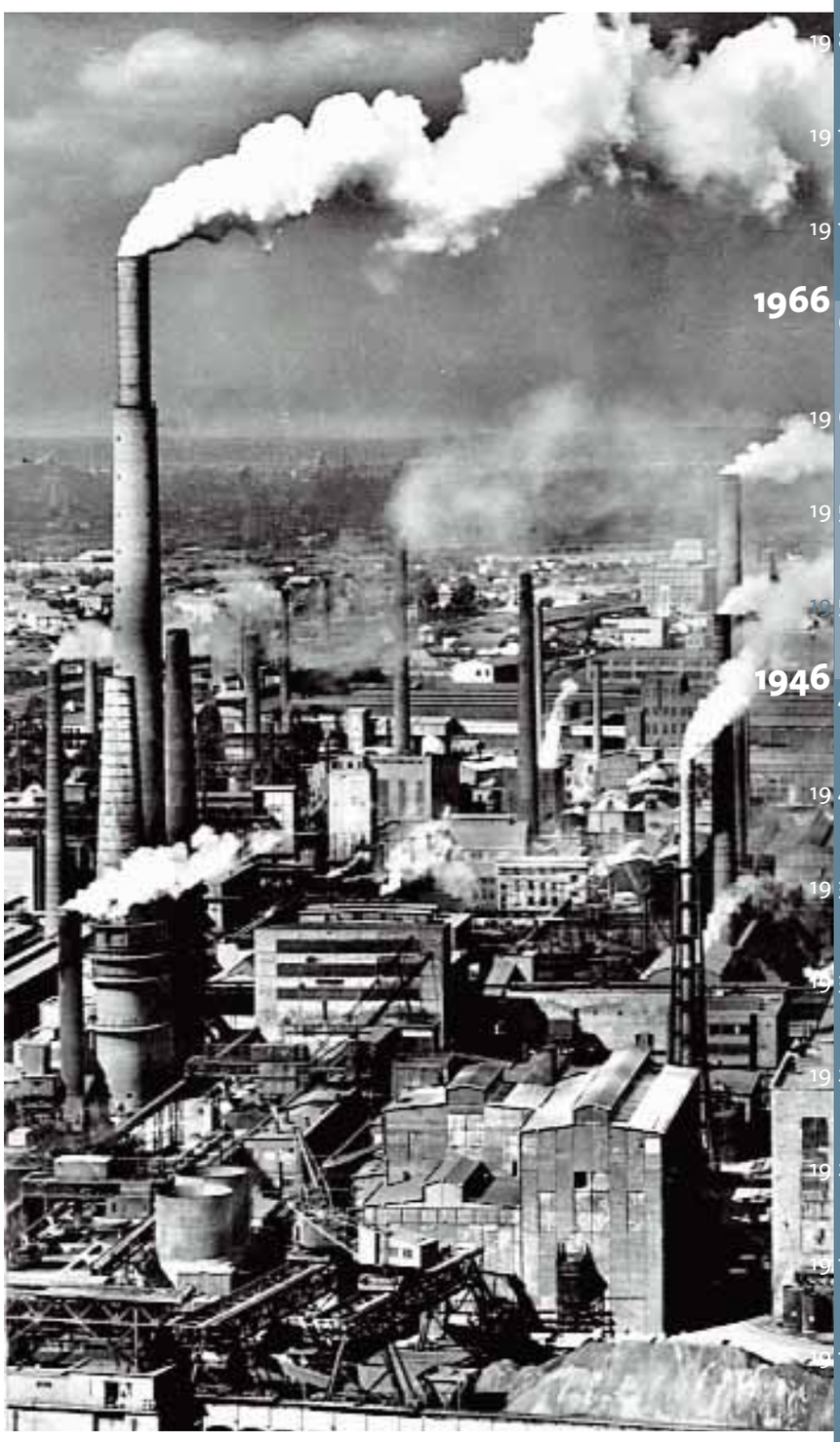
Journalist übernahm die Geschäftsleitung. Ein deutliches Zeichen, was die Schwerpunktsetzung der Arbeit anging. Die Mitglieder mussten dabei keineswegs fürchten, dass sie in Sachen Rechtsvertretung und Tarifpolitik weniger gut vertreten waren. In den Erinnerungen des zweiten Geschäftsführers nach dem Krieg wird deutlich: „Ich hatte sehr gute Unterstützung durch die Juristen im Haus, so dass wir die Arbeit kompetent und effizient erledigen konnten." Einer dieser Mitarbeiter war Dr. Franz-Josef Grotkamp, der nach seinem zweiten juristischen Staatsexamen 1957 als Assessor seine Tätigkeit im Verband aufnahm.

Dennoch, die Öffentlichkeitsarbeit entwickelte sich zu einer Aufgabe von besonderer Bedeutung. Dr. Flender setzte darauf und hatte in Dr. Schmeer den Mann, der die Ideen in die Tat umsetzte. Gemeinsam gründete man eine weitere wichtige Einrichtung: den Arbeitskreis Schule/Wirtschaft. Seit 1964 – zunächst nur in Duisburg – suchte man die Zusammenarbeit mit den Schulen. Betriebserkundungen für Lehrer sollten den Pädagogen vor Augen führen, wie der Berufsalltag aussieht und welche Anforderungen an die Auszubildenden gestellt werden. Mit diesem Hintergrundwissen konnten die Lehrerinnen und Lehrer praxisnäher unterrichten.

Übrigens: 1985 wurde Dr. Grotkamp Hauptgeschäftsführer. Eine der Personalgepflogenheiten, die bis heute gelten, wurde bereits damals Tradition: Die Leitung im Haus übernahm ein Mitarbeiter, der das Geschäft über lange Jahre aus eigener Erfahrung kannte.

Wachstum als Konstante

Zum Abschluss dieses Kapitels, das die Jahre des Wirtschaftswunders und des steten Aufschwungs beschreibt, noch einmal ein Blick auf die Entwicklung des Verbandes: 1968 – im Jahr des 20-jährigen Bestehens – hatte die Interessenvertretung der Unternehmer an der Ruhr und am Niederrhein 285 Mitgliedsfirmen mit 79.000 Mitarbeitern. 192 Betriebe gehörten zum Metallverband – die meisten als mittelständische Betriebe. Sie hielten 64.000 Beschäftigte in Lohn und Brot. Den Anfang hatten 1948 genau 46 Unternehmen mit 19.600 Mitarbeitern gemacht. Im Metallbezirk Nordrhein-Westfalen belegte Ruhr-Niederrhein hinter Köln (mit seinen Fordwerken) und auf gleicher Höhe mit Düsseldorf Platz zwei. Aus dieser Stärke erklärte sich auch der große Einfluss der „Duisburger" im Landesverband. An ihnen führte bei wichtigen Entscheidungen kein Weg vorbei.

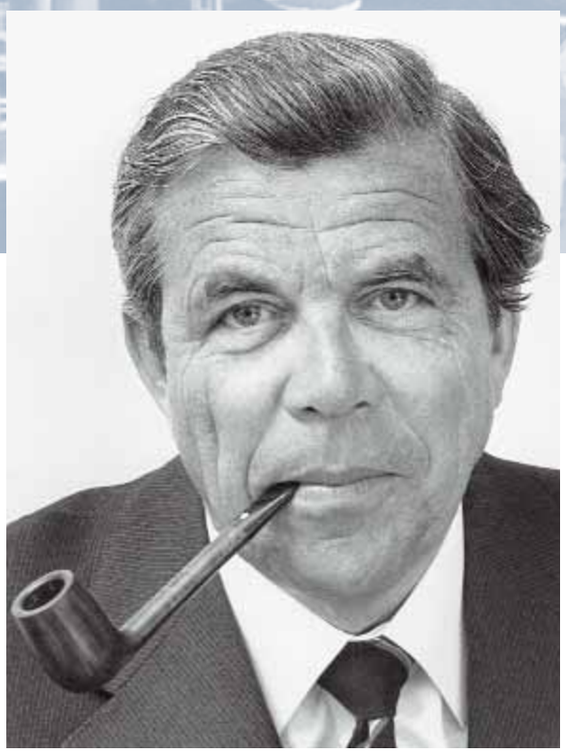


Die Wirtschaft boomte. Der Blick über die Duisburger Kupferhütte und die Demag zeigt, wie das geflügelte Wort vom „rauchenden Schornstein" entstand.

Hochkarätige Gäste wie Arbeitgeber-Präsident Hanns Martin Schleyer unterstrichen die Bedeutung des Unternehmerverbands.

Kurs halten in unruhigem Fahrwasser

Die Wirtschaft nach den Wunderjahren



Dr. Wolf Aengeneyndt führte den Unternehmerverband Ruhr-Niederrhein von 1969 bis 1991.

Am 4. Juni 1991 trafen sich in der Mercatorhalle Duisburg die Mitglieder der Unternehmerverbände Ruhr-Niederrhein zur Jahreshauptversammlung – ein Treffen von besonderer Bedeutung. Nach 22 Jahren an der Spitze gab Dr. Wolf Aengeneyndt vom Homberger Traditionsunternehmen Schmitz Söhne den Vorsitz der Verbände mit insgesamt 293 Mitgliedern ab. Dr. Uwe Klumb von den Grillo-Werken übernahm das Amt und hielt es bis 1996 inne.

Der Abschied von Dr. Wolf Aengeneyndt war mit der Ernennung zum Ehrenvorsitzenden verbunden. Dr. Aengeneyndt erhielt überdies die Goldene Ehrennadel der Verbände. Auch Dr. Werner Stumpfe, Präsident von Gesamtmetall, war zur Verabschiedung des neuen Ehrenvorsitzenden gekommen. Er würdigte in seinem Grußwort Dr. Aengeneyndts „vorbehaltlose Bereitschaft und persönliches Engagement“. Ein bewegender Moment.

Der so Geehrte zog eine Bilanz seiner langen Amtszeit, die im Jahr 1969 mit der Ablösung von Dr. Alfred F. Flender begann – einem Wirtschaftsmann mit bundesweitem Ansehen. So merkte Aengeneyndt bei seiner Dankesrede schon damals kritisch die Tarifabschlüsse an. Das Land habe Spitzenstellungen eingenommen, auf die man nicht stolz sein könne: „Die höchsten Löhne und die geringste Arbeitszeit.“

Vorrang des Betriebsfriedens

Man habe in den Tarifrunden mit den Gewerkschaften immer wieder Kompromisse geschlossen. Dr. Wolf Aengeneyndt wusste aus erster Hand, wovon er sprach. Der Duisburger war Vizepräsident des Metallverbandes NRW und ein ausgesprochener Tarifexperte, der an vielen Verhandlungen teilgenommen hatte. Zu den schwierigen Gesprächen gehörten auch die Vereinbarungen zur schrittweisen Einführung der 35-Stunden-Woche im Jahr 1984. Mit der Einigung war das Thema noch längst nicht vom Tisch.

Diese Auseinandersetzung um stetig steigende Produktionskosten zog sich seit den späten sechziger Jahren durch die Gespräche mit der IG Metall. Seit das Wirtschaftswunder der ökonomischen Normalität

Fabrikant Flender sorgte für Schlagzeilen

Als Spezialist für Antriebstechnik machte sich Fabrikant Flender nicht nur in Bocholt einen Namen.

Das hat nicht jeder geschafft! Der Bocholter Fabrikant und Diplom-Ingenieur Dr. Alfred Flender war dem Nachrichtenmagazin „Spiegel“ im Juli 1958 immerhin einen fast zweiseitigen Artikel wert. Der Anlass: Der Bundesverband der Deutschen Industrie warf dem Nachfahren des 1707 aus religiösen Gründen geköpften Hüttenwerksbesitzers Friedrich Flender vor, sich „wie ein Sozialdemokrat“ zu gebärden und die Unternehmerschaft zu spalten. Bei einem Vortrag vor Gleichgesinnten in Wiesbaden hatte Flender die „zunehmende Vermachtung der deutschen Wirtschaft durch die Großindustrie“ gerügt – erzählte der „Spiegel“. Der Fabrikant – seit 1939 Chef der von seinem Vater gegründeten A. Friedr. Flender & Co. – warf den Großunternehmen vor, den Bereich Spezialanfertigungen, bis dahin Domäne der mittelständischen Betriebe, zu annektieren.

Nicht nur mit kernigen Sprüchen sorgte Alfred Flender immer wieder für Aufregung. So plante der „verrückte Konzerngegner“ („Spiegel“),mit einem unbekleideten Mädchen und dem Slogan „Ihr Antrieb Sex- Appeal“ in den Zeitungen für seine Firma werben zu lassen. Der

gewichen war, fand erstmals seit 1967 wieder das Wort „Rezession“ in einem Geschäftsbericht des Unternehmerverbands Verwendung. Die Arbeitgeber warnten stets vor den Folgen hoher Lohnsteigerungen – mit Blick auf den Export und mit Einsicht in den Wettbewerb, der zwischen den zunehmend international tätigen Anbietern herrschte.

Wer heutzutage die Diskussion über den Kostenfaktor „Arbeit“ verfolgt, wird vergleichbare Argumentationsketten bereits in den Auseinandersetzungen der siebziger und achtziger Jahre erkennen. Der Unternehmerverband hat stets darauf aufmerksam gemacht, dass durch Rationalisierung oder Produktionsverlagerung zahlreiche Arbeitsplätze „wegtarifiert“ werden.

Welche Erschütterung eine Schließung auslösen kann, erlebte der Verband direkt „vor seiner Haustür“, ohne selbst unmittelbar betroffen zu sein. Die Schließung des Krupp-Werks in Rheinhausen 1987 löste einen Arbeitskampf und eine große Protestwelle in der Region aus. Als die Arbeiter Duisburg durch Straßensperren von der Außenwelt abzuriegeln drohten, übernachtete eine „Notbesatzung“ von Verbandsmitarbeitern, darunter Geschäftsführer Dr. Franz-Josef Grotkamp, im Haus auf der Mülheimer Straße. Was immer auch passierte, man wollte am nächsten Morgen wie gewohnt für die Mitgliedsunternehmen erreichbar sein.

Wilde Streiks machten Schlagzeilen. Im Jahr 1969 hatte nicht nur das Bocholter Unternehmen Olbrich mit „spontanen“ Arbeitsniederlegungen zu kämpfen.

Wilder Streik hält noch

250 Bocholter wollen 30 Pfennig mehr Stunde

Bocholt (lnw). Der wilde Streik der rund 250 Arbei Maschinenfabrik Herbert Olbrich KG in Bocholt geht weit Arbeiter, die sich gestern weigerten die Arbeit aufzunehme den auch am heutigen Tage, der Arbeitstag ist, streiken.

Nach Gewerkschaftsangaben hatten die Arbeiter schon länger eine Erhöhung des Stundenlohns um 30 Pf gefordert. Gespräche mit der Firmenleitung seien darüber jedoch erfolglos geblieben. Mit dem Streik hätten sich die Arbeiter vor allem dagegen wehren wollen, daß ihre Forderungen

Nachdem die IG Metall v Streik Kenntnis erhalten hatte dem Unternehmer angeboten, mitteln.

Ein Sprecher der Geschäf wies darauf hin, den Arbei am Donnerstag nach der Ar

revolutionäre Werbegag hätte auch im Jahr 1958 für mindestens ebenso viel Aufsehen gesorgt wie acht Jahre zuvor Hildegard Knefs legendärer Nacktauftritt in dem Film „Die Sünderin“. Flender wagte es dann aber doch nicht, die Anzeige zu veröffentlichen.

Neben seiner zeitintensiven Tätigkeit als Konzernchef bis Ende der 1960er Jahre hatte Alfred Flender genügend Tatkraft und Energie, um sich außerdem von 1958 bis 1969 seinem Amt als Vorsitzender des Unternehmerverbandes Metallindustrie zu widmen. Auch hier prägte der Mann mit der Vorliebe für klare Worte mit seinem Charakter und seinen Ansichten das Verbandsleben.

Der Bocholter Fabrikant war bei allem Oppositionsgeist vor allem stets ein guter Geschäftsmann. Bereits 1954 – nur zehn Jahre nach Kriegsende – vermeldete Flender & Co. als Spezialist für Antriebstechnik einen neuen Rekordumsatz mit 20 Prozent Exportanteil und 1.300 Beschäftigte. 1963 wurde das 25-jährige Engagement in der Lehrlingsausbildung der Flender-Werke vom Ministerpräsident Dr. Meyers als vorbildlich bezeichnet. Die neu eröffnete Lehrwerkstatt stelle „eine sozialpolitische Tat von allgemeiner Bedeutung auch für Gesellschaft und Staat dar“ – so Meyers in einem Glückwunschtelegramm. Seit 1986 sind die Flenderwerke eine Aktiengesellschaft. Zunächst lag die Mehrheit bei Familienangehörigen, 1990 ging die Aktienmehrheit an die Deutsche Babcock in Oberhausen. Zehn Jahre später übernahm Citicorp Venture Capital alle Flender-Anteile von Babcock. Es wäre sicherlich amüsant, den Kommentar von Alfred Flender zu dieser Entwicklung seines Bocholter „Mittelbetriebes“ zu hören.

Kampf gegen die 35-Stunden-Woche

Drei Jahre zuvor hatte man selbst in harten Runden um Kompromisse verhandelt. 1984 verstärkte sich der Kampf um die 35-Stunden-Woche. Bereits in den 1970er Jahren war das Thema von der IG Metall angeschnitten worden. Jetzt stand es weit oben auf der Tagesordnung. Es kam zu einem siebenwöchigen Streik, dann zu einer Einigung. Unter anderem konnten die Arbeitgeber erreichen, dass die Wochen-Arbeitszeit nicht für sich betrachtet werden musste. Die 35 Stunden, schrittweise bis 1995 eingeführt, konnten auch über Freizeitregelungen umgesetzt werden.

Ohne Wirkung auf den Verband blieb das Zusammenspiel von Forderung und Ergebnis jedoch nicht. Der Streit um die Einführung der 35-Stunden-Woche führte dazu, dass einige Betriebe den Metallverband verließen, weil sie nicht länger an den Tarifvertrag gebunden sein wollten. Sie traten dann nicht selten ab Mitte der 1990er Jahre in den Industrieverband ein, weil sie die Arbeit der Organisation für die Unternehmerschaft durchaus zu schätzen wussten und für sich als vorteilhaft ansahen.

Als Interessenvertretung, Sprachrohr der Wirtschaft und Dienstleister – vor allem in Rechts- und beruflichen Bildungsfragen – sowie als Partner oder Pendant zu den Gewerkschaften innerhalb der Selbstverwaltung der Wirtschaft hatte sich der Unternehmerverband etabliert. Rückblickend auf 40 Jahre Arbeit seit der Neugründung 1948 beschrieb der Verband im Jahr 1988 seine Aufgaben: Allgemeines Recht, Arbeits-, Sozial- und Steuerrecht, die Betriebsverfassung, die Rechtsvertretung, Berufsausbildung, soziale Sicherung, Arbeitswissenschaft und Arbeitssicherheit, Öffentlichkeitsarbeit, Medienpolitik und Bildungspolitik.

Ein durchaus beachtliches Paket, das es neben den Herausforderungen in den Tarifgesprächen zu schul-

tern galt. Neu geschnürt worden war es durch das Betriebsverfassungsgesetz aus dem Jahr 1972, das zusätzliche Dienstleistungsaufgaben stellte. 1996 fasste man die Aufgabenstellung knapper mit dem Kürzel IBIS zusammen: Interessenvertretung, Beratung, Information und Service.

Beispielhafte Arbeit im Verband

Die Verbände entwickelten dabei ein ganzes Spektrum von Initiativen und Ideen. Und sie gestalteten das intensive Verbandsleben, damit es gewinnbringend für die Mitgliedsunternehmen wirkte.

Der Kampf um die Schließung des Hüttenwerks in Rheinhausen 1987 wird zum bundesweit beachteten Symbol für die Krise im Revier.

Einige Beispiele aus der Zeit der 1960er bis 1990er Jahre, zunächst zur Arbeit mehr im Stillen. Bereits 1967 erkannte man die künftige Bedeutung der elektronischen Datenverarbeitung und gründete einen eigenen Arbeitskreis EDV. 2002 – anlässlich des 35-jährigen Bestehens – blickte man nicht ohne Stolz auf die Pioniertat zurück.

Auch öffentlich wusste sich der Verband ins rechte Licht zu rücken: Dr. Karlheinz Schmeer als Geschäftsführer regte in den sechziger Jahren bereits den „Duisburger Plan“ an, mit dem die Öffentlichkeitsarbeit der Unternehmerverbände vereinheitlicht werden sollte. Duisburg konnte sich durchaus in beispielhafter Funktion sehen. Die Geschäftsberichte arbeiteten sehr pointiert und mit bildhafter Sprache die Position des Verbandes heraus. Karikaturen folgten dem Grundsatz, dass ein Bild mehr als tausend Worte sagt. Die Schlagzeilen waren zugespitzt. Einmal raste die Konjunktur via Karikatur sogar wie eine Rakete zum Mond. Das war 1969 und passte zur Apollo-Mission. Der gelernte Journalist Dr. Schmeer, bis 1984 Geschäftsführer des Verbands, hatte seine Überzeugung bereits in den frühen sechziger Jahren formuliert: „Klappern gehört zum Handwerk.“

Leserbrief-Scharmützel

Schmeer hob auch zu Leserbrief-Scharmützeln an und bezog zu Zeitungsartikeln regelmäßig Stellung. Ein kleines Beispiel für eine Diskussion, die der Unternehmerverband auslöste, gibt der Geschäftsbericht für das Jahr 1977. Dr. Aengeneyndt hatte darin ausgeführt, seit 1970 seien eine Million Arbeitsplätze wegtarifiert worden. 150 Milliarden DM an Gewinnen seien zugunsten der Einkommen der Mitarbeiter abgeflossen. Die Investitionslücke betrage für den gleichen Zeitraum 173 Milliarden Mark.

Diese Nachricht machte Schlagzeilen und schlug Wellen: Duisburgs DGB-Kreisvorsitzender und SPD-Bundestagsabgeordneter Günter Schluckebier sprach von einer „politisch verantwortungslosen Darstellung“. Erwin Marschner von der Verwaltungsstelle der IG Metall in Bocholt bezeichnete Aengeneyndts Ausführungen als „Diffamierung“. Darauf reagierte wiederum der Verband und wies den „leichtfertigen und unverantwortlichen Rundumschlag“ zurück.

Ein weitere Möglichkeit zur Darstellung der eigenen Position, aber auch zur Förderung des Zusammenlebens im Verband, sorgte ebenfalls für Aufsehen: Man lud sich gern Gäste ein. Noch gab es kein Haus der Unternehmer, das als Veranstaltungsort für größere und repräsentative Treffen geeignet gewesen wäre. In der Regel bot Duisburgs Mercatorhalle den Rahmen. Angesichts der Qualität der Vortragsgäste und ihres Renommees bereitete es wenig Mühe, „Duisburgs gute Stube“ drei bis vier Mal im Jahr zu füllen. Für die Oberbürgermeister der Stadt waren die Treffen quasi Pflichttermine. Der Blick auf die Gästeliste verrät, warum: Dr. Helmut Geiger, der Vorsitzende des Spar-

Ruhrbischof Franz Hengsbach als Gast des Unternehmerverbands wurde vom Vorsitzenden Alfred Flender begrüßt.

kassen- und Giroverbandes, die Arbeitgeber-Präsidenten Hanns-Martin Schleyer und Otto Wolff von Amerongen. Der Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Ernst Benda, Bundeswirtschaftsminister Dr. Günter Rexrodt, die Bundestagspräsidentin Rita Süssmuth, der Journalist Peter Scholl-Latour oder Ruhrbischof Dr. Franz Hengsbach – um nur einige zu nennen.

Dr. Karlheinz Schmeer erinnert sich, dass es für ihn und seine Nachfolger nicht schwer war, große Namen für einen Vortragsabend in Duisburg zu gewinnen. „Wir haben stets die Einladung der vorhergehenden Veranstaltung mitgeschickt, auf der Rückseite waren die Namen unserer bisherigen Gäste aufgelistet." Die Eingeladenen wussten gleich: Sie befanden sich in bester Gesellschaft.

Die Unternehmerverbände Ruhr-Niederrhein konnten jedoch auch mit eigenem Gewicht werben. Zu den bedeutenden Unternehmen im Verbandsgebiet gehörten die Demag, Klöckner, Krupp Stahlbau, die Kupferhütte, Berzelius, die GHH (später MAN Turbo), Babcock, Ruhrchemie, Siemens KWU, AEG oder Thyssen Schachtbau. Um nur einige zu nennen.

Persönlichkeiten mit Einfluss

Der Einfluss des Verbandes machte sich auch an Namen fest: Der Demag-Mann Werner Stumpfe führte ab 1985 (bis 2000) den Gesamtmetallverband. Dr. Stumpfe folgte Dr. Wolfram Thiele (1977 bis 1985) im Amt. Dr. Thiele von der Oberhausener Gutehoffnungshütte AG war auch Vizepräsident im Bundesverband der Arbeitgeber. Beide hatten natürlich Vorstandsaufgaben im UVM übernommen. Dr. Alfred Friedrich Flender war nach seinem Ausscheiden als Vorsitzender des Unternehmerverbands Ruhr-Niederrhein im November 1969 bis zu seinem Tod ins Amt des Präsidenten des Metallverbandes NRW berufen worden. Von 1966 bis 1969 hatte der Oberhausener Hans-Wilhelm Rudhart den Landesverband geführt.

Von der Spitze zur Basisarbeit als Beispiel für die Präsenz des Verbandes, wenn es um die Darstellung der eigenen Interessen und Positionen ging: Im März 1990 tourte das Tarifmobil – ein großer Bus mit Ausstellungsflächen – für sechs Wochen durch das Verbandsgebiet. In der weiteren Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche machte der Verband buchstäblich mobil. Was der Gewerkschaft nicht sehr gefiel. Es kam hin und wieder auch zu Protestkundgebungen direkt vor dem Infomobil.

Ausbildungsmobil rollt

Weniger umstritten, aber mindestens ebenso informativ: das Ausbildungsmobil. Es rollt nach wie vor durchs „Metallland": Die Schau stellte und stellt den Jugendlichen die neuen Metallberufe vor, nachdem die Ausbildungsordnung altbekannte Begriffe wie Schweißer oder Dreher abgeschafft hat. Eine deutliche Ausweitung erfuhr auch der Arbeitskreis Schule / Wirtschaft,

Auch Mädchen interessieren sich für die Ausbildungsberufe der Metallindustrie.

Hugo Pieron liebte Federn und Fußball

Pieron – der Name ist hugenottischen Ursprungs und steht in Bocholt seit 1925 für Tradition und Innovation. Das bekannte Unternehmen verdankt seinen Ursprung dem Pioniergeist seines Gründers. Der Fabrikant Hugo Pieron schuf die Basis für die zunächst in Bocholt-Biemenhorst ansässige Maschinenfabrik für die Produktion von Federn. Seniorchef Hugo Pieron hatte jedoch nicht nur eine Nase für gute Geschäfte. Das Spiel mit dem runden Leder hatte es ihm ebenso angetan: Er zählte zu den Mitbegründern des 1. FC Bocholt und gehörte selbst von 1900 bis 1907 zur ersten Mannschaft.

Die Pieron GmbH wurde bis 1975 in zweiter Generation von Hans Pieron als geschäftsführendem Gesellschafter geleitet. Ab 1975 leitete Jörg Pieron in dritter Generation das Unternehmen. Im Jahr 1981 übernahm Schwiegertochter Gisela Pieron die Geschäftsführung, nachdem ihr Mann Jörg nach kurzer, schwerer Krankheit verstarb. Unter der Regie der Mutter von drei Söhnen verdreifachten sich in nur 15 Jahren die Produktionsfläche sowie der Mitarbeiterstab. Zwei Söhne arbeiten mittlerweile im Betrieb mit. „Wir wollen ein modernes Familienunternehmen bleiben" – so Gisela Pieron. Das mittelständische Unternehmen stellt mittlerweile in erster Linie Federn für die Automobilbranche, aber auch für die Elektronik- und Sport- sowie Freizeitindustrie her. In China und in den USA betreibt man Joint Venture mit Partnerfirmen. Gisela Pieron zählt zu den wenigen weiblichen Firmenchefs im Verband der Unternehmer. Die Bocholterin sitzt im Vorstand des Unternehmerverbandes der Metallindustrie Ruhr-Niederrhein.

Die Sparkasse Bocholt kürte die Chefin von rund 170 Mitarbeitern – die 1990 mit ihr in den Industriepark Bocholt zogen – zur Unternehmerin des Jahres 2004. Firmengründer und Fußballfreund Hugo Pieron hätte an diesem Tag sicherlich den Hut vor ihr gezogen. Seine Nachfolgerin zu ihrer Auszeichnung: „Ich habe den Preis nicht nur als Person, sondern auch stellvertretend für meine Mitarbeiter entgegen genommen. Es hat uns allen gut getan, ihn zu bekommen. Die Auszeichnung spornt uns an."

Gisela Pieron ist federführend in ihrem Bocholter Traditionsunternehmen tätig.

der nun nicht nur in Duisburg, sondern auch in weiteren Unterbezirken etabliert werden konnte.

Als Dr. Wolf Aengeneyndt 1991 sein Amt an Dr. Uwe Klumb übergab, wusste er das Feld gut bestellt. Er wusste aber auch, dass er eine keineswegs einfache Aufgabe an den neuen Mann übergab. Von einer großen Herausforderung sprach Aengenenydt. Klumb nahm sie an. Mit Blick auf neue Zeiten: Die Wiedervereinigung hatte den Wirtschaftsstandort Deutschland verändert. Auch Unternehmen aus dem Bezirk versuchten das deutsche „Neuland" für sich zu entdecken. Darüber hinaus öffneten sich die Märkte im europäischen Osten.

Die Zeit des Aufschwungs ist vorbei

Die Diskussion zeigte auf, wie sich die Lage im Bezirk verändert hatte. Der Geschäftsbericht von 1992 sagte klar aus: Das Jahrzehnt des Aufschwungs war vorbei. Das spürte man auch in den Tarifgesprächen. Die Zeit der satten Lohnsteigerungen war ebenfalls abgelaufen. Ein anderes Indiz für die wenig freundliche Wirtschaftslage: 1994 führte der Verband in Vertretung seiner Mitgliedsunternehmen allein 451 Arbeitsgerichtsprozesse – 2004 waren es schon 1.000. Monika Guder, UVRN-Geschäftsführerin: „Ein wesentlicher Schwerpunkt unserer Beratung dient aber stets dem Ziel, tragbare Einigungen im Vorfeld zu erzielen und Arbeitsprozesse zu vermeiden."

Doch es ging – angesichts wachsender Arbeitslosenzahlen im Revier – nicht allein um Prozentzahlen. Die veränderte Themenstellung hatte bereits Anfang der neunziger Jahre der frühere baden-württembergische Ministerpräsident Lothar Späth während eines Vortrags beim Unternehmerverband benannt. Sein Stichwort lautete: Flexibilisierung. Sie rückte Tariflösungen in den Blick, die sich den betrieblichen Erfordernissen entsprechend anpassten. Unter dem Dach des Hauses an der Mülheimer Straße befand sich ein beispielhafter Verband.

Der Unternehmerverband IndustrieService + Dienstleistungen – 1994 gegründet – repräsentierte nicht nur 20 Betriebe mit 20.000 Beschäftigten. Geschäftsführer Wolfgang Schmitz konnte auch über betriebliche Lösungen berichten, die durchaus Arbeitszeiten von 41 Stunden pro Woche vorsahen. Dass diese

Woche sechs Arbeitstage kenne, fügte er ebenso hinzu, wie den knappen Hinweis: „Das funktioniert." Heute gehören 50 Betriebe mit 45.000 Beschäftigten dem UIS an.

Gemeinsam für mehr Arbeit

In der Gewerkschaft traf man dabei durchaus auch auf offene Ohren. Dazu passt eine Pressemitteilung aus dem Jahr 1996, in der die Logos von IG Metall und UVM gemeinsam abgedruckt sind. Zum Inhalt: Gewerkschaft und Metallverband hatten sich auf die „Mülheimer Vereinbarung zur Förderung der Wirtschaft und der Beschäftigungsentwicklung" verständigt und einen gemeinsamen Ausschuss mit diesem Ziel gegründet. Am 11. April 1997 ging man als „Partner des Mülheimer Wirtschaftskonsenses" erneut gemeinsam an die Öffentlichkeit. Dieses Mal ging es um die „zügige Entwicklung des Flughafengeländes".

Für den Unternehmerverband Mülheim hatte Vorstandsmitglied Heinz Lison diese Forderung formuliert. Seit 1996 organisiert sich der Unternehmerverband Mülheim über die Geschäftsstelle von Ruhr-Niederrhein. Geschäftsführer war ab 1994, nach der Pensionierung von Dr. Franz-Josef Grotkamp, der Rechtsanwalt Hanns Hermann Westedt. Inzwischen hatte man auch einen neuen Namen gefunden: Unternehmerverbände Ruhr-Niederrhein.

Als Reaktion auf die Entwicklung veränderter Prozessabläufe der Industrie entstand 1994 der Unternehmerverband IndustrieService + Dienstleistungen e.V. Der Verband „verdrahtet" die Interessen der in den Betrieben tätigen Unternehmen.

Auf dem Weg zur Neuaufstellung

Das Amt des Vorsitzenden des UVM war seit Juli 1996 vakant. Dr. Klumb hatte das Unternehmen Grillo verlassen und damit auch seine Aufgabe als Vorsitzender des Verbandes niedergelegt. Die Vorstandsmitglieder Heribert J. Wiedenhues für den Metallverband und Klaus Fassin für den gemischt-industriellen Verband übernahmen kommissarisch die Leitung der Verbände.

Diese Konstellation verlangte nach einer Neuordnung. Im Juli 1997 nahm man sie vor. Und wählte auch gleich einen neuen Vorsitzenden: Heinz Lison, der sich der Aufgabe stellte, die Verbände nicht nur ins neue Jahrtausend zu führen, sondern sie auch fit zu machen für die sich anders definierenden Aufgaben.

1997

2006

Blick über die Grenzen –
EU-Kommissar Günter Verheugen
mit UVG-Präsident Heinz Lison.

Fortschritt durch Veränderung

Flexible Lösung für schwierige Aufgaben

Schon die Wahl des Ortes deutete einen Wandel an. Nicht wie sonst üblich in Duisburg, sondern in der Stadthalle Mülheim trafen sich die Mitglieder der Verbände zum Unternehmertag am 23. April 1997. Richtungsweisende Veränderungen galt es zu beraten und abzustimmen.

Heinz Lison, geschäftsführender Gesellschafter der Mülheimer NEUMANN ELEKTRONIK GMBH, hatte den Vorsitz der Unternehmerverbände übernommen. Er stellte auch die organisatorischen Veränderungen vor: Der Unternehmerverband Ruhr-Niederrhein organisierte sich mit zwei Fachverbänden, dem Unternehmerverband der Metallindustrie Ruhr-Niederrhein und dem Unternehmerverband IndustrieService + Dienstleistungen e. V.. Auf gleicher Organisationshöhe: die Beratungsgesellschaft UPR Unternehmens- und Personalentwicklungsgesellschaft mbH, die heutige UnternehmerHaus AG.

Reformen voranbringen

Der Unternehmerverband gab sich einen geschäftsführenden Vorstand mit Heinz Lison an der Spitze. Die Ausrichtung war eindeutig: Man wollte sich fit machen für das neue Jahrtausend. Mit „Führungskonzept 2000ff“ war die Darstellung der Neuorganisation überschrieben. Das Motto des Jahres lautete „Reformen voranbringen – gemeinsam gewinnen“.

Heinz Lison charakterisierte den veränderten Anspruch: Die Unternehmen benötigten neue Verbandsdienstler. Der Verband werde diese Aufgabe übernehmen. Auch die Zielgruppen für die Arbeit beschrieb Lison klar: den Mittelstand als Motor der Entwicklung in der Region, die Großunternehmen, die sich auf den Strukturwandel besser einstellen müssten, und die Start-ups, die der Verband aktiv unterstützen werde.

Im Dialog: Arbeitgeber und Gewerkschaft

Lison legte das Ruder mit klaren Worten um: „Wir haben heute die gewohnten Verbandstrampelpfade verlassen und einen Schritt in eine neue Verbandslandschaft getan.“ Scharfe Kritik übte er an den alten Strukturen: „Die Unternehmer sind nicht mehr bereit, freiwillige Beiträge zu leisten, um in herkömmlicher Weise Kammern, Wirtschaftsverbände, Unternehmerverbände, Arbeitgeberverbände nebeneinander und dann noch übereinander auf vier Ebenen (...) zu ernähren.“

Dienstleistungsanspruch

Zum neuen Dienstleistungsanspruch gehörte das Angebot an die Unternehmen, elektronisch per Mail relevante Informationen zu ihren Themen herunterladen zu können. Ein Jahr später folgte die Gestaltung eines ersten eigenen Internet-Auftritts. Diese neue Ausrichtung, sich verstärkt in der Öffentlichkeit zu präsentieren und sichtbar Position zu beziehen, demonstrierte auch der Umzug im Jahr 2000. Von der Mülheimer Straße, die über Jahrzehnte Heimat des Verbandes

Unternehmertage mit regen Diskussionen, Fachvorträge und Seminare gehören zum Programm der UVG.

gewesen war, wechselte man in das Haus der Unternehmer in Duisburg-Buchholz. Aus einem reinen Büro wechselte der Verband in ein Hauptquartier, das auch Tagungs- und Versammlungsräume bot. Der Verband mit damals 350 Mitgliedsunternehmen, die 70.000 Mitarbeiter beschäftigten, stellte etwas dar und zeigte dies selbstbewusst.

Dabei ging es freilich keineswegs allein um Repräsentation. Es ging auch um die notwendige Erweiterung der Bürofläche. Mehr Service und eine höhere Bereitschaft, im Dienste der Unternehmen tätig zu sein, forderten auch mehr Personal. 1948 hatte Willy Wasser zusammen mit einer Sekretärin die Verbandsgeschäfte geführt. Das Gruppenfoto auf dem Geschäftsbericht 1997 zeigt bereits 16 Frauen und Männer im Team. Inzwischen sind über 50 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit ganz unterschiedlichen beruflichen Ausrichtungen vom Juristen über den Volkswirt bis zum Medienspezialisten für die UnternehmerverbandsGruppe und die UnternehmerHaus AG tätig.

Neuaufstellung und Neuaufnahme

Der Verband war nach der Neuaufstellung offen für weitere Branchen. Mit den Jahren kamen der Unternehmerverband Soziale Dienstleistungen und Bildung (USB), der Unternehmerverband IndustrieService + Dienstleistungen (UIS), der Unternehmerverband Service + Dienstleistungen (USD) sowie der Unternehmerverband Mülheimer Wirtschaftsvereinigung (UMW) hinzu. Der Unternehmensverband Ratingen und der Unternehmerverband der Binnenschiffswerften gehörten vorübergehend zur UnternehmerverbandsGruppe, wie sich die Gesamtorganisation inzwischen nannte. Eine tragende Säule aber bildet nach wie vor der Unternehmerverband der Metallindustrie Ruhr-Niederrhein.

Der Aufbau mit einem Hauptvorstand, dem die Mitgliedsverbände zugeordnet sind und dabei Eigenständigkeit behalten, überzeugte. Die Hauptgeschäftsführung übernahm ab Oktober 2001 Rechtsanwalt Wolfgang Schmitz, der bereits als Geschäftsführer des UIS sowie der beiden Ruhr-Niederrhein-Verbände das Prinzip der Flexibilisierung in den Tarifgesprächen mit den Gewerkschaften mitverhandelt hatte. Schmitz löste Hans Hermann Westedt an der Spitze ab.

Flexibilisierung als Zukunftsmodell

Gerade für den Metallverband sollte sich das Prinzip der Flexibilisierung bewähren. Bereits die Gründung des Unternehmerverbands IndustrieService + Dienstleistungen 1995 mit einer Thyssen-Tochter als größtem Mitglied war Ausdruck der Veränderung in der Wirtschaftslandschaft. Die Unternehmer praktizierten das Outsourcing von Service-Aufgaben. Im UIS konnten sie

für diese Anforderungen passende tarifliche Rahmenbedingungen setzen, die unabhängig vom Metallverband funktionierten.

Innerhalb der Metall- und Elektroindustrie blieb der Flächentarifvertrag erhalten, zugleich erlaubten Öffnungsklauseln individuelle Lösungen für die Unternehmen. Bereits 1996 hatte Heinz Lison mit dem Mülheimer Unternehmerverband in Kooperation mit der IG Metall in einzelnen Betrieben „Bündnisse für Arbeit und Wettbewerbsfähigkeit" ausgehandelt. Das Modell ging in Serie. Inzwischen wurden 400 individuelle Vereinbarungen dieser Art geschlossen, meist auf der Grundlage des Tarifvertrages zur Beschäftigungssicherung.

Einigung in der Babcock-Krise

Besonderes Verhandlungsgeschick war zur Jahrtausendwende bei der wenig positiven Wirtschaftslage eines Unternehmens gefragt. Die Babcock Borsig AG musste Insolvenz anmelden. Tausenden Mitarbeitern drohte das Ende ihrer Beschäftigung bei einem der traditionsreichsten Unternehmen in Oberhausen. Der UVM handelte mit der IG Metall die Sanierungstarifverträge aus und trug damit wesentlich zur Rettung von Unternehmensteilen bei.

Bezeichnend für den Struktur- und Wirtschaftswandel in der Region: Während der Babcock-Konzern als Einheit zerfiel, blieben viele Produktionsteile – wenn auch in anderen Besitzverhältnissen – erhalten. Statt weniger großer Unternehmen suchten und fanden so mehr mittelständisch ausgerichtete Betriebe ihre Marktchancen. Der Verband vertrat und vertritt ihre Interessen als Dienstleister.

Ergänzungstarifverträge

Ein weiteres Beispiel für die Notwendigkeit der Flexibilisierung: die Krise bei Siemens in Bocholt im Jahr 2004. Dem Telefon-Werk drohte ebenso wie dem Zweigwerk in Kamp-Lintfort, gemeinsam mit mehr als 4000 Beschäftigten, die Verlagerung. Siemens wollte die Produktion aus Kostengründen ins Ausland verlegen. In einem Tarifvertrag verständigte man sich neben weiteren Abreden auf die Rückkehr zur 40-Stunden-Woche sowie eine Umwandlung von Urlaubs- und Weihnachtsgeld zu einer erfolgsabhängigen Prämie. Die Mitarbeiter mussten damit Gehaltskürzungen hinnehmen. Aber: Ihre Jobs blieben erhalten. Und es erfolgten erhebliche Investitionen. Die Öffnung des Flächentarifvertrags bietet die Möglichkeit, auf unter-

Die Ampel steht auf Rot: Babcock Borsig gerät im Jahr 2003 in die Krise. Der Unternehmerverband verhandelt die Sanierungstarifverträge mit aus.

Der moderne Internetauftritt der UVG und der UHS AG bietet auch Mitgliedsunternehmen die Möglichkeit zur Selbstdarstellung.

schiedliche Entwicklungen im Metall- und Elektrobereich zu reagieren. Statt eine Trennung herbeizuführen, wie es in den fünfziger Jahren für die Eisen schaffende und Metall verarbeitende Industrie notwendig wurde, erschließt sich die Zukunft weiter in einem einheitlichen System.

Kontinuität und Veränderung

In 100 Jahren unverändert: der Wert gut ausgebildeter Mitarbeiter für ein Unternehmen. So hatte es 1906 angefangen, als die Industrie mit dem Zusammenschluss AVUR dem „wilden Personalwechsel" Einhalt gebieten wollte. Das Thema „Abwerben von qualifiziertem Personal" hatte auch später den Verband immer wieder beschäftigt.

Veränderte Zeiten fordern dabei andere Lösungen. Im Jahr 2004 handelte der Unternehmerverband mit der IG Metall für die Nordregion Bocholt einen Tarifvertrag aus, der die Arbeitnehmerüberlassung regelt. Der UVM wirkte dabei als Vorreiter für weitere Regionen. Das Prinzip: Fachpersonal kann leichter und unkomplizierter durch ein Unternehmen mit hoher Auslastung von einem Betrieb mit weniger dicken Auftragsbüchern ausgeliehen werden. Auch ein Mitarbeitertausch bei unterschiedlichen Bedarfslagen ist möglich.

Nach 100 Jahren durchaus verändert: der Umgang mit den Gewerkschaften. 1906 lehnten die Gründer des AVUR jede Verhandlung mit den Gewerkschaften kategorisch ab. Längst erkennt man sich gegenseitig an: als Verhandlungspartner innerhalb einer freien Marktwirtschaft.

Den rasanten Veränderungen in der globalen Wirtschaft passt sich auch die Kommunikation der UVG an. Neben der 2001 erstmals erschienenen Verbandszeitung [unternehmen!] sorgen gleich mehrere „UVG-Beamer" – das sind E-Mail-Nachrichten zu arbeits- und sozialrechtlichen Themen, zum Tarifgeschehen und zur Wirtschaftspolitik – für eine schnelle Information der Mitgliedsunternehmen. Hinzu kommen elektronische Newsletter und eine eigene Schriftenreihe „ReihePraxis".

Wolfgang Schmitz (rechts), Geschäftsführer des UVM, einigte sich mit Heinz Cholewa von der IG Metall Bocholt im Jahr 2004 auf die Möglichkeit des Personaltauschs zwischen Metallunternehmen.

Verbandsleben pur: das lebendige Netzwerk

„Unternehmer gehen in die Luft“ und werben 2001 für eine andere Wirtschaftspolitik.

Die Attraktivität eines Verbandes wird nicht zuletzt von der Qualität seines Netzwerkes bestimmt. Der Unternehmerverband der Metallindustrie Ruhr-Niederrhein und die gesamte UnternehmerverbandsGruppe bieten nicht nur 700 Mitgliedsbetrieben eine organisatorische Heimat. Sie sind Mittelpunkt eines großen Netzwerkes von Menschen aus Wirtschaft und Politik, Wissenschaft und Kunst, Medien und Verwaltungen, Glaubensgemeinschaften und Vereinen, Schulen und Universitäten, Sport und Showgeschäft.

Man trifft sich häufig und gerne. Jährlich finden drei große Unternehmertage statt – in Duisburg, Mülheim an der Ruhr sowie meist in einer weiteren Stadt des Verbandsgebietes. Die Liste der Festredner der letzten Jahre reicht von PISA-„Erfinder“ Andreas Schleicher über den Querdenker Arnulf Baring bis zum Benediktinerpater und Unternehmensberater Anselm Bilgri, von Gerhard Schröder oder EU-Kommissar Günter Verheugen bis zu Wirtschaftswissenschaftlern wie Prof. Dr. Michael Hüther und Professor Dr. Rolf Peffekoven.

Nicht immer ist das große Forum auch das wirkungsvollste: Regelmäßige Hintergrundgespräche im Haus der Unternehmer dienen dem Dialog zwischen Politik und Wirtschaft. In kleiner Runde treffen Unternehmerinnen und Unternehmer mit Ministern, Staatssekretären, Fraktionschefs oder Parlamentariern zusammen und tauschen Standpunkte aus.

Etwa in der Mitte zwischen beiden Veranstaltungen stehen die Unternehmerforen, bei denen hochrangige Experten zu aktuellen Themen Stellung nehmen – von der Zukunft der Arbeit bis zur Reform des Steuer- oder Sozialsystems. Hinzu kommen Unternehmertreffen mit spannenden Führungen durch die gastgebenden Mitgliedsbetriebe.

Das Haus der Unternehmer sieht viele Gäste in ihren unterschiedlichen Rollen immer wieder: Der Mitgliedsunternehmer tagt hier auch mit seinem Lions Club oder ist wegen seines sozialen Engagements Ehrengast bei einem Empfang der Landesregierung.

Die Service-Tochter UnternehmerHaus AG trägt viel zum Netzwerk bei – etwa durch das regelmäßige Unternehmer-Frühstück namens „Business Break“ in insgesamt fünf Städten. Dabei trifft man sich morgens am Büffet, tauscht sich in lockerer Atmosphäre aus, lauscht einem Kurzreferat oder diskutiert mit Journalisten und Bankvorständen.

Wer bei all dem an das Knüpfen von Geschäftskontakten denkt, liegt sowohl falsch als auch richtig. Kein noch so sympathischer persönlicher Kontakt führt am fairen Wettbewerb vorbei. Allerdings ist das Bewusstsein, derselben starken Gemeinschaft anzugehören, nicht selten Anlass, den Geschäftspartner bewusst unter den Verbandsmitgliedern zu suchen.

Stark in Arbeitsrecht und Tarifverhandlungen (Foto Mitte) steht die UVG für selbstbewusstes Unternehmertum in der ganzen Region.

Wir schärfen unser Profil

Im Gespräch mit Heinz Lison

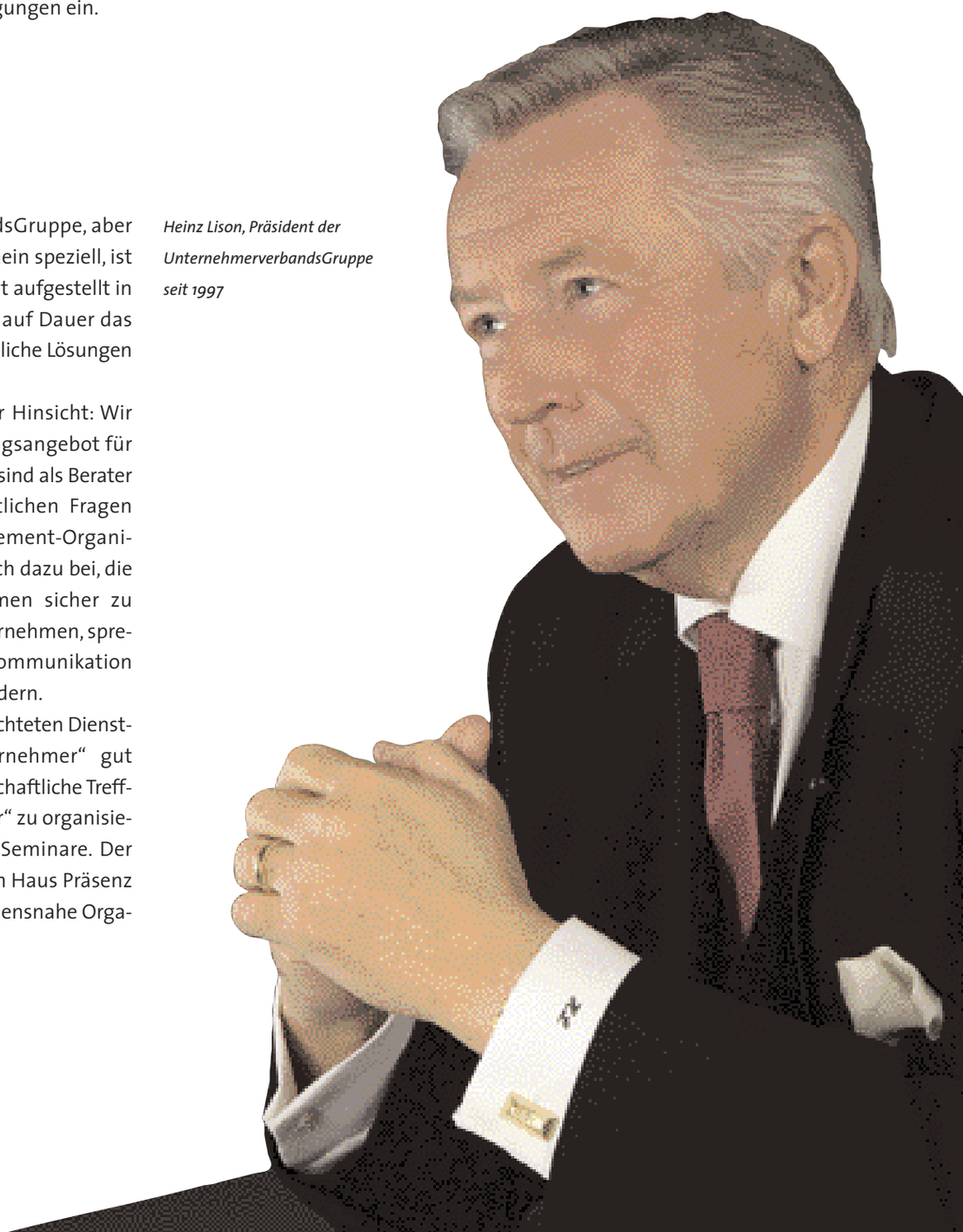
Heinz Lison, Jahrgang 1943, führt seit 1997 als Vorstandsvorsitzender den Unternehmerverband der Metallindustrie Ruhr-Niederrhein und als Präsident die UnternehmerverbandsGruppe. Heinz Lison ist nach seiner Gesellschafterfunktion heute Generalbevollmächtigter der ms NEUMANN ELEKTRONIK GMBH. Dieses mittelständische Unternehmen ist bekannt durch seine Notrufsäulen an den Autobahnen und auf Bahnhöfen. Heinz Lison vertritt mit klarer Sprache die Interessen der Unternehmen und gehört der kleinen Verhandlungsdelegation der Metall-Arbeitgeber im Tarifbezirk Nordrhein-Westfalen an. Auch als Stellvertretender Präsident der IHK für Essen, Mülheim an der Ruhr und Oberhausen zu Essen und als Sprecher der Mülheimer Wirtschaft setzt er sich für bessere wirtschaftliche Rahmenbedingungen ein.

Wie würden Sie die Unternehmerverbands-Gruppe charakterisieren?

Heinz Lison: Die UnternehmerverbandsGruppe, aber auch der Metallverband Ruhr-Niederrhein speziell, ist sehr gut aufgestellt für die Zukunft. Gut aufgestellt in der Tariflandschaft, in der die Partner auf Dauer das Mittel der Öffnungsklauseln für betriebliche Lösungen zunehmend nutzen werden.

Gut aufgestellt aber auch in weiterer Hinsicht: Wir halten ein umfassendes Dienstleistungsangebot für unsere Mitgliedsunternehmen vor. Wir sind als Berater bei arbeitsrechtlichen und tarifrechtlichen Fragen bestens vorbereitet. Unsere Management-Organisation ist vorbildlich und trägt erheblich dazu bei, die Kommunikation mit den Unternehmen sicher zu stellen. Wir haben das Ohr in den Unternehmen, sprechen auf Augenhöhe, weil wir diese Kommunikation zwischen Verband und Mitgliedern fördern.

Nicht zuletzt sind wir dank des neu errichteten Dienstleistungszentrums „Haus der Unternehmer“ gut aufgestellt. Wir sind in der Lage, gesellschaftliche Treffpunkte hier im „Haus der Unternehmer“ zu organisieren. Wir ermöglichen Tagungen und Seminare. Der Unternehmerverband zeigt mit diesem Haus Präsenz und profiliert sich selbst als unternehmensnahe Organisation.



Heinz Lison, Präsident der UnternehmerverbandsGruppe seit 1997

Wo liegen weitere
Stärken des Verbandes
und der Gruppe?

Heinz Lison: Man darf nicht vergessen: Wir sind räumlich breit präsent. Das Gebiet des Metallverbandes reicht bis nach Emmerich, umfasst den Kreis Borken und Kreis Wesel sowie die Städte Duisburg – wo wir traditionell stark sind –, Mülheim an der Ruhr und Oberhausen. Dazu kommt, dass die Gruppe drei weitere bundesweit agierende Verbände umfasst. Eine solche Verbindung von regionalen und bundesweiten Verbänden gibt es in Deutschland nicht ein zweites Mal. Im Metallverband NRW – auch das hat lange Tradition – hat Ruhr / Niederrhein eine starke Position. Wir sitzen bei den Tarifverhandlungen mit am Tisch, sind in das gesamte Netzwerk des Metallverbandes eingebunden, führen einen intensiven Dialog mit METALL NRW und GESAMTMETALL.

Welche Bedeutung hat
dabei das Ehrenamt?

Heinz Lison: Eine sehr große. Was mir wichtig ist: Ich möchte dem Ehrenamt Dank sagen. Es ist ja nicht ganz selbstverständlich, dass Vorstandsmitglieder für eine einstündige Sitzung hier in Duisburg 70 oder 80 Kilometer fahren. Sie tun dies in der Regel nach Feierabend und sie haben ja auch selbst Familie. Dennoch engagieren sie sich, weil sich unsere Ergebnisse sehen lassen können. Das macht dann auch Spaß, dabei zu sein. Wir kennen keine Nachwuchssorgen.

Wo liegen Kontinuitätslinien innerhalb
der 100 Jahre?

Heinz Lison: Vor allem in der Tarifarbeit als Hauptwesensmerkmal unserer Arbeit. Das wird auch in Zukunft so sein, wenn sich im Tarifrecht nichts wesentlich ändert. Wir bringen unsere Ideen ein, um das Verhältnis von Arbeitnehmern und Arbeitgebern zu optimieren. In dieser Pflicht fühlte sich bereits der 1906 gegründete Verband. Durchgängig ist sicher auch die beratende Funktion in Rechtsfragen, und wir nehmen auch weiterhin und möglicherweise noch stärker als in vergangenen Jahrzehnten zu Wirtschaftsthemen Stellung, die uns betreffen. Denn es ist schon ein Unterschied, ob ein einzelner Unternehmer seine Bedenken und Anregungen äußert oder ob wir als Verband in die Öffentlichkeit gehen.

Wie beurteilen Sie die
Zukunftsaufgaben?

Heinz Lison: Ganz wichtig: Wir sind auf die kommenden Aufgaben vorbereitet, haben uns zeitgerecht auf allen Ebenen in Position gebracht. Wir wollen innovativ tätig sein und uns in die Diskussion der großen Fragestellungen mit neuen Ideen einbringen. Wir stellen ständig höhere Ansprüche an uns. Das bedeutet auch, dass wir unser Profil als Dienstleister schärfen müssen. Ich nenne hier als Beispiel eine Beratung im ausländischen Arbeitsrecht. Viele Unternehmer wissen nicht genau, was alles auf sie zukommt, wenn sie sich etwa in Ungarn oder Tschechien engagieren. Da sind wir als Verband gefordert.
In den Tarifverhandlungen wird die Bedeutung der Öffnungsklauseln nach meiner Einschätzung weiter wachsen. Bereits jetzt arbeiten über 400 Unterneh-

men in NRW mit diesen Öffnungsklauseln. Es sind also keine Ausnahmen mehr. Diese betriebliche Öffnung sichert auch der Flächentarifvertrag, der vor allem für die großen Unternehmen von Bedeutung ist. Gleichzeitig können wir auf individuelle Gegebenheiten etwa bei den mittelständischen Firmen reagieren.

Die Gruppe wagt sich auch an ganz neue Aufgaben heran, etwa durch den Unternehmerverband Mülheimer Wirtschaftsvereinigung als privater Partner der Kommune. Ist das ein Zukunftsmarkt?

Heinz Lison: Wir sind diese Public Private Partnership eingegangen, weil es uns in Mülheim notwendig und sinnvoll erschien. Und wir werden das wieder tun, wenn es sich entsprechend der Verhältnisse anbietet. Aber man kann nicht sagen, dass es sich um eine originäre Aufgabe des Unternehmerbandes handelt. Wir werden nicht übers Land gehen und überall Wirtschaftsförderungsgesellschaften gründen. Hier wird es mittelfristig ohnehin zu mehr regionalen Lösungen kommen. Die MEO-Region (Mülheim-Essen-Oberhausen) bietet sich da an. Die Kirchturmlösungen, die auch einen gnadenlosen Wettbewerb unter den Städten auslösen, werden auf die Dauer nicht mehr mit einer Förderung durch die Landesregierung rechnen können. Grundsätzlich aber gilt: Wir verfügen über Mittel und wollen sie nicht bloß verwalten, sondern setzen sie ein, um zu gestalten. Geld muss arbeiten.

Im Ruhrgebiet sind in den vergangenen Jahrzehnten viele Arbeitsplätze verloren gegangen. Kann der Verband einen Beitrag leisten, neue Jobs zu schaffen?

Heinz Lison: Es kann nicht die Aufgabe des Unternehmerverbandes sein, Arbeitsplätze zu schaffen. Das ist die Aufgabe der Unternehmen. Natürlich ist es unser Interesse, dass Arbeitsplätze im Land erhalten bleiben, und damit werden auch mittelbar neue geschaffen. Anders bei der Ausbildung. Hier sind wir durchaus gefordert. Wir nehmen unsere Mitgliedsunternehmen in die gesellschaftliche Pflicht. Aber die Unternehmen müssen gar nicht groß von uns bedrängt werden. Wir werben dafür, mit dem Pfund einer guten Ausbildung zu wuchern. Wir stehen zum dualen Ausbildungssystem in Deutschland. Es führt zu guten Ergebnissen.

Wie sehen Sie die Entwicklung auf dem Ausbildungsmarkt?

Heinz Lison: Das Problem, das wir jetzt haben, wird sich in nächsten Jahren verändern. Momentan bleiben Jugendliche unversorgt. Die demografische Entwicklung macht es deutlich: 2010 werden wir nicht zu wenig Ausbildungsplätze haben, sondern zu wenig

Auszubildende. Deshalb müssen wir die Zeit jetzt nutzen. Bereits jetzt ist ein gut ausgebildeter Werkzeugmacher auf dem freien Arbeitsmarkt kaum zu finden. Sie werden direkt nach der Ausbildung übernommen.

Welche Auswirkungen hat der Strukturwandel auf den Verband?

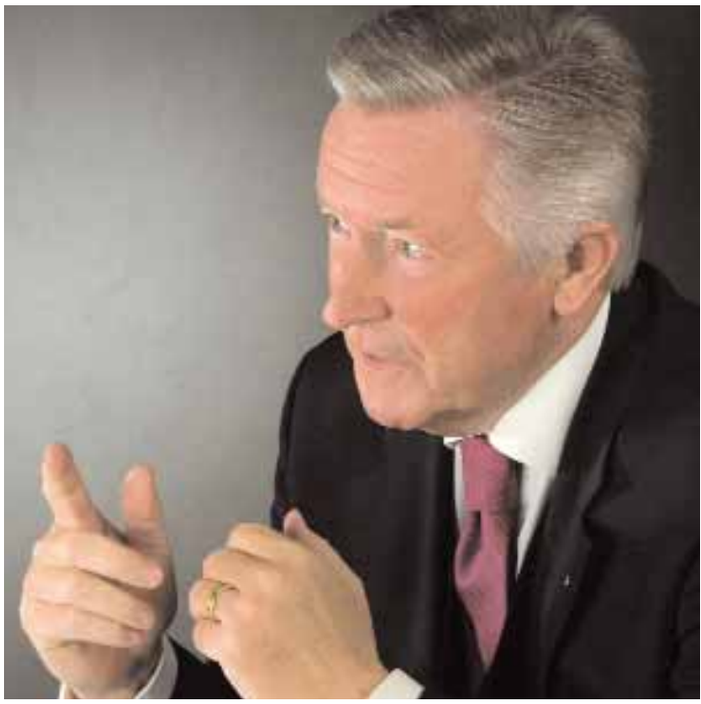
Heinz Lison: Das Wort Strukturwandel ist vielleicht eines der Unwörter der vergangenen Jahre. Es bezieht sich vor allem auf die Energiewirtschaft. Aus Sicht der Bayern hat der Strukturwandel stattgefunden, wenn auch die letzte Zeche im Ruhrgebiet geschlossen hat. Ich bin der Auffassung, dass hier Milliarden an Subvention geflossen sind, die man besser anders eingesetzt hätte. Ein sanfter Übergang wäre damit möglich gewesen, statt Arbeitsplätze mit Subventionen zu erhalten.
Weiter gedacht hat es Strukturwandel immer in der Wirtschaft gegeben. Denn Wandel auch von Technologien gibt es immer schon. Wir haben hier in der Region hochentwickelte Unternehmen, in der Medizintechnik, im Metallbau oder der Elektronik. Wir verfügen über hoch entwickelte Strukturen, haben große Stärken, zum Beispiel, was die kurzen Wege für Zulieferer angeht.
Wir sind besser, als es manchmal dargestellt wird. Vor allem außerhalb der Region. Wenn es mal in einer Tarifverhandlung knirscht, verlagere ich nicht gleich die Produktion an einen anderen Standort.

Dennoch verlagern Unternehmen ihren Standort.

Heinz Lison: Auch das ist ganz normal im Wirtschaftsleben. Die Unternehmen sind dort, wo die Märkte sind. Wenn wir ein Geschäft in Russland machen, dann müssen wir auch dafür sorgen, dass wir den Support dort leisten. Sonst kommt es erst gar nicht zu einem Abschluss.

Was zeichnet den Unternehmer heute aus?

Heinz Lison: Seine Teamfähigkeit. Den Typ Patriarch, wie er ihn zu Beginn der Industrialisierung dominierte, wird es immer weniger geben. Die Hierarchien werden flacher. In den Start-up-Unternehmen setzt man sich zusammen und diskutiert die Dinge. Da ist die



Ansprache auch eine ganz andere. Man duzt sich. Den Chef zu duzen – das hätte es vor 30 Jahren nicht gegeben. Der Unternehmer ist in diesem Team der Primus inter pares. Er hat eine herausgehobene Stellung, denn er trägt das Risiko, das Unternehmen arbeitet mit seinem Geld.
Diese Entwicklung zum Teamspieler hat auch etwas mit der Komplexität des Wissens zu tun. In der Elektronik brauche ich drei oder vier Leute, um eine Idee entwickeln zu können. Da muss jemand etwas von Software verstehen, von Hardware, wie die Schaltung gebaut wird. Das Wissen ist heute modular auf mehrere Personen verteilt. Die Idee kommt sicher nach wie vor vom Unternehmer. Das zur Umsetzung notwendige Wissen verteilt sich jedoch auf mehrere Personen.

Gehen dadurch die öffentlich wirksamen Unternehmerpersönlichkeiten verloren?

Heinz Lison: Sie stehen nicht mehr so im Vordergrund. Das liegt auch in einer anderen Entwicklung begründet. Der Mittelstand wird sich von seiner Struktur her

verkleinern. Wir haben dann mehr Unternehmen. Aber wir haben weniger Großbetriebe. Ein Start-up-Unternehmen, das heute gegründet wird, hat nach zehn Jahren vielleicht 40 oder 50 Mitarbeiter. Natürlich engagiert es sich in der Gesellschaft, doch vielleicht nicht als Einzelunternehmen, sondern in einer Gruppe. Da tritt dann der Unternehmer nicht mehr so deutlich hervor.

Wie hat sich das Verhältnis zu den Gewerkschaften entwickelt?

Heinz Lison: Ich habe ein konstruktives Verhältnis zu den Gewerkschaften. Das gilt auch für die Gruppe und die Verbände. Auch auf regionaler Ebene der Geschäftsführung und des Ehrenamts haben wir ein funktionierendes Verhältnis und pflegen einen respektvollen Umgang. Dieser Respekt, den man sich im persönlichen Bereich zollt, hält dann auch Verhärtungen bei tariflichen Auseinandersetzungen aus. Was mir wichtig ist: Wir brauchen die Tarifpartner. Mit wem sollten wir sonst in Dialog treten, um die anstehenden Fragen zu lösen? Unternehmerverband und Gewerkschaften sind kommunizierende Röhren, die miteinander verbunden sind und aufeinander reagieren. Ich sehe uns deshalb nicht als Feinde, sondern vielmehr als Partner. Vielleicht sieht man das auch daran, dass sich in unserem Haus der Unternehmer auch Gewerkschafter zu Seminaren und Tagungen treffen.

Wo bewegt sich der Unternehmerverband im politischen Raum?

Heinz Lison: Wir sind parteipolitisch neutral. Dass uns bestimmte politische Programmaussagen näher sind als andere, ist verständlich. Aber wir pflegen eine überparteiliche Haltung. Wir betreiben Lobbyarbeit und vertreten unsere Interessen in der Öffentlichkeit. Dabei haben wir uns ganz selbstverständlich mit der Macht zu beschäftigen, setzen uns mit den Machtinhabern auseinander. In unserem Haus sind Politiker zu Gast, bei Diskussionsveranstaltungen zum Beispiel. Natürlich stellen wir auch der Politik unsere Position zu Fragestellungen und Themen vor.

Was nehmen Sie mit aus 100 Jahren Unternehmerverband?

Heinz Lison: Die Vergangenheit hat gezeigt, dass die Unternehmerverbände ihre Daseinsberechtigung hatten und auch weiterhin haben werden. Einen Beleg sehe ich darin, dass wir einen Mitgliederzuwachs haben. Wir müssen aber auch weiterhin Unternehmen akquirieren. Das geht nur, wenn wir durch unser Angebot deutlich machen, was wir als Verband leisten können. Wir haben viel erreicht und leisten gute Arbeit. Wir können zufrieden sein. Aber nicht in der Art zufrieden, dass wir uns auf dem Erreichten ausruhen können oder wollen. Alles lässt sich besser machen. Und wir wollen es besser machen.

Das Haus der Unternehmer

Mittelpunkt eines großen gesellschaftlichen und unternehmerischen Netzwerkes

Big Business im neuen Domizil

Forum der Begegnung, Beratung und Betreuung

Seit der Einweihung am 25. Mai 2000 bietet das Haus der Unternehmer zahlreiche Tagungs-, Schulungs- und Veranstaltungsmöglichkeiten. Ob Tarifverhandlungen, Firmenpräsentationen, Fortbildungsseminare, Vorträge oder gar Weihnachtsfeiern und Hochzeiten – das Haus der Unternehmer zählt dank seines modernen Gebäudekomplexes inklusive Restaurantküche zu den modernsten Treffpunkten für die Wirtschaft und Politik sowie für die Bürgerinnen und Bürger der Ruhr-Niederrhein-Region. Ob in den Klub-Lounges, den Weinstuben im Untergeschoss, dem Auditorium oder den Tagungsräumen – die Räumlichkeiten des Hauses bieten reichlich Kommunikations- und Begegnungsplattformen unterschiedlicher Größe für persönliche und geschäftliche Kontakte. Das Haus der Unternehmer ist über die Grenzen Duisburgs hinaus eine erste Adresse für Business-to-Business-Kommunikation.

Die UnternehmerHaus AG als Systemdienstleister

Das Haus der Unternehmer an der Düsseldorfer Landstraße 7 hat neben seiner Funktion als Tagungs- und Veranstaltungszentrum noch viel mehr zu bieten. Die sogenannte Business School offeriert an gleicher Stelle moderne Weiterbildung mit hohem Individualisierungsgrad. Seit 2000 engagiert sich die UHS AG in Kooperation mit der UnternehmerverbandsGruppe in einer Reihe von unternehmerisch relevanten Themenfeldern. Treffpunkt ist auch hier das Haus der Unternehmer.

Die UnternehmerHaus AG versteht sich als Systemdienstleister in vier Bereichen: Beratung bei zentralen Unternehmensfragen, Qualifizierung von Mitarbeitern, Ausrichtung von Veranstaltungen und Events sowie Bereithaltung von Personaldienstleistungen. Hinzu kommt ein starkes Engagement in von der EU und dem Land NRW geförderten Projekten – etwa an den Schnittstellen zwischen der schulischen Bildung und der Ausbildung in den Betrieben. Ab 2006 bietet die AG auch die Rhein-Ruhr Executive School an, ein zweisemestriges Weiterbildungsangebot der Betriebswirtschaftslehre, entstanden in Zusammenarbeit mit der Universität Duisburg-Essen.

Vom Offizierskasino zum Forum

Das Haus der Unternehmer – ein Forum der Begegnung, der Beratung und der Betreuung. Ein Treffpunkt zur Weiterbildung, zum Erfahrungsaustausch und zur Inanspruchnahme von Dienstleistungen. Aber auch ein Ort der Kommunikation in angenehmer Atmosphäre. Und: Für Historiker weist das Haus der Unternehmer eine wechselvolle und interessante Geschich-

Übergang in eine neue Zeit – das Haus der Unternehmer

Im Mai 1973 setzten Duisburgs Oberbürgermeister Josef Krings, Geschäftsführer Karlheinz Schmeer und der Verbandsvorsitzende Wolf Aengeneyndt ein „Rufzeichen". Die Plastik des Künstlers Prof. Fritz Koenig hat inzwischen einen neuen Platz auf dem Gelände des Hauses der Unternehmer gefunden. Unten Karlheinz Schmeer heute.

te auf. Besteht das rund 3.500 Quadratmeter große Gebäude doch im historischen Kern aus einem mehr als 70 Jahre alten ehemaligen Offizierskasino, das aufwändig saniert wurde, und einem 1999/2000 gebauten, technisch anspruchsvollen Neubau. Der vordere Teil des Hauses der Unternehmer entstand bereits 1937. Dem einstigen Kasino fehlt jedoch jedes militärische Flair. Im Gegenteil, durch die Verwendung von niederrheintypischem Baumaterial und dank seiner harmonischen Bauweise weiß das alte Gebäude auch heute noch zu beeindrucken.

Ähnlich wie das AVUR-Verbandshaus in der Mülheimer Straße 48 wurde das ehemalige Kasernengelände Ende 1944 stark zerstört. Erst drei Jahre nach Kriegsende erfolgte 1948 der Wiederaufbau für die britischen Streitkräfte. Auf dem kompletten Ex-Kasernengelände entstanden die „Glamorgan Barracks" – so die Bezeichnung für die Kaserne unter britischer Führung. Wie auch zuvor diente das gegenüber liegende Kasino als Treffpunkt der Offiziere und ihrer Gäste.

Einzug zur Jahrtausendwende

Nach der deutschen Wiedervereinigung im November 1989 zogen die Briten aus Duisburg ab. Das Gelände gehörte ab dem Frühjahr 1993 der Bundesvermögensverwaltung. In den nun folgenden Jahren sah das Gebäude an der Düsseldorfer Landstraße viele Mieter sowie Pläne kommen und gehen. So mietete sich der Fernsehsender VIVA einige Zeit dort ein. Ende der 1990er Jahre kaufte der Unternehmerverband der Metallindustrie Ruhr-Niederrhein das Grundstück rund um das ehemalige Offizierskasino und errichtete dort seinen neuen Hauptsitz. Gemäß den Denkmalschutzauflagen wurde das alte Kasino rekonstruiert und modernisiert. Gleichzeitig begannen die Bauarbeiten für den Verwaltungstrakt sowie das Auditorium mit seinen Tagungsräumen. Auch die Außenanlagen wurden neu gestaltet. Am 25. Mai 2000 konnte die Einweihung des Hauses der Unternehmer gefeiert werden. Dies ist auch das Gründungsjahr der UHS AG.

Zahlen und Fakten zum Haus der Unternehmer

Baubeginn	*1999*
Einweihung	*25. Mai 2000*
Quadratmeter total	*3.518*
Mitarbeiter/innen	*über 50 bei der UVG und der UHS AG*

Alles unter einem Dach – das Verbandshaus

Hausnummer 48 auf der Mülheimer Straße – von 1924 bis zum Jahr 2000 die Adresse des Unternehmerverbandes

Nach seiner Gründung hatte der Duisburger Arbeitgeber-Verband viele Jahre lang kein eigenes Dach über dem Kopf. Genauer gesagt: Da die Geschäftsführung des Verbandes von der Firma Phoenix Aktiengesellschaft Duisburg-Ruhrort nebenamtlich wahrgenommen wurde, übernahmen auch Schreibkräfte in der Phoenix-Zentrale den verbandsinternen Schriftverkehr. Verbandstreffen fanden logischerweise auch dort statt. Mitgliederversammlungen wurden beispielsweise im Duisburger Mercatorhaus oder in der städtischen Tonhalle abgehalten – allerdings noch nicht im jährlichen Turnus.

Erst 1919 erhielten der AVUR und der „Bruderverband“ ARMEA – Arbeitgeberverband der Maschinenfabriken und Eisenbauanstalten – eine gemeinsame Geschäftsstelle, und zwar das Duisburger Mercatorhaus. Dort residierte erstmals auch eine hauptamtliche Geschäftsführung. Aufgrund der zahlreichen und zeitintensiven Aufgaben war die Verwaltung und Führung des Verbandes nun nicht mehr nur neben- oder ehrenamtlich zu managen. Eine repräsentative Zentrale mit eigenen Büros, Tagungsräumen und Telefonen war dringend notwendig geworden.

Fünf Jahre später, 1924, bot sich die Gelegenheit, die sogenannte Röchlingsche Villa in der Mülheimer Straße 48 in Duisburg zu erwerben. Dort sollte der Verband viele Jahrzehnte lang seine Geschäftsstelle haben. Mit einer Unterbrechung: Ab 1934 war die Villa nicht mehr offizieller Standort des AVUR, da der Verband von den Nazis aufgelöst wurde. Stattdessen diente das Haus als Schulungsstätte der „Deutschen Arbeitsfront“.

Am Ende des Zweiten Weltkrieges lag auch die einstige AVUR-Geschäftsstelle in Schutt und Asche. In einer Bombennacht

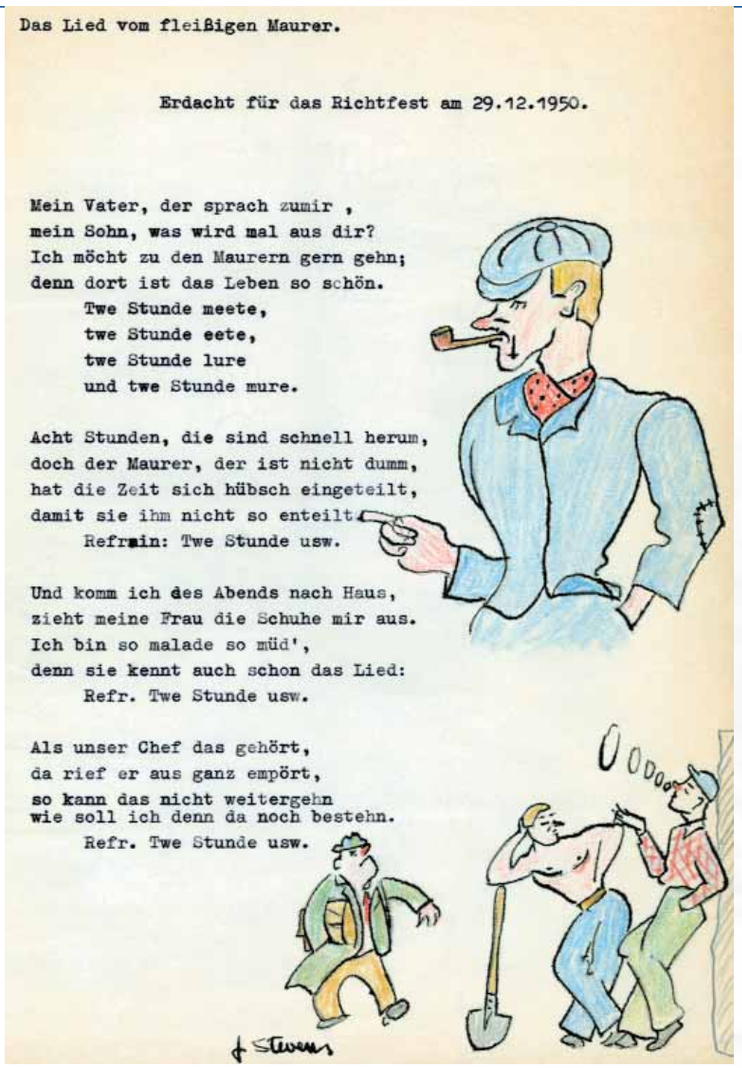
Alles unter einem Dach – das Verbandshaus

Die „fleißigen Maurer" hatten im Juli 1951 ihr Werk längst vollbracht. Der Einzug ins alte, neue Haus konnte vollzogen werden.

brannte die Villa bis auf die Grundmauern ab. Die Nutzung war zunächst unmöglich. In den Nachkriegsjahren konnte allerdings an ein geordnetes Verbandsleben mit Büro und Sekretärin ohnehin zunächst nicht gedacht werden. Erst drei Jahre nach Kriegsende – 2. Juli 1948 – kann Hans Aengeneyndt in seiner Funktion als Chef der Maschinenfabrik J.H. Schmitz Söhne in Duisburg-Homberg dem Verbands-Geschäftsführer Dr. Willy Wasser zur Eröffnung des vorerst provisorischen Geschäftszimmers in der Friedrich-Wilhelm-Straße 26 – der Wohnung der Firmenmitinhaberin Else Berninghaus von der Firma Ewald Berninghaus – gratulieren und mit einem Blumenstrauß über den Mangel an Schreib- und Büromaterial hinwegtrösten.

Ab November 1948 mietete der Verband – ebenfalls provisorisch – fünf zusammenhängende Räume im Duisburger Tausendfensterhaus (Ruhrorter Straße 87, Zimmer 334). Um die neue Geschäftsstelle einzurichten, forschte die Geschäftsführung des Arbeitgeberverbandes für die Eisen- und Metallindustrie Duisburg nach dem ehemaligen Inventar des AVUR-Verbandshauses – darunter ein rotbraunes Klubsofa mit drei passenden Klubsesseln, ein sechsbeiniger Rauchtisch aus dunkler Eiche, vier Ölgemälde sowie eine Wintergartenmöbel-Garnitur und ein Kronleuchter. In einem Schreiben vom 8. Dezember 1948 an den Handlungsbevollmächtigten Fehmers der August-Thyssen-Hütte heißt es: „Wir bemerken noch, dass die aufgeführten Einrichtungsgegenstände einen Teil des Inventars des AVUR darstellt, welches insgesamt durch einen Scheinvertrag, um es dem Zugriff der Arbeitsfront zu entziehen, zum Preise von zusammen RM 1000,- an die August-Thyssen-Hütte verkauft worden ist." Die Möbel-Fahndung war übrigens erfolgreich: Einige „Leihgaben" wurden zwar durch Bombeneinschläge vernichtet, doch zwei Klubsessel, drei Bilder und der Kronleuchter konnten tatsächlich im Kasino der August-Thyssen-Hütte ausfindig gemacht und – wenn auch teilweise reparaturbedürftig – zurückgegeben werden.

Schon früh nach Kriegsende reifte der Wunsch, das traditionsreiche Haus auf der Mülheimer Straße 48 wieder aufzubauen. Jedes Mitglied


Das Lied vom fleißigen Maurer.

Erdacht für das Richtfest am 29.12.1950.

Mein Vater, der sprach zumir ,
mein Sohn, was wird mal aus dir?
Ich möcht zu den Maurern gern gehn;
denn dort ist das Leben so schön.
Twe Stunde meete,
twe Stunde eete,
twe Stunde lure
und twe Stunde mure.

Acht Stunden, die sind schnell herum,
doch der Maurer, der ist nicht dumm,
hat die Zeit sich hübsch eingeteilt,
damit sie ihm nicht so enteilt.
Refrain: Twe Stunde usw.

Und komm ich des Abends nach Haus,
zieht meine Frau die Schuhe mir aus.
Ich bin so malade so müd',
denn sie kennt auch schon das Lied:
Refr. Twe Stunde usw.

Als unser Chef das gehört,
da rief er aus ganz empört,
so kann das nicht weitergehn
wie soll ich denn da noch bestehn.
Refr. Twe Stunde usw.

wurde im Juli 1950 – gemäß seinen finanziellen Mitteln – aufgefordert, einen Anteil an der Sonderumlage in Höhe von insgesamt 65.000,- DM zum Wiederaufbau der Röchlingschen Villa zu leisten. Für die Komplettsanierung wurde bei einer Sitzung des regelmäßig tagenden Bauausschusses (27. Juni 1950) unter Vorsitz von Dr. Wasser in Anwesenheit des Architekten Josef Schneider die Summe von rund 120.000,- DM veranschlagt. Knapp ein Jahr später konnte das Haus der Unternehmer am 16. Oktober 1951 offiziell eröffnet werden. Oder wie es Verbandspräsident Hans Aengeneyndt zur Einweihung formulierte: „Im Dienste des sozialen Friedens soll die ‚Mülheimer Straße 48' wieder wie ein einst ein Begriff für Duisburg und den ihm zugeordneten niederrheinischen Raum werden!" Neun Beschäftigte zählte die Geschäftsstelle zu dieser Zeit. Der Geschäftsführer hatte eine eigene Wohnung in der Villa und durfte Garten sowie Garage nutzen. Diese Regelung galt bis zur Pensionierung von Dr. Schmeer (1985), danach wurde die Privatwohnung des Geschäftsführers in dringend benötigte Büroräume umgewandelt.

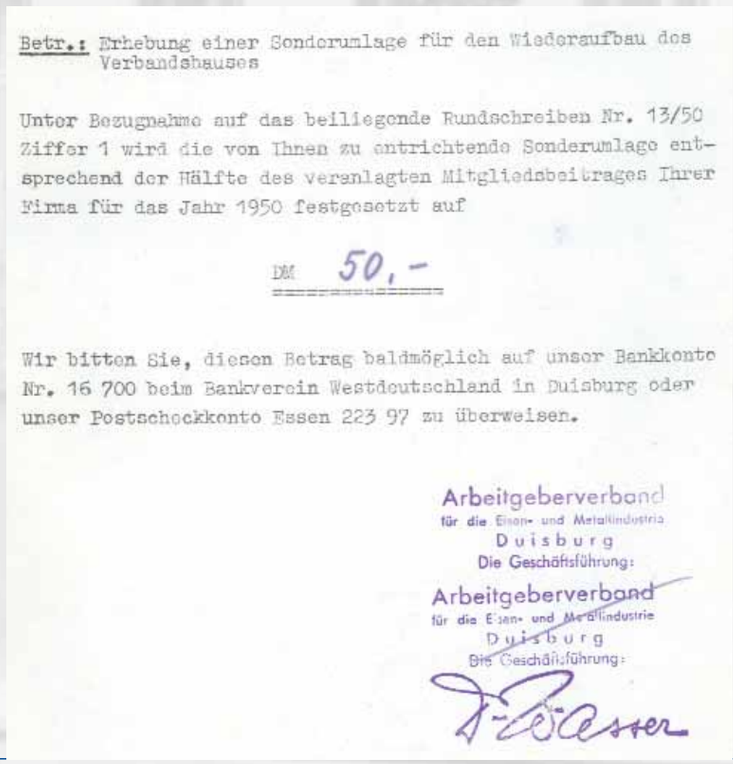
Apropos Mitarbeiter! Die Zahl stieg nach der Neugründung des Verbandes im Jahr 1948 stetig. Und der Verband war um ihr Wohl besorgt. So schaltete man Anzeigen zur Wohnungssuche für die auch schon mal „Gefolgschaft" genannten Mitarbeiter (November 1955) oder organisierte einen gemeinsamen Betriebsausflug. Der erste nachweisbare fand am 9. August 1956 statt. Und der Betriebsausflug wurde auch als Betriebsversammlung genutzt, wie ein handschriftliches Dokument im Archiv beweist. Neben der Begrüßung durch den Reiseleiter und der Besprechung der Reiseroute standen Themen wie Zusammenarbeit im gemeinsamen Interesse, Organisation der Geschäftsstelle sowie Bitte nach Anregungen und Kritik auf der Tagesordnung.

Das neu aufgebaute Haus der Unternehmer aus war bereits im April 1954 zu klein. Man erhielt vom Bauaufsichtsamt die Genehmigung für den Anbau von drei Büroräumen inklusive Glasüberdachung sowie einer Garage. Der Erweiterungsbau lag an der hinteren Front des Hauses an der Mülheimer Straße 48 – im Bereich der Terrasse und an das Treppenhaus anschließend.

Im Mai 1973 stand die Röchlingsche Villa im Mittelpunkt einer besonderen „Vernissage". Der weltbekannte Künstler Prof. Fritz König ließ im Vorgarten sein berühmtes „Rufzeichen" aufstellen. Viele Jahre lang sollte das Kunstwerk für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Duisburg sowie für die Verbandsmitglieder ein Symbol mit Aussagekraft sein. Seit dem Umzug ins Haus der Unternehmer auf der Düsseldorfer Landstraße ist das „Rufzeichen" im Garten am Auditorium zu finden. Es wirkt aber auch im Titel der Verbandszeitung [unternehmen!] bis heute nach.

Die einstige Röchlingsche Villa ist seit 1999 nicht mehr in Besitz der UnternehmenrverbandsGruppe.

Nach einer wechselvollen und langen Geschichte reichten die Platzkapazitäten nicht mehr, um den gewachsenen Ansprüchen des Verbandes gerecht zu werden. Daher zog man im Mai 2000 pünktlich zur Jahrtausendwende in das neue großzügige Domizil in der Düsseldorfer Landstraße 7. Das alte Stammhaus an der Mülheimer Straße 48 bietet jetzt einer Zahnchirurgischen Privatklinik ein Dach über dem Kopf.



Betr.: Erhebung einer Sonderumlage für den Wiederaufbau des Verbandshauses

Unter Bezugnahme auf das beiliegende Rundschreiben Nr. 13/50 Ziffer 1 wird die von Ihnen zu entrichtende Sonderumlage entsprechend der Hälfte des veranlagten Mitgliedsbeitrages Ihrer Firma für das Jahr 1950 festgesetzt auf

DM 50,-

Wir bitten Sie, diesen Betrag baldmöglich auf unser Bankkonto Nr. 16 700 beim Bankverein Westdeutschland in Duisburg oder unser Postscheckkonto Essen 223 97 zu überweisen.

Arbeitgeberverband
für die Eisen- und Metallindustrie
Duisburg
Die Geschäftsführung:

Arbeitgeberverband
für die Eisen- und Metallindustrie
Duisburg
Die Geschäftsführung:

Jedes Mitglied leistete seinen Obolus zum Wiederaufbau des Verbandshauses per Sonderumlage.

Vorsitzende des AVUR bzw. UVM

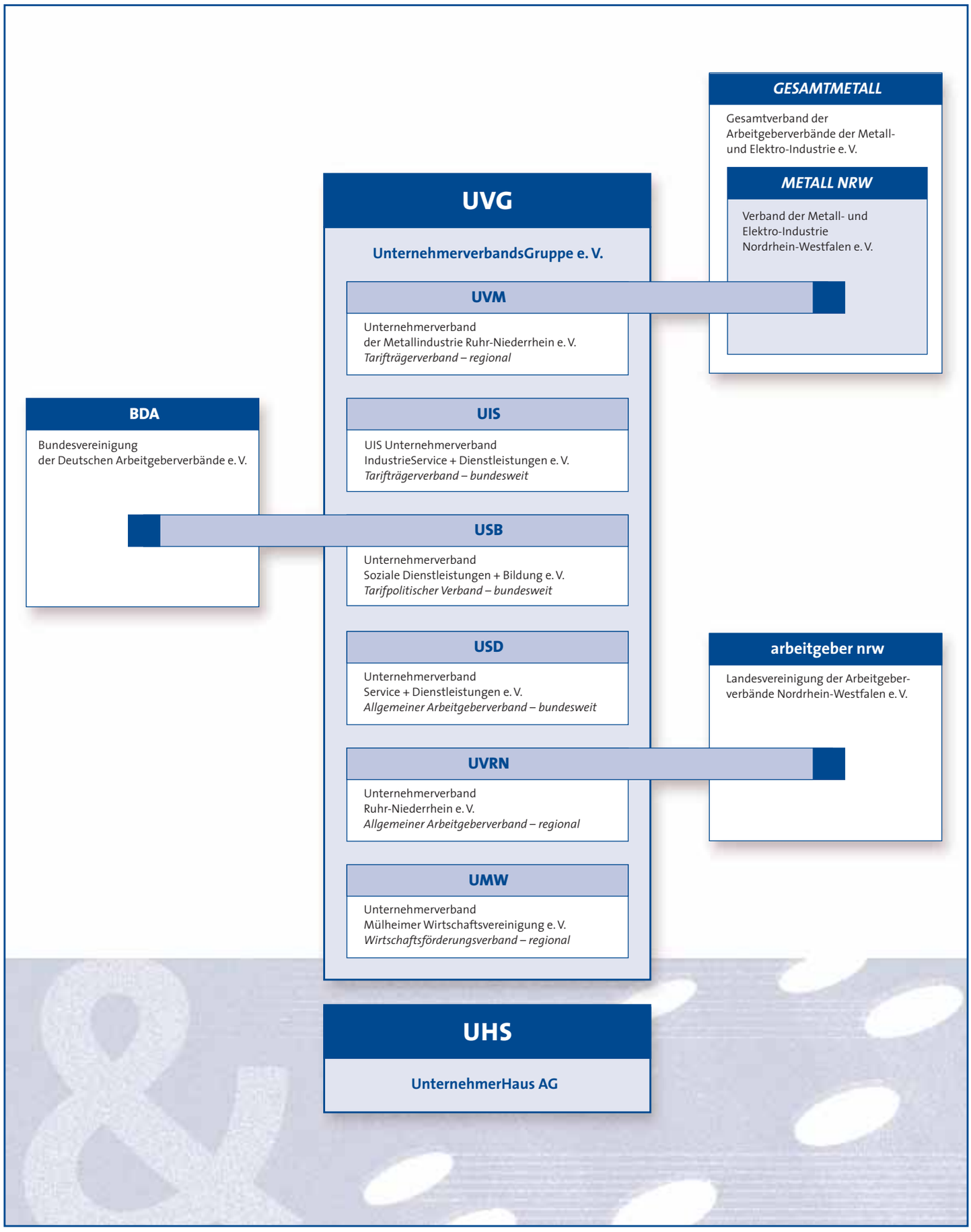
1911 – 1917	Karl Harr	
1917 – 1926	Direktor Schreiber	
1926 – 1932	Dr. Wilhelm Esser	
1932 – 1933	Dr. Franz Bartscherer	
1948 – 1958	Hans Aengeneyndt	
1958 – 1969	Alfred F. Flender	
1969 – 1991	Dr. Wolf Aengeneyndt	
1991 – 1996	Dr. Uwe Klumb	
1996 – 1997	Heribert J. Wiedenhues, Klaus Fassin	
(kommissarische Leitung)		
seit 1997	Heinz Lison	

Geschäftsführer im Überblick

1906 – 1919	Eduard Huster (ehrenamtlich)	
1919 – 1933	Gustav Maag	
1924 – 1933	Max Lobeck	
1948 – 1961	Dr. Willy Wasser	
1961 – 1985	Dr. Karlheinz Schmeer	
1985 – 1994	Dr. Franz-Josef Grotkamp	
1994 – 2001	Hans Hermann Westedt	
seit 2001	Wolfgang Schmitz	

100 Jahre AVUR/UVM

1906	Erstes Treffen zur Gründung eines Arbeitgeber-Verbandes in Duisburg
1906	Gründungsversammlung des Arbeitgeber-Verbandes Duisburg
1906/07	Übernahme der ehrenamtlichen Geschäftsführung durch Eduard Huster (Phoenix)
1907	Erweiterung der Verbandsgebiets um Oberhausen, Mülheim an der Ruhr, Rheinhausen, Hamborn, Dinslaken
1911	Namensänderung in „Arbeitgeberverband der Hüttenwerke und Maschinenfabriken an der unteren Ruhr“ (AVUR)
1911	Übernahme des Vorsitzes durch Karl Harr, Phoenix-Ruhrort
1917	Übernahme des Vorsitzes durch Direktor Schreiber, Phoenix-Ruhrort
1919	Gustav Maag, erster hauptamtlicher Geschäftsführer der AVUR
1919	Einzug ins Mercatorhaus als erste Verbandsgeschäftsstelle
1919	Gründung des „Arbeitgeberverbandes der Maschinenfabriken und Eisenbauanstalten“ (ARMEA)
1924	Einzug in die Röchlingsche Villa, Mülheimer Straße 48
1924	Max Lobeck als weiterer Geschäftsführer im Amt
1926	Dr. Wilhelm Esser (Rheinstahl), Vorsitzender des AVUR
1932	Dr. Franz Bartscherer (August-Thyssen-Hütte) übernimmt Vorsitz.
1933	AVUR in Liquidation
1936	Verkauf der Röchlingschen Villa an die Deutsche Arbeitsfront
1948	Wiedergründung des „Arbeitgeberverbandes für die Eisen- und Metallindustrie Groß-Duisburg“, Hans Aengeneyndt (Schmitz Söhne/Homberg) wird der erste Vorsitzende des neuen Verbandes, Dr. Willy Wasser der erste Geschäftsführer.
1951	Einweihung des wieder aufgebauten Verbandshauses Mülheimer Straße 48
1952	Neugründung des gemischt-industriellen „Arbeitgeberverbandes der Niederrheinischen Industrie Duisburg-Wesel“ (später Unternehmerverband Ruhr Niederrhein)
1953	Eingliederung der Arbeitgeberverbände für Hütten- und Maschinenindustrie Mülheim (Ruhr), für die Eisen- und Metallindustrie Oberhausen und für die Eisen- und Metallindustrie am rechten Niederrhein, Sitz Bocholt, in den Unternehmerverband Ruhr-Niederrhein

1954	Ausgliederung der Eisen schaffenden Industrie
1958	Alfred F. Flender (Bocholt) übernimmt Vorsitz.
1961	Dr. Karlheinz Schmeer übernimmt Geschäftsführung.
1965	Gründung Arbeitskreis Schule/Wirtschaft
1969	Dr. Wolf Aengeneyndt (Schmitz Söhne) übernimmt Vorsitz.
1969	Gründung des Arbeitskreises EDV
1985	Dr. Franz-Josef Grotkamp übernimmt Geschäftsführung.
1991	Dr. Uwe Klumb (Grillo) übernimmt Vorsitz.
1994	Gründung des Unternehmerverbands IndustrieService + Dienstleistungen e.V. (UIS)
1996	Dr. Uwe Klumb gibt den Vorsitz ab – Heribert J. Wiedenhues und Klaus Fassin übernehmen den kommissarischen Vorsitz
1996	Gründung der Unternehmens- und Personalentwicklungsgesellschaft Rhein-Ruhr mbH als Service-Gesellschaft (UPR) unter dem Dach des Unternehmerverbands Ruhr-Niederrhein e.V.
1997	Heinz Lison (ms NEUMANN ELEKTRONIK GMBH) übernimmt Vorstandsvorsitz des UVM und Präsidium der UnternehmerverbandsGruppe.
1998	Gründung Unternehmerverband Soziale Dienstleistungen + Bildung e.V. (USB)
1999	Gründung Unternehmerverband Service + Dienstleistungen (USD)
2000	Eingliederung des Vereins zur Förderung der Mülheimer Wirtschaft als Unternehmerverband Mülheimer Wirtschaftsvereinigung (UMW) unter dem Dach der UnternehmerverbandsGruppe
2000	Umzug ins Haus der Unternehmer auf der Düsseldorfer Landstraße 7 in Duisburg
2000	Gründung der UnternehmerHaus AG als Service-Gesellschaft unter Übernahme des UPR
2001	Wolfgang Schmitz übernimmt Hauptgeschäftsführung des UVM und der UnternehmerverbandsGruppe.
2005	Erstmals Vergabe des Unternehmerpreises „Der Traum vom Fliegen“, erste Preisträgerin ist Gabriela Grillo.

Organigramm